

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: Vollnummerando: Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus, Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat, eingetragen in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich, Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

#### Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die festgesetzte Kolonelle ober deren Raum 50 Pf., für politische und gesellschaftliche Berichte und Besprechungen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (festgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Einrückung und Einrückungsgeld das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 25 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1083.

Mittwoch, den 24. Februar 1909.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1084.

## Die Junker gegen die Wissenschaft.

In der Jirkus Busch-Versammlung des Bundes der Landwirte am Montag gedachte man auch mit Worten höchster Anerkennung des verstorbenen Hospredigers Stöcker. Am Tage darauf, am Dienstag, fand eine Fortsetzung der agrarischen Woche, die in der Jirkus Busch-Versammlung ihren Höhepunkt erreicht hatte, statt in Gestalt des Zusammentritts der Steuer- und Wirtschaftsreformer. Diese überwiegend agrarische Vereinigung wurde im Jahre 1876 als eine Art Vorläufer des Bundes der Landwirte gegründet und vertrat, wie ihr das gewiß unverbürgte „Agrarische Handbuch“ bescheinigt, allezeit einen einwandfreien agrarischen Standpunkt. Die am Dienstag zusammengetretene 34. Generalversammlung der Steuer- und Wirtschaftsreformer hatte es sich denn auch, getreu ihren agrarischen Tendenzen, zur Aufgabe gesetzt, die bereits von den Landbündlern totgeschlagene und eingefasste Nachlasssteuer noch einmal aus dem Grabe hervorzuwühlen und zum abschreckenden Exempel einer Leichenschändung preiszugeben. In diesem ethisch-ästhetischen Werke hatten sich die Agrarier den Königsberger Professor Gerlach verschrieben, dem der akademische Scharfmacher Professor Ehrenberg assistieren sollte. Außerdem aber hatte sich auch der intime Freund und Waffenbruder Adolf Stöcker, der bekannte Professor Adolf Wagner eingefunden. Da hätte man nun erwarten sollen, daß die Agrarier, die dem verstorbenen Stöcker tags zuvor eine so rührende Ovation bereitet, die Gelegenheit benutzt hätten, dem Freund und Kampfgesossen Stöcker, dem nun auch schon fast 74-jährigen anderen Vorkämpfer des durchaus konservativ gerichteten „Christlichen Sozialismus“ ebenfalls eine Ovation darzubringen. Aber ach, der intime Freund, der alle Waffengefährte Stöcker wurde von den Junkern derartig niedergeschrien und ausgepöfist, daß er seinem Geschick dafür danken konnte, daß seinem agrarischen Auditorium keine faulen Eier zur Verfügung standen, mit deren dastendem Inhalt er sonst möglicherweise Bekanntheit gemacht hätte.

Das kam so: Der Königsberger Professor Gerlach vertrat in seinem Referat über die Steuerverhältnisse den auch in einer Resolution niedergelegten Standpunkt, daß das Reich keinerlei Besteuerung des Einkommens und des Vermögens vornehmen dürfe und daß insbesondere die Nachlasssteuer einen Einbruch des Reiches in die Kompetenzen der Bundesstaaten und obendrein eine soziale Ungerechtigkeit bedeute. Gegen diese agrarische Auffassung wendete sich Professor Adolf Wagner in einer Rede, der wir folgende Stellen entnehmen:

„Ich sage ganz led heraus, die Nachlass- und Erbschaftsteuer halte ich für notwendig, da wir keine bessere direkte Steuern im Deutschen Reich erhalten können. (Lebhafter Widerspruch.) Eine bessere Steuer wäre eine direkte Einkommen- und Vermögenssteuer, aber die können wir aus den bekannten Gründen nicht einführen. In dem Gerlach'schen Vortrag habe ich etwas vermisst, er hat immer nur mit den bestehenden indirekten Steuern gerechnet und nicht mit den neuen indirekten Steuern, die kommen sollen. Hätte er das getan, würde er abermals eine starke Belastung der Massen haben konstatieren müssen. Darüber ging er aber hinweg. Er sagte, es wäre eine Frage, daß die indirekten Verbrauchssteuern die Massen belasten. In der Tat aber wird relativ die Masse der Bevölkerung viel schwerer getroffen als die wohlhabenden Klassen. (Lebhafter Widerspruch.) Darüber kann kein Zweifel sein. Die unentbehrlichen und notwendigen Agrarzölle haben auch bei uns im Durchschnitt zur Erhöhung der Preise geführt, und diese Erhöhung machte sich wieder bei den Massen fühlbar. (Widerspruch.) Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß, wenn wir auf das Einkommen des kleinen und mittleren Mannes die indirekten Verbrauchssteuern abrechnen, wir relativ eine viel höhere Summe bekommen als bei den Wohlhabenden und Reichen. (Stürmisches Widerspruchs.) Was ist es aber, was bei dem kleinen Mann als freies Einkommen übrig bleibt? Es bleibt ihm für bessere materielle oder geistige Genüsse überhaupt nichts übrig. (Stürmisches Widerspruchs, Chorufe, Juruf: 5 Glas Bier täglich!) Wir müssen doch daran denken, daß in Deutschland Hunderttausende von Menschen ein Einkommen von unter 900 Mark haben, das steuerfrei bleiben muß. (Juruf: Ungerechterweise!) Es fragt sich, ob es ungerechterweise ist. Was bleibt aber nach Abzug der notwendigen Genußmittel beim kleinen Mann übrig, während die wohlhabenden Kreise ein viel größeres freies Einkommen haben. (Stürmisches Widerspruchs.) Die Hälfte bleibt den Wohlhabenden für Luxuszwecke übrig, während der kleine Mann nichts hat. (Erneuter stürmisches Widerspruchs.)

Dieser Gesichtspunkt hat nun glücklicherweise auch in Regierungskreisen Anerkennung gefunden. (Juruf: Leider! leider!) Die Regierung steht auf dem richtigen Standpunkt und ich bin ein Mann der Theorie und Wissenschaft. (Stürmisches Hohngelächter.) Waschen Sie nicht darüber! Die Theorien, die Sie verfechten, sind auf Ihre eigenen kleinen Ansichten zugeschnitten. (Erneuter stürmisches Widerspruchs.) Direkte Steuern im Reich können wir sonst nicht einführen und es bleibt keine andere Steuer übrig. (Juruf: Luxussteuer!) Mit der Luxussteuer werden Sie nichts erreichen, außerdem wird sie nichts einbringen. (Juruf: Kohle, Kohle!) Wenn Sie die Kohle besteuern, werden Sie auch nicht den eigentlichen Besitz als solchen treffen, der getroffen werden soll. (Stürmisches Widerspruchs.)

Was gegen die Erbschaftsteuer eingewendet werden sollte, halte ich nicht für richtig. Ich habe das seit langen Jahren als Mann der Wissenschaft vertreten. (Lachen.) Ich glaube, die große Mehrheit meiner theoretischen Fachgenossen für mich zu haben. (Stürmisches Hohngelächter.) Darauf legen Sie keinen Wert, das weiß ich, ich berufe mich aber auf die Praxis. Welche Staaten haben die Erbschaftsteuer eingeführt? England, das die höchste Einkommensteuer hat. (Juruf: Aber es hat keine Vermögenssteuer!) Nun, die Erbschaftsteuer bringen in England allein 400 Millionen. In Frankreich setzen sie den selben egoistischen Kampf der Besitzenden gegen die Besteuerung des Vermögens. (Stürmisches Chorufe.) Vorzugsweise lehnt sich dort die Bourgeoisie dagegen auf. Außerdem hat Frankreich andere Steuern, die kolossal wirken. Und gehen Sie nach Oesterreich, da haben Sie eine neue Einkommensteuer und außerdem die Erbschaftsteuer. Die hier vorgebrachten Einwendungen führte man auch dort an, trotzdem wurde die Erbschaftsteuer angenommen. (Leider!) Es wurde nicht erwähnt, daß die Nachlasssteuer erst von 20 000 Mark an erhoben wird, daß der größte Teil des häuslichen Kleinbesitzes steuerfrei bleibt und daß bei 20 000 Mark 100 Mark gezahlt werden sollen und in ein paar Raten. Da kann man doch nicht sagen, daß der Familieninn gestört wird, daß der Sohn nun nicht mehr erben will. Das sind Phrasen, mit denen man alles widerlegen könnte. (Widerspruch.)

Man sagte, das mobile Kapital wird sich drücken. Nun, da haben wir die Kontrolle durch die Einkommensteuer. (Widerspruch.) Man sollte außerdem die Steuerhinterziehung nicht nur mit Geld, sondern auch mit Gefängnis bestrafen. (Sehr richtig!) Wenn der kleine Mann immer sagt, Ihr Besteuerer mein Salz, mein Bier, meinen Brantwein, das höchste Kaffee und Zucker, alles was ich genieße, und wenn Ihr nun auch einmal etwas bezahlen sollt, dann erklärt Ihr ein rundes Nein, was soll ich Ihnen dann erwidern? (Stürmisches Gelächter.) Es ist kein Ruhm für das preussische Herrenhaus, daß es seinerzeit bei der Riquelmes Steuerreform 4 Proz. Einkommensteuer von 100 000 M. ab abzulehnte, da konnten die kleinen Leute sagen, das tut Ihr in Kaufmanns Güeres Patriotismus. (Große Unruhe.) Sobald Ihr endlich zahlen sollt, kommt Ihr mit Einwendungen. So kann es nicht weitergehen. Ich habe meinen Standpunkt vertreten; wenn Sie darauf nicht mehr Wert legen, als Sie sonst zu tun pflegen bei einem Mann der Wissenschaft... (Große Unruhe, in der die nachfolgenden Worte des Redners verloren gehen.) Aber ich habe meine Pflicht getan, ich sehe hier und ich kann nicht anders. Ich halte die Nachlasssteuer für gut und richtig, wir brauchen direkte Steuern für die wohlhabenden Klassen. (Erneute Schlussrufe.) Wenn wir die Finanzreform wollen, die politisch und sozial richtig durchgeführt ist, dann können wir von einer direkten Besitzsteuer nicht absehen. Deshalb möchte ich Sie bitten, die Nachlass- und Erbschaftsteuer nicht unbedingt abzulehnen. Sie haben keine andere Steuer. (Stürmisches Chorufe; Juruf: Verbrauchssteuern!) Sie können nicht von neuem alles auf die Verbrauchssteuern abwälzen. Direkte Steuern müssen geschaffen werden, deshalb hoffe und wünsche ich, daß die Nachlass- und Erbschaftsteuer eingeführt werde. (Stürmisches Widersprüche, Zischen, vereinzelter Beifall.)

Professor Wagner ist ein stoffkonservativer Mann, wie ja schon seine unverwundliche Freundschaft mit einem Adolf Stöcker beweist. Er ist stets für die agrarische Schutzpolitik eingetreten, hat jederzeit den monarchischen und feudals-patriarchalischen Gedanken verfochten und ist übrigens in den achtziger Jahren auch einmal konservativer Abgeordneter gewesen. Die konservativen haben Adolf Wagner stets als große nationalökonomische Autorität gegen den Liberalismus und Sozialismus ins Feld geführt. In dem Augenblick aber, wo der greise konservative Gelehrte es wagte, in der Frage der Steuerpolitik den Standpunkt der Wissenschaft einzunehmen und dem skandalösen Egoismus der durch den Dros- und Fleischwucher gemästeten junkerlichen Steuerweigerer den Fehdehandschuh hinzuwerfen — in demselben Augenblick wird er von dem agrarischen Künzgel niedergeböhrt und niedergeschrien! Nicht nur seine ganze ehemals so hochgepriesene Autorität ist dahin; sein Ansehen, seine Vergangenheit, seine Verdienste um die konservative Sache, sein allein schon den Respekt anständiger Menschen heischendes Alter vermögen ihn nicht vor dem wütenden Oppositionslärm, vor dem Zischen und Niederbrüllen seiner alten politischen Freunde zu schützen!

Am Montag leistete sich das Junkertum eine Orgie der Volkserhöhung, am Dienstag spie es der Wissenschaft seinen Geißel ins Gesicht! Freilich, wie sollte die protigie Sippe der Junker auch Respekt vor der Wissenschaft haben, wenn der Rostocker Professor Ehrenberg in seiner Polemik gegen Adolf Wagner behauptete, seine „reine Wissenschaft“ dadurch zu beweisen, daß er sich gerade als „reiner Wissenschaftler“ gegen jede weitere Heranziehung des Reiches erklären müsse, daß die von der Reichsregierung vorgeschlagene Nachlasssteuer ein sozialistisches Experiment sei und das soziale Königtum sich in eine Beherrschung des Kaisertums durch die Massen zu verwandeln drohe! Möglich, daß die Junker gerade deshalb so rücksichtslos mit ihrem alten Freunde Adolf Wagner umsprangen, weil dessen Auftreten in ihnen das feste Vertrauen zu dem bekannten Königswort erschütterte, daß Professoren und Juristen zu allem zu haben seien.

Für die Höhe des geistigen und sittlichen Abbaus, auf das die Debatte durch Prof. Ehrenberg und die folgenden Diskussionsredner gestellt wurde, sind typisch die Ausführungen

des Rittergutsbesizers v. Bodelschwingh, die wir hiermit niedriger hängen wollen:

Die Rede des Professor Wagner hat gezeigt, welche erheblichen Forderungen über die Lage der Landwirtschaft bei den Berliner Professoren herrschen. (Sehr richtig!) Professor Wagner hat gesagt, bei Einnahmen von 10 000 M. bleibe viel übrig für nicht notwendige Ausgaben. (Hört! hört!) Herr Professor Wagner, ist Ihnen nicht bekannt, wie gerade durch die ungeheure Verteuerung der Lebensmittel und durch die Verteuerung der Mieten der Mittelstand ungeheuer belastet ist? (Sehr gut!) Auch die Leute werden schwer getroffen, die Einnahmen von 10 000 Mark haben. (Sehr richtig!) Im Arbeiterstand gilt als selbstverständlich, daß die Löhne mehr werden, als die Väter waren. Bei den Beamten und Offizieren aber müssen die Kinder heruntersteigen. Es geht bei 10 000 M. knapp zu. (Sehr richtig!) Professor Wagner sagte, dem Arbeiter bliebe für die notwendigen Ausgaben nichts übrig. Nun, in Oeffen sagte mir ein Arbeiter, wenn er nicht täglich seine drei Glas Bier habe, wolle er lieber freipieren. (Lebhaftes Hört! hört!) In Westfalen bekommen die Arbeiter Land zur Verfügung gestellt. Sie lassen es unbebaut liegen. (Hört! hört!) Der Arbeiter will eben heute bar Geld und wenn er es nicht bekommt, dann streift er. Damit ist die Sache fertig. Der Gedanke einer Arbeitslosenversicherung ist großer Unfug. (Sehr richtig!)

Das Proletariat mag sich diese Junkerworte gut einprägen! Denn einen auspeitschenderen Lohn als das Gehalt dieses Junkers über die „ungeheure Verteuerung der Lebensmittel“, aus der ja gerade die Landjunker die fettesten Profite ziehen, und über die „knappe“ Existenz bei einem Einkommen von 10 000 M. kann es gar nicht geben! Dieselben Junker, die mit 10 000 M. nicht auskommen können und deshalb keine Steuern zahlen wollen, wollen der besitzlosen Masse, wollen dem Proletariat 3—400 Millionen Mark neuer Steuern auferlegen!

So behandeln die Junker das Volk, so die Wissenschaft! Und wie lange noch will sich das Volk, die ungeheuerere Mehrheit der Nation, von eurer Handvoll Junker und Kapitalisten diese Behandlung gefallen lassen?

## Die französischen Ersatzwahlen.

Paris, 22. Februar. (Fig. Ver.)

Die erste Serie der Ersatzwahlen hat der gereinigten Partei keinen Mandatserfolg gesichert, aber einen starken moralischen Erfolg verschafft. Trotzdem die ganze Macht der administrativen Korruption gegen sie aufgeboten war, hat sie in den drei Wahlkreisen, wo sie in den Kampf eingegriffen hatte, eine Stimmenzahl errungen, die die wachsende Kraft der sozialistischen Ideen unzweifelhaft kundgibt. Im Departement Haute-Vienne, das einen vorwiegend ländlichen Charakter hat, hat Genosse Parvy seine Stimmenzahl von 208 im Jahre 1906 auf 1074 gesteigert. Im 6. Bezirk von Marseille brachte es Genosse Gaston Cremieux, der Sohn des 1871 nach dem Marzeiler Kommuneraufstand standrechtlich hingerichteten Revolutionärs, auf 3756 Stimmen. Er steht in einer nicht aussichtslosen Stichwahl. Sein Hauptgegner ist der „unabhängige Sozialist“ Douthson, der 4829 Stimmen bekommen hat. Ein Radikalsozialist brachte es auf 1904, ein „syndikalistischer“ Kandidat zweifelhafter Sorte auf 312 Stimmen. Das letztmal war der „unabhängige“ Sozialist Antide Dohex, der jetzt im Senat gelandet ist, mit 8844 Stimmen gewählt worden. Die gereinigte sozialistische Partei hatte damals gar keinen Kandidaten aufgestellt. Um so erfreulicher ist das gestrige Resultat, das trotz defekter Organisationszustände erreicht wurde. Bemerkenswert werden, daß sich der „unabhängige“ Kandidat den Wählern als internationalistischer, konsequenter Sozialist und Regierungsgegner vorgestellt hat. Sein Protektor, der Senator und Ex-Bürgermeister Fleissidres, sagte in einer Versammlung, er werfe der sozialistischen Partei nicht vor, daß sie Hervé nicht ausgeschlossen, sondern daß sie ihn zu laud verteidigt habe. Dieser Douthson aber war zugleich der offizielle Kandidat, für den der Präfekt alle Mittel der Wahlbeeinflussung erschöpfte.

Das bedeutendste Ereignis des gestrigen Wahltages ist aber die Wahl in Clemenceaus Departement Var. Es galt den Radikalsocialisten Martin zu ersetzen, der 1906 mit 9500 Stimmen gegen 8000 eines „gelben“ Kandidaten gewählt worden war. Diesmal kommt es zur Stichwahl. An der Spitze aller Kandidaten aber steht Genosse Renaudel mit 4099 Stimmen, ihm folgt der frisch „radikal“ getaufte Nationalist Pelin mit 2575 Stimmen, dann ein Radikalsocialist mit 1973, ein „unabhängiger Sozialist“ mit 1492 und zwei weitere Radikalsocialisten mit 1195 und 800 Stimmen. Da für Renaudel im zweiten Wahlgang wohl noch Arbeiterstimmen zu gewinnen sind, steht die Sache der Partei gar nicht schlecht. Aber ein bedeutungsvoller Triumph ist ihr schon gestern zuteil geworden. Der „unabhängige Sozialist“, der so ins Hintertreffen geraten und von jeder Hoffnung abgeschnitten worden ist, ist der Kandidat der Regierung, der Ex-Genosse Escartefigue, Bürgermeister von Toulon. Clemenceau hat sich eingebildet, ihn wenigstens in der Stichwahl an die erste Stelle zu bringen, ebenso wie er gemeint hat, Renaudel werde es nicht über eine geringfügige Stimmenzahl bringen. Und nun haben die Wähler von Toulon ungeschont aller Korruptionskünste manifestiert, wie sie über den politischen Verrat im kleineren und im größeren Wirkungskreis denken. Der Stichwahltag wird hoffentlich den Triumph der gereinigten Partei vollenden, zur schmachlichen persönlichen Niederlage Clemenceaus kann er nichts mehr hinzufügen.

# Ein gemeingefährlicher Polizeiergeant.

Am 20. August 1908, abends nach 10 Uhr, sah der Schankwirt Weile mit seiner Frau friedlich in der Küche seiner Wohnung in Zegel. Plötzlich hörten sie an der Korridortür ein Poltern. Die Frau ging mit der Lampe hinaus, öffnete die Tür und erhielt sofort einen Schlag ins Gesicht — wie sich später herausstellte, von dem Polizeiergeanten Regow, der eine Treppe höher wohnte. Auf die Hilferufe der Frau eilte ihr Mann herbei, der noch mit ansehen konnte, wie Regow die Frau mit den Füßen bearbeitete und den Degen ziehen wollte.

Weile versuchte den Polizeiergeanten hinauszudrängen, dieser aber hielt den Fuß zwischen die Tür, folgte dem Weile und schlug ihn mit einem Revolver mehrmals auf den Kopf, so daß er blutete, bis die Weile'schen Eheleute in die Küche flüchteten.

Auch hierhin suchte der Polizeiergeant ihnen zu folgen. Während die Eheleute gemeinsam die Tür zuhielten, stemmte Regow sich gegen die Tür — vergeblich. Als er erkannte, daß er so nicht eindringen könne, zog er dann nochmals den Revolver und mit dem Rufe: „Macht auf oder ich schieße!“ gab er aufs Geratewohl einen Schuß gegen die Tür ab, der durch die Tür hindurchdrang und dem Weile beide Gehäufhälften verletzete.

Saum war der Schuß gefallen, als Hausbewohner und Polizeiergeant herbeieilten, den Polizeiergeanten weg schafften und einen Arzt holten, um dem schwerverletzten Weile den Rotverband anzulegen.

Weile erstattete Strafanzeige, beantragte ferner auch die Einleitung des Disziplinarverfahrens sowie die vorläufige Suspension des Beamten vom Dienste.

Mitte September erschien die Sachlage dem Landrat des Kreises Niederbarnim noch nicht so geklärt, um auch nur die Einleitung des Disziplinarverfahrens gerechtfertigt erscheinen zu lassen.

Die Staatsanwaltschaft stellte sogar das Strafverfahren ein, weil sie der Behauptung des Regow glaubte, daß er sich in Notwehr befunden habe, und das trotz des Schusses durch die Tür!

Auch der Oberstaatsanwalt, den Weile beschwerdeführend anrief, nahm straflose Ueberschreitung der Notwehr an.

Nunmehr wurde der Spieß umgekehrt. Die Staatsanwaltschaft schritt gegen — die Weile'schen Eheleute wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung, verübt gegen den Polizeiergeanten, ein.

Die kürzlich stattgehabte Verhandlung vor dem Schöffengericht Berlin-Weidling ergab nicht nur den geschilberten Sachverhalt, sondern noch eine Reihe anderer höchst interessanter Begebenheiten.

Dieser selbe Polizeiergeant hat auch mit seinen Kollegen und sogar mit seinen Vorgesetzten wiederholt Zusammenstöße gehabt. Er war oft betrunken, in und außer dem Dienst. Er bedrohte seine Kollegen sogar mit Totschießen. Eines Tages hatte er mit dem ihm vorgesetzten Wachmeister eine Auseinandersetzung, über die Regow so ausgebracht war, daß er ihm den Weg vertrat, als der Wachmeister die Wache verlassen wollte. Zwei anderen Beamten war es nicht möglich, dem Wachmeister den Weg frei zu machen, bis schließlich der Polizeiergeant Hilscher, ein Gilne von Gestalt, erschien, vor dessen Körperkraft Regow Angst hatte. Jetzt schlug Regow den Paleot zurück und jagte nach dem Revolver, um Hilscher niederschließen. Nur dem schnellen Zugreifen Hilschers ist es zu danken, daß die Kugel damals nicht löschte.

Weber der Wachmeister noch Hilscher haben wegen dieses Vorfalls gegen Regow Anzeige erstattet.

An demselben Tage, an welchem Regow später das Rentonier mit den Weile'schen Eheleuten hatte, hat er vorher eine Dame auf offener Straße zu umarmen versucht, war aber an die Richtige gekommen, denn er erhielt von ihr einen Stoß, daß er hinfiel.

Kurze Zeit später las ihn der Nachtwächter Rörlich von der Straße auf. Er lag betrunken auf dem Damm, der Nachtwächter hob ihn auf und brachte ihn bis an die Haustür.

Auf der Treppe ereignete sich dann der geschilberte Vorfall, der dadurch beendet wurde, daß zwei Beamte den Regow in seine Wohnung bringen mußten. Dort gebärdete er sich immer noch wie ein Wilder, er wollte wieder in die Weile'sche Wohnung und schrie seinen Kollegen, die ihn nicht loslassen wollten, zu: „Ich schieße Euch tot, macht Euer Testament.“ Schließlich wurde ihm der Revolver abgenommen. Er ging an einen Schrank und wollte seinen zweiten Revolver herausnehmen. Nunmehr blieb den Beamten nichts anderes übrig, sie fesselten ihren Kollegen mit einer Wäscheleine an Händen und Füßen. Es dauerte nach der Aussage der Beamten drei Stunden, bis Regow sich einigermaßen wieder beruhigt hatte.

Bei diesem Sachverhalt, der sowohl dem Richter wie dem Amtsanwalt bei Beginn der Verhandlung unglaublich erschien und beiden wiederholt Aeußerungen des Erstaunens entlockte, mußten natürlich die „Angeklagten“ freigesprochen und auch die notwendigen Auslagen der Verteidigung auf die Staatskasse übernommen werden.

Damit ist die ungeheuerliche Tat des Polizeiergeanten aber nicht gesühnt. Es ist unbegreiflich, daß ein solcher Beamter immer noch Dienst tut. Er bildet eine Gefahr für die Bevölkerung von Zegel. Ist nach dem vernichtenden Ergebnis der Gerichtsverhandlung der Beamte vom Dienste suspendiert und gegen ihn Anklage erhoben worden?

## Die Politik der polnischen Nationaldemokratie

Aus Warschau wird uns geschrieben: Der Obmann des Polenklubs in der dritten Duma, der Führer der Nationaldemokratie Russisch-Polen, Roman Dmowski, hat sein Mandat niedergelegt. Dieser Schritt, der seit Monaten durch Presspolemiken vorbereitet wurde, ist ein Produkt des Kagenjammers, der in der polnischen Bourgeoisie als Resultat ihrer dreijährigen „glorreichen“ Politik entstand, und verdient eine eingehendere Würdigung.

Als dank der jahrelangen Ausprägung der polnischen Arbeiterklasse durch das Kapital und die zarische Regierung das polnische Proletariat unter dem Einfluß der sozialdemokratischen Agitation und der Resultate des russisch-japanischen Krieges das Banner der

Revolution emporhob und seine Waffen zugleich gegen die zarische Regierung und die kapitalistische Ausbeutung wandte, schwenkte die polnische Bourgeoisie bligücheln ins Lager der Konterrevolution und begehrte den Kampf der polnischen Arbeiterklasse als Verrat an der Nation. Zur Bourgeoisie gesellten sich die Agrarier, die seit Jahrzehnten die Stütze des Zarismus waren und ein Uebergreifen des Streikführers auf die Landbevölkerung befürchteten, ebenso wie das Kleinbürgertum, zum Teil genaschürt von diesen beiden Klassen, zum Teil von seinen materiellen Interessen geleitet; denn das Kleinbürgertum existiert nur dank der grenzenlosen Ausbeutung seiner Arbeitkräfte, der Gesellen, die trotz allen Drucks sich dem Kampfe des großindustriellen Proletariats angeschlossen hatten.

Die stärkste bürgerliche Partei in Polen, die Nationaldemokratie, erlangte ihre Kraft eben darum, weil sie als Kampfsorganisation der Ausbeuter am tätigsten wirkte. Ihr aktiver Kampf gegen die revolutionäre Arbeiterklasse scharte alle von Ausbeutung lebenden Klassen in Russisch-Polen um ihre Banner. Und dieser Charakter des Bürgertums und seiner Partei drückte seinen Stempel auf ihre Stellung zu den nationalen Fragen. Die Nationaldemokratie, früher eine Unabhängigkeitspartei, verriet ihr Programm am Vortage der Revolution: sie verlangte seit dem Jahre 1904 nur nationale Freiheiten im Rahmen des russischen Staates. Diese aber hätten nur nach dem Sturz des Zarismus erreicht werden können. Das polnische Bürgertum kämpfte aber gegen die Revolution, kämpfte auf der Seite der zarischen Regierung. Und da ihm die Revolution verhasst war, wandte es sich an die Regierung, um aus ihrer Hand die Autonomie Polens zu erschöpfen. Derselbe Roman Dmowski, der erst nach dem Oktoberstreik des Jahres 1905 nach Russisch-Polen zurückkehren konnte, reiste nach dem Oktoberstreik nach Petersburg und machte im Namen seiner Partei dem Grafen Witte die Offerte: Wir schlagen die Revolution in Russisch-Polen nieder und ihr geht uns die Autonomie. Graf Witte antwortete, indem er ihn einen Hanswurst nannte. Denn Witte wußte, daß die Stütze der Konterrevolution in Rußland aus der Bürokratie besteht, für die das Ende der Russifizierung Polens das Ende ihrer Existenz bedeutete, und daß es darum keinen Ausgleich zwischen der polnischen und russischen Konterrevolution geben könne.

Die erste Duma begann ihre Arbeit. Die Nationaldemokraten, die im Polenklub die Mehrheit behielten, löste das Geger der Kadetten den Glauben ein, daß die Herren Roditschew und Miljukow in der nächsten Zukunft das Heft in Händen haben werden. Sie wendeten also um die Kadettenpartei herum, wobei sie jedoch von Zeit zu Zeit der Regierung zu verstehen gaben, daß sie eine staatsverhaltende Partei seien. Als aber nach der Auflösung der ersten Duma der Traum von der Macht des Liberalismus zerfiel und die Kadette triumphierte, erklärten sie in Demut vor der Kadette. Das Stimmens für die Erhöhung des Mecklenburgerkontingents war das schmachvollste Produkt dieser Politik. Dann kam die Auflösung der zweiten Duma und die Verminderung der Zahl der polnischen Deputierten durch den Uas der Bürokratie, die verhasst war, daß in Staatsangelegenheiten die Polen den Vorschlag geben können. Die Revolution lag aus tausend Wunden blutend danieder und die Regierung der Konterrevolution warf sich brutal auf die nationalen Erregenschaften ihrer Soldlinge. Die kulturelle Institution „Naciewo Polsko“, welche die polnische Bourgeoisie zum „kulturellen Kampf“ gegen die Revolution gegründet hatte, wurde mit samt ihren Schulen von der Regierung aufgelöst, die polnische Presse wurde verfolgt, alle nationalen Erregenschaften — bis auf den ausschließlichen Gebrauch der polnischen Sprache auf den Handelskärdern — vernichtet. Dennoch veruchte der Polenklub unter der Führung Dmowski die Politik des Vandalismus fortzusetzen. Er unterließ es, die Regierung wegen der Schließung der Schulen in Polen auch nur zu interpellieren, er schloß sich „ohne Vorbehalt“ der „nau-lawischen“ Politik an, alles nur mit der Regierung in Fühlung zu bleiben. Schließlich Koch er unter die Fittiche der Kadetten der Regierung, der Oktoberpartei, derselben Partei, die in der Zeit ihres Entstehens als Unterscheidungsmerkmale von den Kadetten die Tatsache unterließ, daß sie Gegnerin der Autonomie Polens sei. Doch nichts konnte helfen. Die Regierung der Konterrevolution konnte und wollte nicht von der nationalen Unterdrückung lassen.

Die Unfruchtbarkeit der „Ausöhnungspolitik“ der Nationaldemokratie erwiderte Verdroßtheit in den Reihen ihrer Anhänger aus den Kreisen des Kleinbürgertums und der Intelligenz, die eine Politik des Protestes gegen die nationale Unterdrückung forderten. Sie verursachte, daß sich die Arbeiterorganisation der Nationaldemokratie von ihr absonderte, und daß die Zahl der Frondeure wuchs. Das verursachte den Rücktritt Dmowski's.

Was ist aber durch diesen Rücktritt erreicht? Der Polenklub wird vielleicht einen radikaleren Ton gegen die Regierung anschlagen, aber an einen Kampf denken weder die Abgeordneten noch ihre Mandatare: die polnische Bourgeoisie. Es wäre trüchig zu glauben, daß die Erfahrungen der drei Jahre eine wirkliche Wandlung hätten schaffen können. Am gegen den Zarismus zu kämpfen, möchte die Bourgeoisie sich mit der Arbeiterklasse verbünden; aber der Daß gegen die Arbeiter ist seit dem Jahre 1905 so groß, daß ihn auch die nationale Unterdrückung nicht auslöschten kann. Das einzige Resultat des Vandalismus der Politik der Nationaldemokratie wird nur darin bestehen, daß in der polnischen Gesellschaft ein politischer Indifferentismus, gemischt mit radikalen nationalen Phrasen bei der Intelligenz Platz greifen wird, und daß kleine, einflußlose Gruppen von Separatisten entstehen werden, die aus der Rumpelkammer der Geschichte den alten revolutionären Separatismus holen werden.

Für die polnische Arbeiterklasse war es von den ersten Tagen der sozialdemokratischen Bewegung klar, daß ohne Sturz des Zarismus die nationale Unterdrückung nicht verschwinden kann. Der Bankrott der Politik der Nationaldemokratie wird die Nichtigkeit der sozialdemokratischen Auffassung auch den Kreisen der Arbeiterklasse demonstrieren, die sich noch im Schlepptau der polnischen Bourgeoisie befinden.

## Politische Ueberblick.

Berlin, den 23. Februar 1909.

### Abgeordnetenhause.

Schier endlos ist der Wunschzettel der Agrarier; es gibt keine Bevölkerungsklasse, die auch nur annähernd so viel auf dem Herzen hat wie diese Leute, die sich bei jeder Gelegenheit auf Stügen von Thron und Altar in empfehlende Erinnerung bringen. Allerdings kämpfen sie nicht selbstlos wider den Umsturz, sondern nur gegen gute Bezahlung, die auf Jahre hinaus im voraus geleistet werden muß.

Am deutlichsten offenbart sich die Begehrlichkeit der Agrarier immer bei der Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung. So verlangten sie am Dienstag nicht mehr und nicht weniger, als daß die 300 000 M., die jetzt unter den außerordentlichen Ausgaben als Dispositionsfonds zu Prämien bei Pferderennen stehen, als dauernde Ausgaben auf den Etat übernommen werden. Eine alte Pferdegedicht ist nach Ansicht des

Abg. v. Derzen nur möglich, wenn die Pferde auf der Rennbahn erprobt werden. Eines anderen Agrarierhaupteingriffes Auffassung geht dahin, daß jene horrenden Summen im militärischen Interesse notwendig sei. Nur mit Rücksicht auf den Widerspruch des Landwirtschaftsministers v. Armin zogen die Agrarier ihren Antrag zurück und begnügten sich mit der Annahme einer entsprechenden Resolution. Und das, obwohl der Vertreter des Finanzministers sich auch hiergegen erklärte, weil die Finanzlage für die nächsten Jahre nicht zu übersehen sei. Was kümmert auch die Agrarier die Finanzlage des Staates? Die Hauptsache ist, daß sie an ihr Ziel gelangen und daß ihre Wünsche erfüllt werden.

Der Kampf um die Prämien für Pferdetrennen ist nur ein Beispiel für die Art, wie die Agrarier ohne Rücksicht auf die Interessen der Gesamtheit ihre Pläne verfolgen. Fast bei jeder Position des Etats spielt sich das gleiche Schauspiel ab, und die Regierung steht diesem Treiben ohnmächtig gegenüber: sie hat für ihre verzögerten Zielsetzungen so viel getan, daß ihr zu tun fast nichts mehr übrig bleibt.

Am Mittwoch wird sich das Haus mit der Interpellation über die Wasserfäden an der Elbe beschäftigen.

### Wegen Rüstungswahninn und Kriegshege.

Paris, 23. Februar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Vom deutschen sozialistischen Leseklub und der Gruppe der kollektivistischen Studenten veranstaltet, fand Montagabend eine Versammlung statt, zu der als Redner Ed. Bernstein, der zu einem Vortrage in der Ecole des Hautes Etudes sociales nach Paris gekommen war, Pressensé, Vandervelde und Jaurès eingeladen waren. Vandervelde und der von der Wahlagitation übermüdete Jaurès mußten absagen. Das Thema der Versammlung lautete: „Der Rüstungswahninn“. Die Versammlung war überfüllt.

Der Vorsitzende, Genosse Rouanet, feierte in seiner Eröffnungsrede die gemeinsame Friedensaktion des deutschen und französischen Proletariats. Genosse Eduard Bernstein besprach in seinem Referat der Wahlninn der immer mehr Geld verschlingenden Rüstungen und brandmarkte die Kriegstreiber. Er erklärte in seiner Rede, das deutsche Proletariat sei fest entschlossen, jedes kriegerische Abenteuer zu verhindern, dessen Kosten stets das Proletariat zu tragen habe. An Stelle des erkrankten Genossen Vandervelde sprach Parteisekretär Maes für das belgische Proletariat. Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, in der sie gegen die Politik des Militarismus und der Geldverschwendung protestiert und als stärkste Bürgerschaft der deutsch-französischen Annäherung den gemeinsamen Friedenswillen der Arbeiter-schaft beider Länder erklärt.

### Blockkrisis

konstatiert die „Vossische Zeitung“. Ganz richtig kennzeichnet sie es als Humbug, die erhöhten Militärarbeiträge, die der im Dunkel der Sub-Finanzkommission geschmiedete Antrag Gamp-Herold an die Stelle der Nachschaffsteuer setzen will, Vestssteuer zu nennen, da nach Herrn Erzberger über die Art des Ausbringens den Bundesstaaten: entweder gar keine Vorschriften gemacht werden sollen oder die untere Grenze des von dieser famosen „Vestssteuer“ zu treffenden Einkommens auf 900 Mark und des Vermögens auf 20 000 Mark festgesetzt werden soll! Daß für eine solche „Reform“ die bürgerliche Linke nicht zu haben sei, brauche nicht weiter ausgeführt zu werden. Wenn Fürst Bülow sich auf das „Kompromiß“ einlasse, mit dem sich Herr Sydow dem Vernehmen nach schon abgefunden habe, dann habe die Blockpolitik ihr Ende erreicht. In der Subkommission sei ja schon die konservativ-liberale Paarung durch die konservativ-kerikale Paarung ersetzt worden.

Der Artikel ist in sehr nüchternem, fast kühlem Ton gehalten, als ob dem Freisinn der Block im Grunde genommen sehr wurst sei. Inbes, die Angst der Unentwegten verrät sich ungewollt doch in den Schlusssätzen. Da heißt es nämlich: „Eine Krisis ist im Anzuge. Sie wird sich, wenn sie eintritt, nicht auf das Parteiwesen beschränken, sondern ergreift notwendig die ganze innere Politik. Wir werden abwarten, ob Fürst Bülow bereit ist, sich dem Zentrum in die Arme zu werfen und reuig Abbitte zu leisten, oder ob er es vorzieht, seine schöne Villa auf dem Monte Vincio zu beziehen. Möglich allerdings ist noch immer, daß die Krisis abgewendet wird und sich am Donnerstag in der Steuer- und Finanzkommission des Reichstags zeigt, daß noch nicht wieder hierzulande in der Gesetzgebung Zentrum Trumpf ist.“

Was sagen will: Bülow rette uns, auf daß es Dir wohlgehe und Du lange Kanzler seist auf Erden!

Nützlich in ihrer Hochmütigkeit und geheuchelten Uneigennützigkeit ist in dieser Situation die folgende Erklärung der „Germania“: „Die „Köln. Zig.“ sagt dem Zentrum nach, es wolle sich „auf den Boden der Finanzreform-Lutsche“ setzen. Diese Insinuation ist völlig unbegründet. Nichts liegt dem Zentrum ferner, als einen solchen Lafaien-dienst zu übernehmen, es überläßt ihn gern allen denen, die sich bisher schon dazu berufen glaubten. Das Zentrum hat bisher den Verschleppungskünsten der sich in ihrer Verlegenheit windenden Nationalliberalen ruhig zugehört, es wird aber selbstverständlich nicht auf die Dauer passiv zur Seite stehen und die Nationalliberalen in einer Angelegenheit, die die Ehre und das Ansehen des Reichs berührt, ihre Sonderinteressen verfolgen lassen. Wenn diese fortfahren, die übrigen Parteien zu tyrannisieren und das Zustandekommen eines Kompromisses zu hindern, wird das Zentrum eingreifen und diesen Gebaren ein Ende machen, nicht etwa, um sich an irgend einer Stelle einen Dank zu verdienen, sondern um die Würde und das Ansehen des Reichs zu wahren.“

Grausamer kann das Zentrumsbloch die angstsich wühenden Blockliberalen nicht verhöhnen.

### Prämie auf die Faulheit.

Die Scharfmacher fühlen sich nach der schönen anti-sozialpolitischen Rede des Herrn v. Bethmann-Hollweg wieder oben auf. Die „Verl. Neuest. Nachrichten“ bezeichnen mit der ihnen eigenen Unverschämtheit die Arbeitslosenversicherung direkt als „Prämie auf die Faulheit“:

Hinter all diesen Geschrei von Arbeitslosigkeit und dem damit angeblich verbundenen Elend steht nämlich nichts weiter als die sozialdemokratische Forderung nach einer Arbeitslosenversicherung, eine Forderung, die von den heutigen sozialpolitischen Ideologen natürlich mit begeisterter Gedanken- und Artikellosigkeit angenommen werden würde. Das wäre die einzige Versicherung, der man bel und im Reichsamte des Innern noch nicht näher getreten ist. In Wirklichkeit ist sie ja auch gar nicht durchzuführen, aber trone einer unfernen sozialpolitischen Forderung, die auf dem Papier ja die unmöglichsten Sachen fertig bringen. Und die Praxis muß sich dann, so schlecht und so recht es geht, mit der Gesetz gewordenen Unmöglichkeit abfinden. Wir haben schon so viele Pensionäre herumlaufen. Ein Unfall wird

von so und so vielen Arbeitern freudig begrüßt, werden sie doch durch die Rente für das ganze Leben der Sorge um das tägliche Brot entbunden. Eine Arbeitslosenversicherung wird, sobald der betreffende Arbeiter nicht gezwungen werden kann, jede für ihn geeignete Arbeitsgelegenheit anzunehmen — und gegen die Annahme dieser Bestimmung wird man sich stets sträuben — nichts weiter sein, als eine Prämie auf die Faulheit. Und die hätte uns an unserer sozialpolitischen Vollkommenheit gerade noch gefehlt.

Und dieselbe Presse, die in dieser Weise die durch die Wirtschaftskrise getroffenen Arbeiter verhöhnt und verspottet, sucht dann hinterher dem deutschen Arbeiter einzureden, daß nicht die Sozialdemokratie, sondern sie die Lebensinteressen des deutschen Arbeiters wahrnimmt.

### Eine Reichstagserversammlung im Kreise Torgau-Liebenwerda in Sicht?

Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete für Torgau-Liebenwerda, Bürgermeister Wilde in Eßterwerda, der in der Stichwahl gegen unseren Genossen Plehner gewählt wurde, ist in einem Prozeß vor der Verfassungskammer in Torgau so arg kompromittiert worden, daß er jedenfalls vor die Notwendigkeit gestellt ist, sein Mandat niederzulegen.

Der Landwirt Traugott Walter in Gorden an der Brandenburgischen Grenze ist seinerzeit vom Schöffengericht in Eßterwerda wegen Verleumdung des Reichstagsabgeordneten Wilde und des Gordenischen Pastors Arnold zu 4 Monaten 8 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Er hatte dem Abgeordneten nachgesagt, er sei als Amtsanwalt in einer Untersuchungssache gegen den Kandidaten der Gordenischen Darlehnskasse befangen gewesen und ein Duzbruder von ihm.

Vor dem Schöffengericht beschworen Bürgermeister und Kandidat auf das Bestimmteste, daß sie sich nie geduzt hätten. Deshalb und weil er den Pastor Arnold in Gorden beleidigt habe, erhielt Walter die hohen Strafen.

Walter war nämlich früher einmal wegen angeblichen Sittlichkeitsverbrechens zu 1 Jahr 8 Monaten Gefängnis verurteilt worden, wobei der Pfarrer Zeuge war. Walter mußte aber nach erfolgter Strafverbüßung im Wiedererwerbverfahren freigesprochen werden!

In dem jetzigen Prozeß vor der Verfassungskammer in Torgau wurde Walter nach sechsständiger Verhandlung freigesprochen. Das auf vier Monate lautende Urteil des Schöffengerichts wurde aufgehoben, weil ihm der Wahrheitsbeweis gelungen sei und ihm der Schutz des § 103 zur Seite stehe.

Der Reichstagsabgeordnete Bürgermeister Wilde mußte in der Verfassungsverhandlung in Torgau entgegen seiner schöffengerichtlichen Aussage zugeben, den Kandidaten geduzt zu haben.

### Zur Stichwahl in Vingen-Alzen.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee beschloß, in der Stichwahl zwischen dem Ultramontanen Nebel und dem freistimmigen Pfarrer Korell am 20. Februar für Korell einzutreten. Korell hat die von der Sozialdemokratie verlangten Garantien gegeben.

Die Reichstagserversammlung im Wahlkreise Stadt-Blumenthal ist auf Dienstag, den 6. April festgesetzt worden.

### Das bayerische Gemeindevahlrecht und die Liberalen.

Nach einem Beschluß der letzten sozialdemokratischen Gemeindevertreterkonferenz ist in den Gemeinden die Beseitigung der Bürgerrechts(Wahlrechts)gebühren zu fordern. Dieser Beschluß ist schon mehrfach ausgeführt worden, aber die bürgerlichen Mehrheiten in den Kommunalverwaltungen wollen wenig davon wissen. Am wenigsten davon erbaut sind die Liberalen, obgleich sie auf ihrer letzten Landesversammlung eine Resolution angenommen haben, in der gefordert wird: „Erweiterung des Gemeindevahlrechts unter Beseitigung aller Schranken, welche das Gemeindevahlrecht zu einem Privilegium der Besitzenden machen.“ Die hohe Bürgerrechtsgebühr macht das Gemeindevahlrecht sicherlich zu einem solchen „Privilegium der Besitzenden“, aber wo die Liberalen in der Mehrheit sind, verhalten sie sich dieser Forderung gegenüber sehr zugewandt. So haben auch in Hof unsere Genossen im Gemeindevahlrecht den Antrag auf Abschaffung der Bürgerrechtsgebühr gestellt. Die Liberalen führten darauf einen großen Eiertanz auf, erklärten, daß sie im „Prinzip“ für die Aufhebung seien, aber wenn die Gebühr jetzt aufgehoben werde, so würden die Bürger, die sie früher bezahlt hätten, betrogen. Höchstens auf eine Herabsetzung wollten sie sich einlassen. Schließlich lehnten sie den Antrag ab und beschloßen, den Magistrat zu ersuchen, eine Kommission einzusetzen, der die Frage einer Aenderung der Gebührenordnung zur Vorberatung überwiesen werden solle.

### Die „anständige“ konservative Presse.

Wie die konservative Presse im Osten ihre Leser über wichtige soziale Angelegenheiten informiert, geht aus einem Berliner Brief hervor, den sich die „Ostpreussische Zeitung“ in Königsberg aus Berlin schreiben läßt. Es heißt darin z. B.:

„Also nur 19 Tausend Arbeitslose! Die letzte, vor ein paar Tagen abgeschaltete Arbeitslosen-Zählung in Berlin ergab diese Zahl, welche um 10 000 niedriger ist, als die Zahl, die sich bei der Arbeitslosen-Zählung im November vorigen Jahres ergeben hat. Berlin ist also stolz. Die Arbeitslosigkeit hat sich in knapp drei Monaten erheblich vermindert. Gegen diese Tatsache ist nicht zu opponieren, ob aber auch die Zeiten, die so sehr schlecht waren, besser geworden sind, das steht noch dahin. Gestagt wird noch zur Genüge. Von verschiedenen Seiten wird allerdings mit großer Hartnäckigkeit behauptet, daß wir das Schlimmste überwunden hätten, das das Frühjahr und endlich die langerehnten besseren Zeiten bringen werde.“

Keinliche verlogene Berichte und Notizen gehen hier fast regelmäßig durch die konservative Presse Ostpreußens, aus der sich der größte Teil der dortigen Bevölkerung sein politisches Urteil bildet.

### Herr Arendt als Legendendichter.

Genosse Linde, Königsberg, ersucht uns um Aufnahme folgender Zeilen:

Die von unfeindlichem Humor zeugende Jungferrede des konservativen Abgeordneten für Labiau-Wehlau, des Herrn Arendt, im Reichstage am 19. Februar bei Beratung des Antrages auf Einführung des Koalitionsrechtes für ländliche Arbeiter wird uns für einige Zeit willkommenen Agitationsstoff im Wahlkreise dieses „Vollvertreter“ bieten.

Herr Arendt, der mir nach Berichten einiger bürgerlicher Zeitungen in seiner Rede ganz unverdienterweise den Adelstitel beilegte, behauptete, bei meiner Agitationsarbeit in seinem Wahlkreise hätten mir gerade die Keinen Leute gefehlt:

„Nach, daß du wegkommst, hier wirst du nichts ausrichten. Den Alten können wir jahrelang, und der ist uns immer, soweit wie er selbst konnte, behilflich gewesen; geh' weg von hier!“

Das ist unwarhaft und vollständig aus der Luft gegriffen. Das Gegenteil ist wahr. Ueberall bin ich von den Keinen Besitzern und Arbeitern freundlich empfangen worden, mit Ausnahme einiger von konservativer Seite aufgehobener konservativen Bauern, die in jedem Sozialdemokraten einen Verbrecher sehen. Aber selbst diese Besitzer oder Pächter haben Aeußerungen, wie Herr Arendt sie ihnen in den Mund gelegt hat, nicht mal dem Sinne nach getan. Insbesondere hat niemand die Hilfsbereitschaft des Herrn Arendt gerühmt.

Ferner hat Herr Arendt in seiner Rede ein Märchen von einem Bauern aufgeführt, der für die Sozialdemokratie bei der letzten

Reichstags-Hauptwahl agitiert und dafür 15 M. erhalten haben soll, auch das ist unwarhaft; es kann niemand die Agitation für die Sozialdemokratie als ein gutes Geschäft bezeichnet haben. Wir haben Bauern überhaupt niemals gegen Bezahlung zur Agitation verwendet. Die von uns verwendeten Agitatoren, denen finanzielle Opfer, wie sie bei einer Agitation auf dem platten Lande notwendig sind, nicht zugewendet werden konnten, erhielten aus der Agitationskasse pro Tag 1—1.50 M. Gehalt.

Die anderen, in bezug auf Lohn-, Arbeits- und Wohnungsverhältnisse der Landarbeiter sich beziehenden Unrichtigkeiten halte ich Herrn Arendts vollständiger Unkenntnis auf diesem Gebiete zugute. Um seine Fessler und falschen Informationen aufzuklären, stelle ich mich aber Herrn Arendt zur Verfügung. Wenn will ich mit ihm eine beliebige Anzahl Ortschaften des Wahlkreises Labiau-Wehlau gemeinschaftlich besuchen. Er wird Wunder sehen und hören.

S. Linde.

ParteiSekretär für die Provinz Ostpreußen.

### Prozeß Berger-Igenstein.

In dem seit einigen Tagen vor der Strafkammer zu Moabit spielenden Prozeß gegen den Kapitän a. D. Berger und den Schriftsteller Dr. Igenstein, den Herausgeber des „Maukuch“, wegen Verleumdung des Admirals Schmidt und anderer Marineoffiziere, hatte der Staatsanwalt am Montag gegen den ersten Angeklagten neun Monate, gegen den zweiten ein Jahr drei Monate Gefängnis beantragt. Am Dienstag fand sich Dr. Igenstein zur Fortsetzung der Verhandlung nicht ein. Der Staatsanwalt teilte im Laufe der Sitzung mit, daß Dr. Igenstein am Montag seine Wohnung nicht wieder betreten habe. Er sei offenbar geflohen, weshalb er Haftbefehl beantrage. Der Verteidiger widersprach; Dr. Igenstein sei eine überaus nervös überreizte Natur; auch schon bei anderen Gelegenheiten sei er, wenn große Erregungen an ihn herantraten, längere Zeit plan- und ziellos umhergeirrt.

Nach dem Urteil des Gerichtes ist Kapitän Berger der Verleumdung in vier, Dr. Igenstein in zwei Fällen für schuldig befunden worden. Berger wurde zu 5000 M. Geldstrafe, Dr. Igenstein zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen Igenstein wurde ein Haftbefehl erlassen.

### Zweimal Strafe für ein Vergehen.

Dem Trainisolatanten Aitowski vom ostpreussischen Trainbataillon war in seiner Eigenschaft als Küchenordnungsangehöriger worden, weder den Mannschaften noch den Unteroffizieren aus der Küche etwas zu geben. Als ein Unteroffizier in der Küche einen Löffel Schnitzmesser nehmen wollte, ließ Aitowski das nicht zu. Da es bei dem Vorgange nicht ganz „militärisch“ zugegangen sein soll, erhielt er im Disziplinarwege „wegen Ungehorsams“ 14 Tage Mittelarrest. Bei einer Revision des Strafmaßes wurde diese Bestrafung vom Generalkommando als ungesetzlich aufgehoben und der Fall vor das Kriegsgericht verwiesen. Das Kriegsgericht verurteilte den Soldaten — mit Rücksicht auf seine frühere Strafe, die nach dem Gesetz nicht in Anrechnung gebracht werden dürfte — zu 14 Tagen strengen Arrestes!

### Die Balkankrise.

#### Die Kriegsgefahr.

Serbien verharret bei seiner kriegerischen Haltung und ein offizielles Komunique fñhrt gegen Oesterreich eine recht aggressive Sprache. Das neuerliche Aufkommen der serbischen Kriegslust ist vor allem auf die zweideutige Haltung Rußlands zurückzuführen, das auf dem Balkan seit Ausbruch der Krise ein frevelhaftes Spiel treibt und mit verbrecherischen Intrigen immer aufs neue friedensgefährdende Störungen verursacht. Wenn der bulgarisch-serbische Streit, dessen Fortdauer das Zusammenbrechen einer europäischen Konferenz verhindert, noch immer nicht beigelegt ist, so ist es vor allem das Werk der zarischen Diplomatie, welche die direkten Verhandlungen hintertrieben und mit ihrem für die Türkei fast unannehmbaren Vorschlag glücklicherweise bewirkt hat, daß diese Wunde offen bleibt. Ebenso hat Rußland den neuesten Versuch der Westmächte, im Verein mit Deutschland und Italien in Belgrad zu intervenieren und dadurch endlich Ruhe zu schaffen, vereitelt, indem es verlangte, daß zugleich auch in Wien Vorstellungen erhoben werden, ein Verlangen, von dem es im voraus wissen mußte, daß es in Wien zurückgewiesen werden würde, weil es nun einmal den Ansprüchen, die eine Großmacht zu stellen pflegt, widerspricht. Das ist nun glücklich eingetroffen und Deutschland hat infolgedessen den Vorschlag der französischen Regierung abgelehnt, in Wien eine freundschaftliche Vermittlung zugunsten einer austro-serbischen Verständigung zu unternehmen. Damit hat dieser Versuch der Diplomatie zum Teil durch die Hartnäckigkeit Oesterreichs, hauptsächlich aber durch die Schuld Rußlands Fiasco gemacht und die serbischen Kriegsgeher werden durch die Uneinigkeit und Ratlosigkeit der Mächte immer mehr ermutigt.

Dazu kommt, daß in Serbien die Zuerst, im Falle eines Konfliktes russische Hilfe zu finden, so unerschütterlich ist, daß man nur annehmen kann, die russische Diplomatie nähre diese Zuerst, oder trete ihr mindestens nicht mit der genügenden Deutlichkeit entgegen, um nur das Fortbestehen des Konfliktes zu bewirken. Diese Meinung muß durch die Haltung der panlawistischen Presse, allen voran die „Nowoje Wremja“, noch bestärkt werden, die unablässig zum Krieg gegen Oesterreich hetzt und den Serben fectierlich den Bestand Rußlands zusichert.

So steht denn die Situation trübe genug aus und es wäre höchste Zeit, wenn die Westmächte im Verein mit Deutschland und Italien in einer selbständigen Aktion sowohl in Petersburg als in Wien und Ligarad ihren Willen, keine Friedensförderung zuzulassen, endlich kundtun würden.

In Serbien ist unterdessen das neue Ministerium zustande gekommen, das alle Parteien umfaßt. Ministerpräsident ist der Fortschrittler Rowakowitsch. Da dem Kabinett auch Parisch, der alte Feind Oesterreichs, und als Kriegsminister der General Biskowitsch, das Haupt der Kriegspartei, angehören, so wird es in Wien direkt als Kriegsministerium betrachtet und die Wiener offiziöse Presse sucht die öffentliche Meinung immer mehr auf die angebliche Notwendigkeit eines Krieges vorzubereiten.

### Abreise des österreichischen Gesandten.

Belgrad, 23. Februar. Der österreichisch-ungarische Gesandte Graf Forgach hat heute nachmittags einen achtstägigen Urlaub angetreten und wird sich in Familienangelegenheiten nach Budapest und Wien begeben.

### Oesterreich.

#### Spernung von Schulen mittels Polizei.

Aus Wien wird uns vom 20. Februar geschrieben: Die gewalttätige Art der Christlichsozialen ist vorige Woche wieder einmal deutlich geworden, als mit Hilfe einer Verordnung aus der Zeit der dunkelsten Reaktion — die dadurch, daß sie die körperliche Nüchternheit vorseht, unter dem Namen „Prügelpatent“ berüchtigt geworden ist — zwei Privatschulen geschlossen und verweigert worden sind. Es handelt sich dabei um zwei Musterschulen, die der Verein „Freie Schule“, der sich die Verämpfung des Aleri-

kianismus auf dem Gebiete des Volksschulwesens zur Aufgabe gesetzt hat, in zwei Wiener Bezirken unterhält. Ganz abgesehen von einer wäre formeller Ungefehllichkeit, die mit jener Schließung verknüpft waren, handelt es sich bei dem Kampfe gegen die Privatschulen, den die zwei Christlichsozialen Behörden führen, denen in Wien die Schulaufsicht obliegt, um den prinzipiellen Streit, ob sich die Erziehung von Privatschulen unabhängig von der kirchlichen Zustimmung vollziehen kann. Wohl verkündet das Staatsgrundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger mit der denkbar größten Bestimmtheit: Unterrichts- und Erziehungsanstalten zu gründen, ist jeder Staatsbürger berechtigt; aber diese Staatsgrundgesetzlich verbürgte Freiheit wollen die Christlichsozialen dadurch vernichten, daß sie die Existenz der Privatschulen davon abhängig machen wollen, daß die kirchliche Oberbehörde (der Bischof) den Religionsunterricht besorge und den gelehrten Religionslehrer bestelle. Es braucht sich also die Kirche nur zu weigern, den Religionsunterricht zu übernehmen, was sie dem verhassten Vereine gegenüber natürlich tut, und die Schulen wären unmöglich geworden, so daß wirklich die Freiheit des Unterrichts abhängen würde von der Abneigung und Laune der Kirche. Katholisch ist das alte Reichsvolksschulgesetz, das aus dem Jahre 1860 stammt, aber in seiner Art ein vortreffliches Gesetz ist, nicht so rückständig, um diesen Schluß zu ziehen; vielmehr gibt es der Kirche auch beim Religionsunterricht nur ein Recht, aber kein Privileg; lehnt die Kirche ab, so tritt eben der Laienunterricht auch in dem Unterrichtsgegenstand „Religion“ ein. Der Streitfall ist also nur ein Beweis, wie der durch die Christlichsozialen verkörperte Merkantilismus den wahren Geist des alten freiheitlichen Gesetzes umzubiegen versucht und aus Bestimmungen, die die Schule von der Kirche unabhängig machen wollen, Anordnungen desillustriert, die die Untertänigkeit der Schule von der Kirche befestigen sollen.

Vorläufig ist, freilich nur wegen der formalen Ungefehllichkeit, die Schließung der Schulen von der niederösterreichischen Statthalterei aufgehoben worden. Die sachliche Entscheidung liegt beim Ministerium für Unterricht und Kultus, und man wird, da die Regierung die mehrere Jahre verklebte Entscheidung für die nächste Zeit ankündigt, bald erfahren, ob das bittere Wort Grillparzers noch immer gilt: „Der Kultus hat den Unterricht erschlagen!“

### Frankreich.

#### Bollfragen.

Paris, 23. Februar. Die von der Kammer zum Zweck einer Revision des Zolltarifes eingesetzte Kommission hat für eine große Anzahl von wichtigen Positionen sehr bedeutende Erhöhungen beschlossen, die in den Industrie- und Handelskreisen des Auslandes lebhafteste Beunruhigung erzeugt hat. In der heutigen Sitzung der Kommission erhoben die Minister Ruan und Cruppi technische Einwendungen gegen diese Erhöhung. Wichon wies dann auf die Möglichkeit internationaler Verwickelungen und die voraussichtlichen Gegenmaßnahmen hin. Gewisse von der Kommission beantragte Maßnahmen könnten insbesondere die Entente cordiale mit England gefährden.

### Italien.

#### Die Staatsangestellten und die Wahlen.

Rom, 21. Februar. (Fig. Ver.)

Die Vertreter der verschiedenen Verbände der italienischen Staatsangestellten haben am 18. d. M. in Mailand eine Zusammenkunft gehabt, auf der sie eine Tagesordnung annahmen, die den organisierten Staatsangestellten empfiehlt, bei den nächsten Wahlen gegen den Regierungskandidaten zu stimmen. Ohne eine bestimmte Partei zu bezeichnen, empfiehlt die Tagesordnung, den demokratischen Kandidaten den Vorzug zu geben. Wie man sieht, ist der italienische Staat in der Unterdrückung der Meinungsfreiheit seiner Beamten weit hinter Preußen-Deutschland zurück.

### England.

#### Der Kampf gegen das Oberhaus.

London, 22. Februar. Unterhaus. Das Amendement Bonsonbys betreffend gesetzliche Maßnahmen gegen das Oberhaus wurde schließlich mit 225 gegen 47 Stimmen abgelehnt.

### Dänemark.

#### Die Landesverteidigung.

Kopenhagen, 23. Februar. Das Folketing setzte heute die Beratung der Landesverteidigungsvorlagen fort. Der Verteidigungsminister Bergaarb erklärte, daß die beantragten vorgeschobenen besetzten Positionen zu Lande bei Kopenhagen für die Sicherung der Neutralität notwendig seien. Von Seiten des Auslandes sei keine Pression ausgeübt worden und würde auch nicht ausgeübt werden.

Der Minister des Aeußeren Graf Ahlefeld-Laurvig hob hervor, daß Dänemark gegenwärtig mit allen Mächten in den freundschaftlichsten Beziehungen stehe und daß die Mächte überzeugt seien, daß Dänemark stets strenge Neutralität beobachtet werde. Aber, fuhr der Minister fort, während eines Krieges können Situationen eintreten, wo eine Neutralitätsüberlegung nicht unwahrscheinlich ist. Für diese Fälle müssen wir bereit sein, eine Besetzung zurückzuweisen. Von uns werden zwei Dinge verlangt: nämlich eine korrekte Haltung in unserer Außenpolitik und eine unseren Verhältnissen angemessene starke Verteidigung. Erfüllen wir diese Forderungen, so bestehen Chancen, die Verwicklung in einen Krieg zu vermeiden. Es ist der Wunsch aller Mächte, daß wir ein möglichst starkes Verteidigungswesen haben. Deshalb empfehle ich eindringlich die Annahme der Gesetzentwürfe. Eine Landesverteidigung ohne Sicherung Kopenhagens auf der Landseite kann ich nicht empfehlen.

### Finnland.

#### Die Auflösung des Landtages.

Peterburg, 22. Februar. In dem heute veröffentlichten Manifest über die Auflösung des finnischen Landtages werden folgende Beweggründe für die Auflösung angeführt: Bei der Eröffnung des gegenwärtigen Landtages hatte dessen Vorsitzender die Landtagsstatuten verlegt, indem er es trotz der ihm auf kaiserlichen Befehl erteilten Warnung sich herausgenommen hatte, im Namen des Landtages in unangebrachter Weise ein abfälliges Urteil über eine vom Kaiser bestätigte Verordnung des Ministerrats hinsichtlich des Reglements zur Prüfung der finnischen Angelegenheiten, die gleichzeitig die Interessen des Landes betreffen, zu fällen. Der Landtag verkennt den wahren Sinn des genannten gesetzgeberischen Aktes, der lediglich zum Schutze der allgemeinen staatlichen Interessen erfolgt ist, deren Wahrung immer von vornehmster Bedeutung bleiben muß. Aus der Tatsache derartigen unangebrachter abfälliger Urteile ist ersichtlich, daß der Landtag im gegebenen Falle sich nicht von dem Bewußtsein des tatsächlichen Wohles Finnlands leiten ließ, dessen Interessen unlosbar mit den Interessen des gesamten Reiches verknüpft sind, und es sind daher keine fruchtbringenden Resultate von der Tätigkeit dieses Landtages zu erwarten.

Der Landtag ist also aufgelöst worden, weil er gegenüber den Uebergriffen des Absolutismus und den Ausfrierungsbestrebungen in vorhöflicher und zurückhaltender Weise auf seine vom Jaren beschworene Konstitution sich zu berufen wagte.

## Türkei.

### Ein ehemaliger Günstling.

Konstantinopel, 23. Februar. Gestern begann der Prozeß gegen den ehemaligen Günstling und Hauptkrieger des Sultans Redjib Pascha Reihame, der unter der Anklage des Betruges und verübter Torturen an Armeniern nach dem Bombenattentat im Bildizpalast 5300 Personen verhaftet wurden. Einer der Hauptbelastungszeugen erging sich in den beleidigendsten Ausdrücken gegen den Präsidenten des Gerichtshofes, worauf er sofort zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Eine Anzahl armenischer Zeugen schilderten die entsetzlichen Torturen, welche mit glühenden Eisen und anderen Marterwerkzeugen zur Erpressung von Geständnissen verübt worden waren.

## Aus der Partei.

### Die Spaltung der holländischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Amsterdam, 22. Februar.

Am Sonntag nachmittag wurde im Gebäude „Blomcius“ zu Amsterdam unter Vorsitz des Genossen D. J. Wynkoop eine Versammlung abgehalten von den Anhängern der „Tribüne“-Gruppe in der S. D. A. P.

Anwesend waren ungefähr 250 Parteigenossen, von denen ungefähr 100 delegiert waren, die von Anhängern der Tribüne außerhalb Amsterdams entsandt waren, so aus Rotterdam, dem Haag, Utrecht, Leiden, Delft, Arnheim, Brauwarden, der Provinz Twente usw. Die Redaktion der „Tribüne“ bildete das Bureau.

Verschiedene nichtsozialdemokratische Arbeiter, die mit dem Zweck, Gründung einer neuen Partei, sympathisierten, wünschten Zutritt, indessen wurden nur Sozialdemokraten, die entweder Mitglieder der S. D. A. P. waren oder ihren Austritt aus der Partei erklärt hatten, zugelassen.

Die Versammlung trug einen sehr provisorischen Charakter. Alle Beschlüsse, die gefaßt wurden, so wurde beschlossen, sollten erst dann bindende Kraft erhalten, wenn das Parteireferendum die Parteitagbeschlüsse bestätigten sollte.

Aus den Verhandlungen erhob sich, daß bereits eine ganze Anzahl von Parteigenossen die S. D. A. P. verlassen haben; beschlossen wurde jedoch, daß man im allgemeinen mit dem Austritt warten solle, bis das Referendum gesprochen hat, obwohl für einige Abteilungen eine Ausnahme gemacht wurde.

Nachdem mitgeteilt worden war, was bereits in den verschiedenen Abteilungen geschehen ist, und Sympathiebekundungen von Besinnungsgenossen im Lande verlesen worden waren, wurde nach ausführlicher Besprechung fast einstimmig, gegen 2 Stimmen bei 7 Stimmenthaltungen, die Errichtung einer neuen Partei beschlossen, falls — was fast als sicher angenommen wurde — das Referendum die Beschlüsse des verlassenen Parteitags gutheißt.

Eine kurze Diskussion wurde geführt über die Frage, ob die eventuelle neue Partei schon an den bevorstehenden neuen Wahlen teilnehmen möchte. Man war allgemein der Meinung, daß dies in der Tat geschehen müsse und so wurde denn auch fast einstimmig beschlossen. Die Frage, wo und wie man an diesen Wahlen teilnehmen wird, wurde definitiv konstituierenden Versammlung nach dem Referendum überlassen.

Hierauf wurde eine Kommission von 9 Genossen ernannt, die mit der Vorbereitung der konstituierenden Versammlung beauftragt wurde, welche wahrscheinlich am 14. März stattfinden soll. In die Kommission wurden gewählt: J. C. Eton, Dr. B. Van Kesteren jr., Dr. J. Wynkoop, Dr. G. Gorter, Rechtsanwält Mendels, Frau M. Meusing, Fern. van Praag, G. A. Walker, Sam. de Wolff und als Stellvertreter: G. H. J. W. Sommes, van Schin, J. Schütte und L. de Witter. Diese Kommission soll der konstituierenden Versammlung Vorschläge für das Programm, das Kampforgan und die Statuten der neuen Partei vorlegen.

Außerdem wurde auf Grund eines Schreibens des Internationalen Sozialistischen Bureau zu Brüssel besprochen, auf welche Weise dies Bureau am besten über die Geschehnisse hierzulande zu informieren sei.

Ueber die „Tribüne“ wurde beschlossen, daß ihre Redaktion vorläufig durch feste Mitarbeiter von Gorter und Mendels verstärkt werden soll. Später werden darüber definitive Entscheidungen getroffen werden.

Unter dem Singen des Sozialistenmarsches und der „Internationalen“ ging die Versammlung auseinander.

### Für den badischen Parteitag

wurde in den letzten Tagen im „Volksfreund“ zu Karlsruhe eine sehr bedenkliche Stimmung gemacht. Das „Offenburger Volksblatt“ hatte kürzlich aus der Kottz eines bürgerlichen badischen Blattes, daß „eine etwa vorhandene gewisse Spekulation der bürgerlichen Kreise auf „revisionistische“ Versärfung sich schon jetzt als hinlänglich erweise“, geschlußfolgert:

„Der Ortenauer bestreitet also, was die radikale sozialistische Parteipresse schon längst geschrieben hat, daß die linksliberalen Elemente auf einen Zuwachs aus dem revisionistischen Flügel unsrer Partei rechneten. Damit dürften diese sich sehr wohl getraut haben, denn die Arbeiter werden sich von der sozialdemokratischen Partei nicht loslösen, wenn ihnen auch von den demokratischen Elementen des liberalen Bürgertums goldene Berge versprochen werden. Immerhin freuts uns, daß der „Ortenauer“ eine so offene und ehrliche Aussprache pflegt!“

Der Karlsruher „Volksfreund“ entstellte den ganz klaren Sinn dieser einwandfreien Kottz vor seinen Lesern in der folgenden gräßlichen Weise:

„Hier wird also die Behauptung aufgestellt, daß es in unserer Partei Leute gibt („Revisionisten“), welche beabsichtigen und nur auf die passende Gelegenheit dazu warten, um uns links bürgerliche Kreise abzuschwenken. Wollte man diese Behauptung ernst nehmen, so könnte man sie nur als böswillige Verdächtigung qualifizieren. Wir nehmen sie aber nicht ernst, denn solche Stillschreibungen beweisen nur, wie sich das schredliche Gespenst des Revisionismus in den Köpfen mancher „Radikalen“ widerspiegelt. Es mußte aber von dieser Art „badischer Politik“, wie sie das „Offenburger Volksblatt“ macht, Kottz genommen werden, um den badischen Genossen anherhalb der Offenburger Sphäre zu zeigen, wie man in Offenburg bemüht ist, die Einigkeit und Geschlossenheit der Partei für den bevorstehenden Wahlkampf zu fördern...“

Der „Volksfreund“ verdreht hier also die Behauptung des „Volksblatts“, daß linksliberale Kreise auf Zugang aus den Reihen der Revisionisten hoffen, schlankweg in die Behauptung, die Revisionisten planten den Uebergang ins bürgerliche Lager. So werden in unerhörter, der Wahrheit ins Gesicht schlagender Weise die Genossen Offenburgs und das „Volksblatt“ vor den Lesern des „Volksfreunds“ verächtigt.

In einer späteren Nummer befaßt sich der „Volksfreund“ mit der Tatsache, daß die Offenburger Genossen beschlossen, sich dem Antrag Kehl anzuschließen, der besagt, daß dem Genossen K. O. B., der auf dem Parteitag das Landtagsreferat erstattet, ein Korreferat aus dem nichtrevisionistischen Lager beigestellt werde. Der Beschlus wurde also kommentiert:

„... Ein solcher Fanatismus, wie er in diesem Antrag zum Ausdruck kommt, ist für unsere Partei eine Schandtat. Hier spielt der soziale Gegenstand keine Rolle mehr, ein solcher Antrag kann nur von fanatischem persönlichen Haß diktiert sein. Wenn das die Resultate der „theoretischen Erziehungsarbeit“ des Offenburger „Volksblattes“ sind, dann ist es die höchste Zeit, dieser Erziehungsmethode einen festen Riegel vorzuschieben.“

So macht der „Volksfreund“ Stimmung gegen die Genossen in Baden, die mit der Taktik des Genossen Kottz nicht einverstanden sind. Nachen sie von dem in einer demokratischen Partei selbstverständlichen Recht Gebrauch, eine Besetzung der Reaktionsfähigkeit auch von ihrem Standpunkt aus zu fordern, so sind sie nach dem „Volksfreund“ von wütendem persönlichen Haß beiseit! Wir hängen diese bedenkliche Karlsruher Methode hiermit gebührend niedriger.

### Unsere Toten.

Paris, 21. Februar. (Fig. Ver.) Einer der Arbeiterdeputierten der geeinigten Partei, Genosse Venesich, ist gestern abend plötzlich gestorben. Von Beruf Schriftsetzer, war er Sekretär der Arbeitsschule von Montpellier geworden. Er wurde auch Gemeinderat in dieser Stadt. Seit 1898 vertrat er Montpellier in der Deputiertenkammer. Er gehörte der Jauretschen Gruppe an und trat nach dem Einigungskongreß der geeinigten Partei bei. Der liebenswürdige bescheidene Mann, der zur alten Garde des französischen Sozialismus gehörte, genoss im Parlament allgemeine Sympathien.

Aus den Organisationen. Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den Reichstagswahlkreis Fürstentum Schaumburg-Lippe tagte gestern (Sonntag) in Stadthagen. Acht Orte waren durch 17 Delegierte vertreten, außerdem der Kreisvorstand, das Agitationskomitee und die Redaktion und Expedition der „Volksmacht“ zu Völsfeld. Der Kassenbericht vom zweiten Halbjahr 1908 weist eine Einnahme von 656,06 Mark und eine Ausgabe von 564,45 Mark auf, mithin Bestand 91,61 Mark. Die Zahl der Mitglieder hat sich seit Ende Juni um 46 erhöht, der Verein zählte Ende 1908 in acht Orten 254 Mitglieder, fast die gleiche Zahl auch an Abonnenten der „Volksmacht“. Die Agitation soll jetzt energischer betrieben werden.

## Jugendbewegung.

### Radefische.

In Eichlingshofen bei Dortmund fand am 18. Dezember 1908 eine öffentliche Versammlung jugendlicher Arbeiter zum Zwecke der Gründung einer Jugendorganisation statt. Der Veranstaltung der Versammlung, ein jugendlicher Zimmergeselle, hat jetzt gleich zwei polizeiliche Strafmandate über je 25 M. erhalten, weil er

1. obwohl er nicht 18 Jahre alt ist, eine politische Versammlung besucht habe, und
2. weil er eine anmeldspflichtige Versammlung nicht angemeldet habe.

Daß die Versammlung eine politische gewesen ist, schließt die Behörde daraus, daß ein sozialdemokratischer Redakteur ein Referat gehalten hat. (1) Die Behörde fahndet nach den Namen der anderen, etwa 80 Teilnehmer, um jedenfalls auch diese mit Strafmandaten zu beglücken.

## Gewerkschaftliches.

### Schwarze Listen.

Wiederum sind wir in der Lage, Verratsverklärungen des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller veröffentlichen zu können. — Nachstehend bringen wir dieselben im Wortlaute:

9 und 10.  
J.-Nr. 139. Berlin, den 12. Februar 1909.  
Rundschreiben Nr. 9 pro 1909.

Der Verband der Kupferschmiede Deutschlands sowie der Verband der Zimmerer haben über den Arbeitsnachweis der Industrie Mannheim-Ludwigshafen, c. S. Mannheim, die Sperre verhängt.

Wir bitten Sie deshalb, alle aus dem Industriegebiet Mannheim-Ludwigshafen kommenden Kupferschmiede und Zimmerer bis auf weiteres von der Einstellung auszuschließen.

Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller.

Berlin, den 12. Februar 1909.

J.-Nr. 127. Berlin, den 12. Februar 1909.  
Rundschreiben Nr. 10 pro 1909.

Die Arbeiterschwierigkeiten bei der Firma Maschinen- und Armaturenfabrikormal Klein, Schanzlin und Becker-Frankenthal sind behoben; es erledigt sich daher unser Rundschreiben Nr. 5 vom 21. Januar 1909.

Gesamtverband deutscher Metallindustrieller.

11 und 12.  
(L./09, 53 u. 66/09).

J.-Nr. 153. Berlin, den 12. Februar 1909.  
Rundschreiben Nr. 11 pro 1909.

Der Streik bei der Firma E. Albers und v. Drathen-Meldorf ist beendet; es erledigt sich somit unser Rundschreiben Nr. 1 vom 12. Januar c., desgleichen sind unsere Rundschreiben Nr. 53 und 66 vom 25. März und 6. April 1908 als erledigt zu betrachten.

Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller.

J.-Nr. 159. Berlin, den 17. Februar 1909.  
Rundschreiben Nr. 12 pro 1909.

Bei der Firma Perlmutterfabrik von Karl Voigt in Frankenhäusen (Kiffhäuser) haben am 15. d. Mts. die Arbeiter die Arbeit niedergelegt.

Wir bitten, alle von genannter Firma kommenden Arbeiter bis auf weiteres nicht einzustellen.

Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller.

### Berlin und Umgegend.

Vom Streik der Gummiarbeiter bei Schwarz u. Co. Ueber die Ursache und den Verlauf wurde in einer am Montag abgehaltenen Versammlung der Streikenden folgendes mitgeteilt: Schon seit längerer Zeit sind die Arbeiter ungelassen über die unpassende Behandlung, welche ihnen der Leiter der Gummiabteilung der genannten Firma zuteil werden läßt. Grobe Worte, auch den Arbeiterinnen gegenüber, werden von dem Abteilungsleiter und von dem Meister regelmäßig gebraucht. Aus diesem Grunde kam es schon im vorigen Jahr zu einem Konflikt.

Damals erklärte der Firmeninhaber, Herr Chaiker, die Arbeiter hätten sich doch an ihn wenden sollen, dann wäre der Konflikt beigelegt worden. Dessen erinnerten sich die Arbeiter jetzt. Eine dreigliedrige Kommission wollte wegen der schlechten Behandlung mit Herrn Chaiker sprechen, das wußte aber der Abteilungsleiter zu verhindern. Aber damit nicht genug. Er entließ auch die drei Arbeiter. Die übrigen erklärten sich mit ihren Kollegen solidarisch und legten am Donnerstag voriger Woche die Arbeit nieder. Gefordert wird die Wiedereinstellung der drei Gemahregelten und anständige Behandlung. Die Arbeiter finden es auffallend, daß Herr Chaiker, der im vorigen Jahre den Arbeitern sagte, sie sollten sich an ihn wenden, jetzt damit einverstanden ist, daß Arbeiter deshalb entlassen wurden, weil sie sich an ihn wenden wollten, um anständige Behandlung durch seine Angestellten zu verlangen. Wie es scheint, ist der Polizei bekannt gegeben worden, daß sich unter den Streikenden ein Oesterreicher befindet. Hat doch ein Schutzmännchen, der mit einem Streikposten in Wortwechsel kam, zu diesem gesagt: Sie sind wohl der Oesterreicher. Als diese Frage verneint wurde, sagte der Schutzmännchen: Na, den Oesterreicher werden wir uns schon kaufen. — Auch sonst geht die Polizei gegen die Streikposten in der Weise vor, wie man es nachgerade bei jedem Streik gewohnt ist. Die Posten werden fortgewiesen, fixiert und die Ausübung ihres Rechts wird ihnen in jeder Weise erschwert. Die Firma hat Arbeiter, die vor längerer Zeit um Arbeit anfragten, jetzt aufgefordert, anzufangen. Den Streikenden ist es bis jetzt gelungen, den Zugang von Arbeitswilligen fernzubehalten. Sie erwarten, daß es ihnen auch ferner gelingen wird und daß ihre selbstverständliche Forderung anerkannt werden muß.

Achtung, Herrenmachschneider! Die Differenzen bei der Firma Kirchner, Zimmerstr. 33, sind beigelegt. Die Sperre wird hiermit aufgehoben.

Verband der Schneider. Die Ortsverwaltung.

### Deutsches Reich.

#### „Christlicher“ Berleumder.

Ein Vergemann, Mitglied des christlichen Gewerkschafts (Ortsleiter), agitierte gegen den alten Verband der Bergarbeiter, indem er behauptete, der Vorsitzende des alten Verbandes der Zahlstelle Kastrof bei Dortmund habe vom Streik 1905 Streikgelder unterschlagen. Von der Reichsberndspresse wurde dieses Gerücht mit Behagen weiter verbreitet. Der Beschuldigte strengte deshalb Privatklage gegen den „christlichen“ Berleumder an. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß die Streikgelder prompt abgerechnet seien. In der Urteilsbegründung hieß es, auf dem Privatkläger habe auch nicht der Schatten eines Makels, der „christliche“ Vergemann habe offenbar dem alten Verbands ein ausstößendes wollen. — Trotzdem wurde der Berleumder freigesprochen, weil er — in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt habe. Gegen das sonderbare Urteil ist Verurteilung eingelegt.

#### Arbeiterkontrollen im Bergbau.

Die Scharfmacherblätter im Ruhrgebiet sind ganz anher sich, daß mit den Arbeiterkontrollen ernst gemacht werden soll. Sie verlangen Bestimmungen in der neuen Berggesetznovelle, durch welche den Kontrollen verboten wird, bei der Kontrolle Verhöre anzustellen, also Fragen an die Bergleute zu richten. Weiter müsse den Kontrollen verboten werden, Vorschläge zur Sicherung von Betriebspunkten zu machen, denn das sei ein Eingriff in die verantwortliche Betriebsleitung. Dann müsse von den Kontrollen ein Befähigungsnachweis in Bezug auf die moralische Qualifikation gefordert werden und endlich müsse bei Strafe der Ungültigkeit der Wahlen die Organisationsagitation für die Kontrollen verboten werden. Die Scharfmacher erwidern, daß besonders mit dem zuletzt genannten Verlangen die Organisationen „einverstanden“ sein würden.

Die Bergleute werden in Kürze das, was sie zu dem Truggesetz zu sagen haben, so laut und deutlich sagen, daß es auch den Scharfmachern in die Ohren klingt.

In der Form einer „Berichtigung“ wiederholt der Königsberger Gewerkschaftsverband des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes eine von uns am 2. Februar zurückgewiesene Behauptung.

Die angebliche Berichtigung lautet:

Die in Nr. 27, 1909, des „Vorwärts“, Berlin, unter dem Stichwort „Antisemitischer Säuwinkel“ abgedruckte Behauptung, der deutschnationale Handlungsgehilfenverband habe sich in Königsberg um die Agitation für die Freitaglohnzahlung gar nicht gekümmert, ist un wahr. Wahr ist, daß der deutschnationale Handlungsgehilfenverband in der ersten Hälfte des Jahres an zahlreiche Königsberger Fabriken mit dem ausschließlich begründeten Erlauchen herantreten ist, die Freitaglohnzahlung für die Arbeiter einzuführen.

Deutscher Handlungsgehilfenverband.

Gau Ostpreußen.

Max Laube, Gauvorsitzer.

Auf die Einzelheiten unserer Kottz geht die Berichtigung vorfälligerweise nicht ein. Dieselbe war geschrieben, um die schon damals aufgestellte Behauptung der Deutschnationalen bezüglich ihrer Betätigung für die Freitaglohnzahlung zu entkräften und sagte ausdrücklich:

„Bei den Sitzungen, die sich mit dieser Angelegenheit beschäftigten, glänzte er (der deutschnationale Verband) durch Abwesenheit. Und in Wirklichkeit ist die Frage der Lohnzahlung am Freitag von den freien Gewerkschaften angeregt worden, und diese haben auch für sie die lebhafteste Propaganda gemacht, so daß nicht nur für 200, sondern für 4500 Arbeiter die Freitaglohnzahlung eingeführt worden ist.“

Wenn der deutschnationale Handlungsgehilfenverband jetzt feststellt, er sei in dieser Sache „an zahlreiche Königsberger Fabriken herantreten“, so stellt er im Angesichte dieser Tatsache fest, daß er einer gemeinsamen Aktion aus dem Wege gegangen ist, so sie vielleicht durchkreuzt hat. Das ist noch schlimmer, als wenn der Verband ganz untätig geblieben wäre!

#### Die Zustände im Hamburger Gewerkschaftshause.

Die Reichsberndspresse bringt „Enthüllungen“ über schlechte Behandlung und lange Arbeitszeit der Angeestellten des Gewerkschaftshauses. Das „Hamburger Echo“ schreibt hierzu (Nr. 44 vom 21. Februar):

Die „Hamburger Nachrichten“ lassen seit einiger Zeit durch einen ganz besonders geschäftigen Redakteur die Spitznäpfe, die Nachrichten und Papierkörbe der hiesigen Arbeiterkonsumvereine und des Gewerkschaftshauses durchschauen, ob sich nicht etwas fände, das man im Reichsberndspresseblatt der Sozialdemokratie an die Nachschöffe hängen könnte. Vor einiger Zeit hatten die „Hamburger Nachrichten“ sogar die Schamlosigkeit, öffentlich aufzufordern: entlassenes Personal des Konsumvereins „Produktion“ solle sich auf der Redaktion der „H. N.“ melden. Jetzt wieder hat sich der in der Anhäufung von Schmutz gegen die Arbeiter sehr eifrige Redakteur L. H. von den „H. N.“ mit Personal in Verbindung gesetzt, das vom Hamburger Gewerkschaftshaus entlassen ist. Und die von diesem erhaltenen Informationen sind zu zwei Artikeln im Tagesbericht der „H. N.“ benutzt, die sehr schwere Anschuldigungen gegen den Vorsteher der Verberge des Gewerkschaftshauses und gegen die Mitglieder der Verwaltung des Gewerkschaftshauses enthalten. Die Angegriffenen werden gegen die „Hamburger Nachrichten“ ein Verjährungsverfahren einleiten. Auch wir werden dann im einzelnen nachweisen können, daß die von den „H. N.“ aufgestellten Behauptungen un wahr sind. Für heute wollen wir nur erklären, damit die von den Urhebern freivol erhobenen Anschuldigungen nicht länger unüberprüfbar bleiben, daß die in den Artikeln der „Hamburger Nachrichten“ behaupteten Tatsachen entweder absolut erfunden sind, oder daß kleine Wahrheiten so freiert sind, daß sie zur Lüge wurden.

### Die Mitarbeit der Arbeiter in der Unfallversicherung.

In der Reichstags-Sitzung vom 5. Februar 1909 „erklärte“ Herr v. Bethmann-Hollweg die Pläne der Regierung über die Arbeiterversicherungs-Gesetze. Stolz rief er aus, daß das ganze Werk der neuen Reichsversicherungsordnung nicht weniger als 1700 Paragraphen umfasse! Je mehr Paragraphen, desto undeutlicher und unpraktischer jedes Gesetz in Preußen-Deutschland. Und die Rechte der Versicherten? Darüber sprach sich der Minister nicht klar aus. Die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf das Gefinde, land- und forstwirtschaftliche Arbeiter, Handgewerbetreibende usw. soll vorgenommen werden. Dann heißt es wörtlich: „Die Beiträge und das Stimmrecht sollen halbiert werden zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.“ Der Vorschlagende soll gewählt werden und als Wahlverfahren wird das Proportionalverfahren eingeführt. Vorher hatte sich derselbe Herr Minister erregt gegen die Vorträge unseres Redners gewehrt, daß er die Arbeitervertreter nicht gehört und ihre Wünsche über die Gestaltung der neuen Gesetze entgegengenommen habe. Er habe die Vertreter der Krankenkassen ja gehört. Stimmt! Aber hat er ihre Ausführungen auch beachtet und bewertet? Man hat sie nur „gehört“, weiter nichts. Die Geheimräte machen die Sache schon allein und nach den Wünschen der Scharmacher. Wäre es anders, so könnte die Regierung heute nicht von der Halbierung der Beiträge und des Stimmrechts in den Klassenverwaltungen reden. Erklärten ja doch auch die damals zur Konferenz geladenen Unternehmer nahezu einstimmig, daß sie sich nicht „unterdrückt“ fühlten und keine Lust nach weiterer Vertretung hätten. Schadet nichts, die Beiträge und das Stimmrecht sollen doch halbiert werden, weil eben die Arbeiter heute „zu viel Rechte haben“. Und was soll die „diplomatische“ Wendung: „Der Vorschlagende soll gewählt werden“ besagen? Wer soll ihn wählen? Die Vorstandsmittglieder wie früher? Oder gar die „Organe“ der Behörden? Darauf kommt es doch an! Der respektvolle Minister lobte dann um so mehr die Berufsgenossenschaften und deren „außerordentliche leistungsfähige Arbeit“ unter Weisfall des Kodes. Still wurde es, als er dann weiter erklärte: „Ich glaube, wir sind bei der Rentenfestsetzung zu einer befriedigenden Lösung gekommen, indem wir auch die Arbeiter, die zwar keine Beiträge für die Berufsgenossenschaften zahlen, aber ihre Knochen zu Markte tragen, bei der Rentenfestsetzung mit heranziehen wollen!“ Auf den ersten Blick sieht die Sache verlockend aus. Die Arbeiter, welche, wie ganz richtig betont wurde, ihre Knochen zu Markte tragen müssen, sollen künftig bei der Rentenfestsetzung auch mitwirken! Das wäre entschieden ein Fortschritt, wenn sie auch mit Zug und Recht an der Verwaltung der Berufsgenossenschaft teilnehmen könnten, da sie indirekt doch die gesamten Beiträge zur Versicherungs-Gesetzgebung aufzubringen haben. Doch der Minister sprach ganz vorsichtig aus, daß die Versicherten bei der Rentenfestsetzung „herangezogen“ werden sollten. Was versteht man darunter? Sollen sie Sitz und Stimme in dem Entschädigungsausschuß der Berufsgenossenschaft haben? Oder sollen sie nur als „Gutachter“ — „herangezogen“ und nur „gehört“ werden? Der Regierung wäre das schon zuzutrauen. Die Versicherten würden „herangezogen“ — „gehört“, und die Vertreter setzen dann die Rente selbst fest, weil sie ja die Beiträge aus eigener Tasche bezahlen! Sonst wäre es nicht annehmbar, daß die „Lösung“ dieser Frage so schnell gefunden worden wäre. Die Berufsgenossenschaften protestieren doch bis zur heutigen Stunde gegen jede Beteiligung der Arbeiter an der Verwaltung ihrer Institute. Und jetzt soll die Frage „gelöst“ sein von demselben Minister, der die neue Novelle zur Gewerbeordnung erst den Unternehmern zur gefälligen „Begutachtung“ vorgelegt und danach „verbessert“ hatte? Undenkbar, daß das eine Lösung der Frage sein soll!

Die Unternehmer geben keine Rechte so leicht preis. Dies zeigt wieder ein Artikel in der „Frankfurter Zeitung“ vom 20. Januar 1909. — In der Nummer des Blattes vom 23. Januar 1909 wurde in

einem Artikel: „Die Berufsgenossenschaften“ darauf schlichtern hingewiesen, daß doch „den Arbeitern auch eine Beteiligung an dem Entschädigungsverfahren gewährt werden“ könnte. Andererseits wurde ausdrücklich anerkannt, daß man selbstverständlich den Berufsgenossenschaften mit ihren langjährigen praktischen Leistungen möglichst alle Befugnisse belassen solle, die ihnen irgend belassen werden könnten usw. Kurz, es war ein Artikel in der bekannten „arbeiterfreundlichen“ Art der Frankfurterin. Trotzdem erfolgte einige Tage darauf prompt der erwartete Widerspruch, der bezeichnenderweise ohne jede Bemerkung von der Redaktion aufgenommen wurde. Eine „Berufsgenossenschaft“ soll den Artikel geschrieben haben. Es heißt da u. a.:

„Es handelt sich hierbei nicht darum, daß, wie es in der Regel borgeht, die Vorstände der Berufsgenossenschaften grundsätzlich von einem Zusammenwirken mit Vertretern der Arbeiter nichts wissen wollten. Eine Mitwirkung der Arbeiter bei den Aufgaben der Berufsgenossenschaften ist schon nach den bestehenden Gesetzen gegeben und zwar erstens in der Verwaltung selbst durch die vorgeschriebene Beteiligung von Arbeitervertretern an der Ausarbeitung und dem Erlass von Unfallverhütungsvorschriften, zweitens in der Beteiligung von Arbeitervertretern bei der Rechtsprechung der Schiedsgerichte und des Reichsversicherungsamtes.“

Diese Heuchelei! Dabei weiß man ganz gut, daß die Arbeitervertreter alle Jubeljahre mal zusammenberufen werden, um die „neuen“ Unfallverhütungsvorschriften zu „beraten“. Von der Beteiligung an der Rechtsprechung sollte man bei dieser Frage lieber gar nicht reden. Darum handelt es sich gar nicht. Der Artikel-schreiber erklärt auch, daß es Sache der Unternehmer sei, die Gesetze einer Berufsgenossenschaft allein zu führen, weil:

„Die Festsetzung über die Höhe der zu zahlenden Entschädigung zunächst Sache der Vereinbarung zwischen dem zur Zahlung Verpflichteten und dem Entschädigungsberechtigten ist, wie bei jeder Forderung, die eine Person gegen eine andere geltend zu machen hat. Die Eigenart der Unfallentschädigungen gegenüber sonstigen Forderungen besteht nur darin, daß die Unfallentschädigung auf öffentlich rechtlicher Grundlage beruht und daß der einzelne Unternehmer durch den Genossenschafts- beziehungsweise Sektionsvorstand vertreten wird. Erst wenn beide Parteien sich nicht verständigen können, tritt wie bei allen anderen Forderungen der gerichtliche Austrag ein, bei welchem alle Vorbedingungen einer objektiven Rechtsprechung, die Beteiligung von Arbeitgeber und Arbeitern in gleichen Verhältnis unter einem unparteiischen Vorsitzenden, gegeben sind. Es scheint uns hiernach nicht logisch und eine Verleumdung des Wesens der Unfallversicherung zu sein, wenn man den Arbeitern Sitz und Stimme bei der Entschädigungsfestsetzung gewähren will. Zu dieser grundsätzlichen Erwägung tritt sodann noch der praktische Gesichtspunkt, daß es bei der Gewährung von Entschädigungen vor allem auf ein rasches Verfahren ankommt. Ein solches Verfahren ist durch Stellen, die aus homogenen Elementen bestehen, wie die Genossenschafts- und Sektionsvorstände, erfahrungsgemäß leicht zu erzielen. Werden dagegen diese Stellen mit verschiedenartigen Elementen, die verschiedenes Interesse vertreten, besetzt, so bedeutet dies eine Erschwerung des Geschäftsganges, insbesondere wenn, wie dies vielfach bei den Berufsgenossenschaften geschieht, die Entschädigungsfestsetzung auf Grund der Zirkulation der Akten erfolgt. In diesem Sinne hat sich übrigens auch der in diesem Artikel erwähnte angehende Vertreter der Berufsgenossenschaften bei der Konferenz im Reichsamte des Innern ausgesprochen. Was nun die Wünsche der Arbeiter betrifft, so glauben wir, daß sie durchaus nicht ihre Beteiligung an der Entschädigungsfestsetzung in dem Maße für notwendig erachten, wie es von einzelnen politischen Vertretern dargestellt wird.“

Das ist die Sprache der Unternehmer, die sich durch nichts beirren läßt. Ja, man hat die Kühnheit, davon zu reden, daß eine „Vereinbarung“ zwischen Berufsgenossenschaft und Verletzten über die Höhe der Rente erzielt wurde. Hört man heute die Klagen der Verletzten? Der Vertrauensarzt legt die Höhe der Rente fest und in den Vorständen und Entschädigungskommissionen der Berufsgenossenschaften sitzen ja meistens Unternehmer, die niemals im Leben praktisch mitgearbeitet haben, deshalb die Entschädigung der Verletzten gar nicht tagieren können. Wo findet denn die „Verständigung“ zwischen den Parteien statt? Der Verletzte erhält einfach den

Rechtsbescheid zugestellt und kann sehen, wie er daraus klug und damit fertig wird. Deshalb ist es für die Unternehmer nicht „logisch“, den Arbeitern Rechte zu gewähren.

Wie „praktisch“ die Leute auch sind: die „verschiedenartigen Elemente“ erschweren ja sonst den Geschäftsgang. Es kommt ja den Berufsgenossenschaften heute „vor allem auf ein rasches Verfahren an“. Dabei weiß jedermann, daß die armen Verletzten Monate ja jahrelang erst auf ihre Rente warten müssen und öffentliche Armenunterstützung in Anspruch zu nehmen gezwungen sind! Der „homogenen Elemente“ kommt es aber „auf ein rasches Verfahren an“. Man läßt, wie der Artikelschreiber ausplaudert, das Verfahren beschleunigen, indem man „die Entschädigungsfestsetzung auf Grund der Zirkulation der Akten“ erfolgen läßt! Ronatelang läßt man die Verletzten hungern, und dann läßt man die „Akten“ einfach „zirkulieren“, um die Entschädigung abzuschließen! Das nennt man „sachgemäße Beratung“ der „homogenen Elemente“ die zu faul sind, in Sitzungen zu kommen!

Daß die Arbeiter vom Reichstag wenig zu erwarten haben, zeigt uns erst die letzte Rede eines — „Demokraten“, des Volksparteilers Wieland vom 10. Februar 1909, welcher den Arbeitern lehren wollte: „Leben und leben lassen. Auch an den besten Einrichtungen werde eine vorweggenommene Kritik immer etwas zu tadeln haben. Es können doch nicht alle Gesetze auf die Arbeiter zugeschnitten werden!“ Wie die Gesetze auf die Arbeiter „zugeschnitten werden“, „die ihre Knochen“ für die Unternehmer „zu Markte tragen müssen“, zeigt uns ja die neue Gewerbeordnungsnovelle, die Wünsche der Berufsgenossenschaften. Von den Wünschen der Arbeiter selbst spricht man eben nicht! Dafür führen die Unternehmer in der „Frankfurter Zeitung“ aus:

„Woran die Arbeiter bei der Entschädigungsfestsetzung der Berufsgenossenschaften ein berechtigtes Interesse haben, das ist eine möglichst rasche Entschädigungsfestsetzung durch die berufsgenossenschaftlichen Organe und im Falle ihrer Unzufriedenheit ein prompt arbeitendes Berufungsverfahren. Diese Bedingungen sind heute gegeben und man sollte daher nicht irgend welchen populären Theorien zuliebe an bewährten Institutionen etwas ändern.“

Dabei kennen die Herrschaften den Schändegang im Entschädigungs- und Berufungsverfahren ganz genau. „Populäre Theorien“ sind es, wenn die Arbeiter ihr Recht fordern, dringend eine Veränderung verlangen! Deshalb sind wir auf die neue „Reichsversicherungsordnung“ mit ihren 1700 Paragraphen sehr gespannt.

### Aus Industrie und Handel.

#### Elektrische Bahnen.

Die wirtschaftliche Krise hat das Problem der Elektrifizierung der Eisenbahnen in den Vordergrund des Interesses gestellt. Die Versuche auf den schwedischen, schweizerischen und amerikanischen Eisenbahnen mit elektrischem Betrieb werden als vollkommen gelungen dargestellt. Die übrigen Staaten, vor allem Italien, Dänemark, Bayern, Baden und Preußen, sind eingeschlossen, ebenfalls den elektrischen Betrieb auf ihren Bahnen einzuführen. In dem soeben erschienenen Werke über die elektrischen Fernbahnen laßt der beratende Ingenieur der Verein. Staaten D. C. Koedder das Ergebnis aller Versuche zusammenzufassen. Wir entnehmen diesem Werke einige Bemerkungen über die wirtschaftlichen Vorteile der elektrischen Bahnen.

Das wichtigste Moment ist, daß durch die elektrischen Bahnen an Zeit und Kraft gespart wird. In der Regel erlauben sie eine bedeutend erhöhte Geschwindigkeit, die Fahrkörper sind leichter abzustellen und bedürfen weniger Zeit, um wiederum in Bewegung gesetzt zu werden.

Der wichtigste Vorteil ist die Wirtschaftlichkeit des elektrischen Betriebes. Die Dampflokomotive muß meist mit einem sehr großen und schweren Tender versehen sein, wodurch ein erheblicher Prozentsatz der Zugkraft verloren geht.

Dann muß die Dampflokomotive im Durchschnitt zwei, oft aber auch vier Stunden vor Antritt der Fahrt angeheizt werden. Ebenso bedarf sie der Unterhaltung während des Aufenthalts der Züge auf den Stationen, in Kreuzungen, sowie während der Pausen. Die elektrischen Bahnen verbrauchen Energie nur während des Betriebes und proportional ihren Leistungen.

In Kleins berühmtem Elnaker, der in der Figur des Dorfrichters Adam eine so unvergleichlich dankbarere Schauspielertische Aufgabe stellt, vertritt Herr Arndt sich im Tone. Sein Adam hatte zahllos von der zappig aufgeregten Beweglichkeit des Benjamin. Eine ganze Fülle von unverständlichen machende Ueberrückung der Rede, die überdies die Seelenruhe des Länders unnötig oft mit stolzen vorgelesenen Worten markierte, stumps durch die geräuschvolle Unruhe, die sie in die holländische Genreszenen brachten, den humoristisch-ironischen Eindruck ab. Freilich ist die Rolle so oft und oft so gut gespielt, daß man einem neuen Darsteller vielleicht mit allzu hoch gespannten Erwartungen entgegentritt. Unter den Nebenfiguren fiel der stark karikaturistisch angeordnete Schreiber Licht des Herrn Rejbach auf.

#### Humor und Satire.

#### Blauer Grund.

Nachdem durch die Grohmutter des Baron Peter Marix das Vorhandensein des kostbaren blauen Grundes in der Gegend von Läderichbucht unzweifelhaft festgestellt worden war, begann man sofort mit der Ausbeutung des Bodens. Der Reichstag bewilligte 90 Millionen Mark für Anschaffung, Transport und Montierung der zum Abbau nötigen Maschinen. Da dem Gesteinsgebiet Wasser zur Erzeugung der Dampfkräfte fehlte, so brachte Vererbung den Antrag ein, eine Wasserleitung vom Rhyafsee bis Läderichbucht zu bauen. Die Durchführung dieses kühnen Projekts kostete eine halbe Milliarde.

Inzwischen waren die Geologen, welche in der Nähe von Läderichbucht nach Kohlen suchten, bei Sochim in Westfalen auf reiche Lager gestoßen. Der Export der für den Betrieb der großartigen Maschinen nötigen Kohlenmenge schloste nahezu eine viertel Milliarde. Selber stellte sich in diesem Stadium des hoffnungsvollen Unternehmens heraus, daß bei Läderichbucht überhaupt kein blauer Grund vorhanden war. Die Grohmutter des Baron Peter Marix hatte ihre Behauptung vielmehr unter dem Eindruck einer optischen Täuschung aufgestellt, denn sie trug schon seit ihrem vierzigsten Lebensjahre eine blaue Brille. (Lustige Wälder.)

#### Notizen.

— **Russikonil.** Im Kupperstikabinett (in der Rationalgalerie) ist eine Sammlung von französischen Radierungen usw. des 19. Jahrhunderts angehängt.

— **Russikonil.** Das Sonntagskonzert im Charlottenburger Schiller-Theater, das am Sonntag, den 29., mittags 12 Uhr stattfindet, wird zwei Kammermusikwerke bringen. Es wirken u. a. der Pianist Jofe Bianna da Rotta und der Konzertänger Paul Reimers mit.

— Ein Spielhagen-Fest läßt die Deutsche Dichtergedächtnis-Stiftung in Hamburg-Groß-Gröbchen in der Sammlung „Vollbücher“ zu seinem 80. Geburtstag erscheinen. Es bietet die Dorfgeschichte „Hans und Grete“ in einer illustrierten Ausgabe.

### Kleines feuilleton.

Die Hygiene des Autos. Das moderne Automobil wird überwiegend mit Benzin betrieben. Trotzdem man sich die erdenklichste Mühe gegeben hat, auch andere Mittel zum Automobilbetrieb zu benutzen, ist man doch immer von allen Erfahrungen und Experimenten zum Benzin zurückgekehrt, so daß dieser in Wahrheit der Automobil-treibstoff par excellence ist, wenigstens heute. In hygienischer Hinsicht ist dies zu bedauern; denn auch der eragierteste Automobil-liebhaber wird nicht behaupten wollen, daß die großstädtische Atmosphäre, die schon so mancherlei zweideutigen Parfämiertungen ausgesetzt ist, durch die ständigen Benzinausdünstungen verbessert wird. Im Gegenteil, sie wird sogar bedeutend verschlechtert, und es ist schon vor längerem von hervorragender medizinischer Seite darauf hingewiesen worden, daß bei der unummenen Zunahme an mit Benzin betriebenen Last- und Personenautomobilen innerhalb der Mauern Berlins unsere Großstadtluft einmal derartig benzinhaltig werden muß, daß ernstlich an hygienisch-gesundheitlichen Gründen an eine Beschränkung oder Abänderung gedacht werden sollte. Leider ist das elegante Elektromobil, das mit Akkumulatoren betriebene Automobil noch immer nicht leistungsfähig genug, weil der Akkumulatorenbetrieb außerordentlich kostspielig ist und sich nicht genügend rentiert. In großstädtischer Hinsicht ist es geradezu das Ideal aller Kraftwagenarten, es reicht absolut nicht und hat zudem einen ruhigen, geräuschlosen Gang. Freilich ist es im Betriebe viel zu teuer, zudem immer an Akkumulatorenstationen gebunden, die sich wohl in den großen Städten, nicht aber auf dem platten Lande finden. Außerhalb des Großstadtweidbildes ist es übrigens mit der Automobilhygiene nicht besser bestellt. Der Benzingeruch macht sich zwar in der frischen Luft nicht in dem Maße unangenehm bemerkbar wie in der mehr oder minder abgedampften Großstadtluft; er verfliegt schnell und belästigt draußen auch nur wenige Rufen. Aber namentlich an trockenen, heißen Sommertagen wirbeln darüber die meist mit großer Geschwindigkeit fahrenden Automobile auf den Claußen derartige Staubwolken auf, daß der Reiz der reinen Natur anderen Vasanten durch diese Staubplage ziemlich verleidet worden ist. Deshalb bemühen sich Automobilclubs, Industrielle und Fiskus seit langem, diese auf vielbefahrenen Landstraßen immer unerträglich werdende Plage durch Bestreunung der Straßen mit besonderen staubsaugenden Mitteln nach Möglichkeit zu lindern. Der erste Versuch ging von Frankreich aus, wo man teilweise, z. B. auf dem französischen Gebiet der Riviera, schon ganz gute Resultate erzielt hat. Auch bei uns sind derartige Straßenstaubsaugungen durch Verwendung mit Mineralölprodukten in größerem Maße vorgenommen und werden noch weiter fortgesetzt. Der Automobilbetrieb hat also trotz vieler Vorzüge auch recht große Nachteile, namentlich in hygienischer Beziehung. Damit das Automobil, das gewiß eine stolze Errungenschaft moderner Technik darstellt, wirklich als Fortschritt begrüßt werden kann, müssen diese Uebelstände allerdings un-

weigerlich beseitigt werden. Sonst vermehrt sich gewiß die Zahl seiner Feinde und Reider, die an sich nicht gering ist. Dieser Tage hat sich unter dem Namen „Deutsche Auto-Liga“ eine Genossenschaft gegründet, deren vornehmster Zweck es sein soll, im Gegensaß zu vielen anderen meist dem Luxus dienenden Unternehmungen dieser Art, die Kluft zwischen den Automobilinteressenten und dem Publikum zu überbrücken durch Bekämpfung der Auswüchse des Automobilismus, namentlich auch durch Bekämpfung der Staub- und Benzinausdünstung.

#### Theater.

Neues Schauspielhaus: „Der Diamant“ von Heibel; Der zerbrochene Krug von Kleist. Bei der Aufführung der Heibelschen und Kleistschen Komödien feierte Herr Arndt, der ebenso wie sein vortrefflicher Kollege Abel in dem zuerst so äbel kritisierten Ensemble Lindas aus Deutsche Theater und nach Berlin kam, sein fünfundsiebenzigjähriges Schauspielers-jubiläum. Seine Spezialität sind die Original- und Ioniischen Räuze. Wo er Rollen erhält, die seiner eigenartigen Begabung glänzend entgegenkommen, sind ihm Gestalten von geradezu verblüffender drohender Lebendigkeit gelungen, die, wie sein vorstiger Mathematikprofessor und sein gütig-„verschmitzter“ jüdischer Familienonkel Jonas dem Zuschauer, auch wenn er die mittel-mäßigen Stücke, die literarische Einfassung längst vergessen hat, in unverwundlicher Erinnerung bleiben. Der Beifall, der ihn am Festtag ehrte, war in jedem Falle reich verdient, gleichgültig, ob das Neue, das er diesmal bot, die gleiche ungemischte Vergnügbarkeit der Stimmung hervorzuheben vermochte.

Der „Diamant“ Heibels, mit dem die Lessinggesellschaft vor einigen Jahren bereits das Experiment einer Aufführung wagte, war keine besonders glückliche Wahl. Die großen Perspektiven, die dem Dichter im Sinne lagen — sein Werk sollte der Absicht nach ein Spiegelbild der allgemeinen Menschennatur und des verworrenen, indes bei aller Verworrenheit doch weisen Weltbaus werden — tun sich im Stücke selbst dem Blick des Zuschauers nicht auf. Man sieht im Grunde nur einen Hausen lose, willkürlich, ohne organischen Zusammenhang und Steigerung aneinander gefügter Szenen, die unvernünftig zwischen derbstem Pöfenspaße und Märchenphantasien schwanken. Der Ioniische Einfall, daß Benjamin, der überflüssige Jude, den gestohlenen Edelstein, damit er ihm nicht abgenommen werden kann, verdingt und daß die Schachmann seiner Leibes dann all seinen Vermögensgegenständen sich hartnäckig verschließt, wird ohne viel Erfindung in Situationen, die teilweise schon peinlich wirken, aus-führlich ausgeführt. Herr Arndt brachte die quersilbernen agfle-Pfiffigkeit des nie um Ausreden verlegenen armen Schächers, dem ein versoffener Mediziner unter richterlicher Zustimmung den Gang aufschließen will, mit vielen amüsanteren Nuancen der Raffcadtheit und so drohig, wie es in diesem Rahmen ging, heraus. Aber der Rahmen selbst war von der Art, daß er ein harmlos heiteres Wohl-gefallen nicht recht aufkommen ließ. Gut war auch Herr Voré als Vater und Pr. Mare in der kleinen Rolle der Prinzessin.

Die Dampfmaschinen werden rascher als die elektrischen abgemagt. Außerdem stellt der elektrische Betrieb eine größere Betriebsicherheit dar. Der Dampfseil bildet eine ständige Gefahr und hat, ganz abgesehen von Unfällen durch direkte Explosion, bei Zusammenstößen fast stets die Zahl der Opfer vermehrt. Kechnlich verhält es sich mit den Gasbehältern unterhalb der Wagenlasten für die Zugbewegung. All das fällt beim elektrischen Betriebe weg.

Einen sehr bedeutenden Wert hat die Möglichkeit, höhere Steigerungen zuzulassen. Ein Beispiel mag das erläutern: Bei Freitagen-Vertrag stellte sich die für den Dampftrieb geeignete Terrasse mit 1,5 Proz. Steigerung auf 21,5 Kilometer Länge, die für den elektrischen Betrieb gewählt mit 3,5 Proz. Steigerung auf nur 13,5 Kilometer Länge. Die dadurch erreichte Ersparnis an den Baukosten wurde auf 25 Millionen Frank berechnet.

Die Herren Stüßell und Putnam haben in einem Vortrage vor dem American Institute of Electrical Engineers im Januar 1907 die Betriebs- und Unterhaltungskosten der amerikanischen elektrischen Vollbahnen zu 82 Proz. derjenigen der Dampfmaschinen berechnet. Von den 5000 Millionen Mark, die im Jahre 1905 in den Vereinigten Staaten an Betriebs- und Unterhaltungskosten sämtlicher Bahnen verausgabt wurden, hätten nicht weniger als 1000 Millionen Mark gespart werden können.

Für Deutschland hat Herr (Elektr. Kraftbetrieb und Bahnen, Heft 16 und 18, 1907) berechnet, daß die Einführung des elektrischen Betriebes auf sämtlichen Bahnen eine Ersparnis von mindestens 47 Millionen Mark gebracht hätte, wobei allerdings ein Anlagekapital von 880 Millionen Mark notwendig wäre.

In beiden Fällen ist als Primärkraft der Dampf angenommen. Läßt sich aber Wasserkraft ausnützen, so vermindern sich die Ausgaben noch bedeutend.

Ueber die Entwicklung der elektrischen Bahnen macht Herr Oberingenieur P. Poschenrieder in der österreichischen Zeitschrift des Ingenieur- und Architektenvereins (Nr. 6 1909) folgende interessante Angaben: 1879 führte B. Siemens auf der Berliner Gewerbeausstellung die erste elektrische Eisenbahn vor. 1884 wurde die erste elektrische Bahn in Cleveland (Nordamerika) gebaut. Seitdem geht die Entwicklung der elektrischen Bahnen in raschem Tempo vor sich, wie aus folgendem ersichtlich ist:

1885 hat Europa 23 Kilometer Gleise mit ca. 35 Fahrzeugen; Amerika 12 Kilometer Gleise mit 13 Fahrzeugen; 1890 sind in Europa 71 Kilometer Gleise mit ca. 140 Fahrzeugen und in Amerika 1142 Kilometer Gleise mit 1230 Fahrzeugen; 1908 hat Amerika schon ca. 70 000 Kilometer Gleise mit 75 000 Fahrzeugen, Europa ungefähr ein Drittel dieser Zahl.

Ausführlicher über die amerikanischen elektrischen Bahnen berichtet der Jenius von 1907. Danach waren

	30./VI. 1902	31./XII. 1907	Zunahme in Proz.
Bahngesellschaften	987	1238	25,2
Betriebslänge 18 600 engl. Meilen	25 500 engl. Meilen	53,4	
Gleislänge 22 600 englische Meilen	34 400	52,4	
Zahl der Personenzüge — 60 000	70 000	16,1	
Zahl der beförderten Personen in Millionen	9,5	68,3	
Zahl d. Arbeiter u. Angestellten	141 000	220 000	57,0
Gehalt u. Löhne in Mill. Dollar	88 150,5	70	

In diesen Zahlen sind sämtliche Bahnen einbegriffen. Die Entwicklung der Vollbahnen in Europa läßt sich ersehen aus folgenden Angaben über die Wechselstrombahnen, die wir ebenfalls dem Vortrage des Herrn Poschenrieders entnehmen:

	Jahr	Strecke	Lokomotiven	Motorwagen
1904	1	18,2 km	—	4
1905	2	94,4	1	29
1906	6	108,15	2	43
1907	3	110,5	7	94
1908	12	421,2	33	114

Die Entwicklung läßt darauf schließen, daß sich das neue Betriebssystem vollständig bewährt. Es verheißt neuen kräftigen Aufschwung im Verkehrsweesen und dann auch in der gesamten Industrie.

### Koks- und Kohlenberge im Ruhrrevier.

Ueber das Anwachsen der Brennmaterialienbestände im Ruhrrevier berichtet die „K. Volksztg.“: „Das Anwachsen der Kohlen- und Koksbestände. Wenn man heute das nieder-rheinisch-westfälische Kohlengebiet von Osten nach Westen durchwandert, so muß man über die ungeheuren Vorräte von Kohlen und Koks staunen, welche auf den Felsen und sonstigen Lagerplätzen aufgestapelt worden sind. Schon im Dortmund-Stadthafen erhebt man einen großen, weit sichtbaren Berg von Koks, den das rheinisch-westfälische Kohlenhidulit dort abgelagert hat. Seht man von hier aus seine Reise nach Westen fort, so sieht man fast auf allen Felsen bei Marten, Lütgendortmund, Werlände, Castrop, Langendreer, Bochum, Dörpe, Realinghausen, Gelsenkirchen, Aray, Altenessien, Vorbeck und Oberhausen auf ungewöhnlich große Galdbestände von Kohlen und Koks. Zum großen Teil lagern dieselben nun schon seit der Mitte des Monats Dezember vorigen Jahres, und auch heute ist, trotz der starken Einschränkung der Förderung, nur wenig Aussicht vorhanden, daß sie bald wieder abnehmen oder gar verschwinden werden, da der Absatz sich noch fortwährend im Maßstab befindet, und auch die Händler noch über große Vorräte an Brennstoffen verfügen. Der Wert der vom Syndikat und den Felsen aufgelapeten Kohlen- und Koksbestände dürfte sich auf viele Millionen Mark belaufen. Jedenfalls hat man nie zuvor so große Lagerbestände im Kohlenbezirk gesehen. Diese angehäuften, einstmals mylos daliegenden, wertvollen Brennstoffe verlieren durch das lange Lagern auch noch fortwährend an Güte und damit zugleich an Wert, weil sie dem Einfluß der Witterung schuplos preisgegeben sind. Doch unter diesen Verhältnissen die Erträge der Kohlenwerke zurückgehen müssen, ist zu natürlich, als daß es noch eines besonderen Beweises bedürfte. Auf alle Fälle aber gehen wir angesichts der sehr mäßigen Lage des gesamten Rontan-gewerbes im Ruhrbezirk einer ersten Zeit entgegen, wenn nicht bald entschiedener Umfassung zum Besseren eintreten wird, zumal da auch andere Gewerbe, namentlich aber die Arbeiterbevölkerung, stark in Mitleidenhaft gezogen werden.“ — Mit der Marktregelung durch das Syndikat ist es nicht. Wer vorurteillos die Verhältnisse prüft, kann sich nicht der Ansicht verschließen, daß die Syndikatspolitik die Schwierigkeiten am Wirtschaftsmarkt verschärft.

## Soziales.

### Widersprechende Entscheidungen des Gewerbegerichts.

Der Kapellmeister Friedrich Kluge gestern vor der Kammer VI des hiesigen Gewerbegerichts gegen den Restaurateur Riehmann auf Schadenersatz wegen unrichtiger Lösung des Vertrages. Der Beklagte wendete Unzuständigkeit des Gewerbegerichts ein, da er den Kläger für einen selbständigen Gewerbetreibenden hält. Das Gericht stellte fest: die Kapelle besteht aus fünf Mann einschließlich des Klägers; dieser hat für Beschaffung des Notenmaterials zu sorgen, zahlt Gewerbesteuer und hat ein um 1,50 bis 2 R. höheres Tageseinkommen als die übrigen Mitglieder der Kapelle. Das Gericht erklärt sich darauf für unzuständig und empfahl dem Kläger, die Klage zurückzunehmen; den Rat befolgte leider der Kläger.

Am 19. Januar dieses Jahres hatte dieselbe Kammer in der Klage des Kapellmeisters Heinkel eine andere zutreffende Auffassung. Auch damals war der Einwand der Unzuständigkeit des Gewerbegerichts erhoben. Das Gericht empfahl damals dem Beklagten, den Einwand zurückzuziehen. Den Rat befolgte der Kläger, nachdem das Gericht noch sehr eingehender Beratung erklärte, daß die Führer solcher kleinen Kapellen nicht als selbständige Gewerbetreibende zu betrachten seien, da dieser Beruf lediglich einen Hilfs-

beruf des Gastwirtsberufes darstelle. Diese Leute in Stellungen wie die des Klägers ständen in einem gleichen Verhältnis zu ihren Arbeitgebern wie die Botarbeiter im Baugewerbe, die sogenannten Alfordischeber, die von den Baugeschäften die Arbeit übertragen erhalten und sich selbst, ebenso wie hier, ihre Kolonne zusammenstellen.

### Ein „fetter“ Prozeß.

Im 60 Pf. Arbeitslohn für ein Dutzend Anodenbürsten Klage vor dem Gewerbegericht unter dem Vorbehalt des Magistratssekretärs Wagnin die Näherin Sch. gegen den Inhaber einer Nähfabrik namens Kröhl, Große Frankfurter Straße 23. Die Bürsten sind ihr abgenommen worden; sie wurden bemängelt und auch deshalb nicht bezahlt. Beklagter wendet ein, die Bürsten seien so wie sie sind, unüberwindbar, die Kenderungslohn würden aber mehr als 60 Pf. betragen. Die Klägerin ist der Ansicht, daß sie die Bürsten für 60 Pf. nicht besser machen konnte. Das Gericht befreit sie dahin: nachdem sie die Bürsten für 60 Pf. zu liefern übernommen hat, habe sie dieselben auch ordnungsmäßig für den ausbedungenen Lohn liefern müssen. Würde ein Lohn dafür nicht vereinbart worden sein, so würde es dem Gerichte vorbehalten sein, in der Lohnfrage ein Wort mitzusprechen. Würde der Beklagte erst nach Ablieferung den Lohn auf 60 Pf. festgesetzt haben, so würde das Gericht einen solchen Lohn für diese Arbeit als über die guten Sitten verstoßend bezeichnet und entsprechend erhöht haben. Eine Einigung vermag das Gericht trotz wiederholter Bemühungen nicht zu erzielen. Die Klägerin mußte mit der erhobenen Klage abgewiesen werden.

### Kellnerinnenleben in Süddeutschland.

Man schreibt uns aus Süddeutschland:

In Norddeutschland betrachtet man die Restaurants mit weiblicher Bedienung durchweg als anrüchig. In der Tat sind sie in den großen Städten meist Anmierkneipen und die darin beschäftigten Anmierkellnerinnen dementsprechend. Selbstverständlich gibt es auch in Süddeutschland Anmierkneipen in Menge, die den norddeutschen durchaus ähnlich sind. Aber es muß ein scharfer Unterschied gemacht werden zwischen diesen und den anständigen Wirtschaften bei uns, die weibliche Bedienung haben. Hier ist der Kellnerinnenberuf ein durchaus ehrenhafter und man hat absolut kein Recht, diese Frauen als mit einem sittlichen Makel behaftet zu betrachten. Die „Versehlungen“, die innerhalb dieses Gewerbes vorkommen, sind im Verhältnis auch nicht zahlreicher als wie anderswo, soweit man von Versehlungen sprechen kann. Die Gefahren, in denen sich die Kellnerin bewegt, sind auch sicherlich nicht größer, als vielleicht in irgendeinem Probenhause, wo die Herren Schöne den Dienstmädchen nachstellen, oder auf einem feudalen Gut, wo sich der gnädige Herr, der Verwalter und der Inspektor das jus primae noctis anmaßen. Natürlich gibt es unter den Wirtschaften auch Zwischenstufen. Aber sehr häufig bringt der Norddeutsche bei uns der Kellnerin ein Vorurteil entgegen, das in seiner Heimat wohl begründet ist, bei uns aber nicht.

So kann man es auch nur aus Unkenntnis erklären, daß die Frau des bekannten Staatsrechtslehrers und Geheimrats Zellmer in Heidelberg in einem Werke über die weibliche Bedienung im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe diesen Beruf als eine „Versehlung zur Prostitution“ erklärt hat. Der Mann dieser Dame stammt aus Sachsen, kennt also jedenfalls unsere Verhältnisse nicht; sonst, wollen wir zu seiner Ehre annehmen, hätte er seiner in unseren Verhältnissen auch wohl gänzlich fremden Gattin doch wohl Vorstellungen gemacht und sie davor gewarnt, einem ganzen Verufe — wir meinen selbstverständlich nur das weibliche Personal der anständigen Wirtschaften! — einen solch ganz unbedingten Schimpf anzutun. Solche Damen sollen der arbeitenden Menschheit mit ihrer angeblichen Menschenfreundlichkeit, doch lieber vom Halse bleiben.

Dennoch ist es nicht zu verkennen, daß die Zustände im Kellnerinnenberuf sich sehr verschlechtert haben und eine traurige Entwicklung nehmen werden, wenn nicht Einhalt getan wird. Das liegt aber nicht an der angeblichen besonderen „Immoralität“ dieses Berufes, sondern an dem Ausdehnungssystem, dem die Kellnerinnen weit mehr als ihre männlichen Kollegen verfallen sind.

Die Kellnerin wohnt bei uns meist bei den Wirtschaften im Hause, womit das Gerede von der „Versehlung der Prostitution“ schon hinfällig ist. Allerdings vollzieht sich gerade in den großen Städten hierin eine Veränderung und selbstverständlich ist es auch nicht bei allen Wirtschaften angenehm, im Hause zu wohnen. Viele Wohnungen sind erbärmlich, aber bei den Vermietern werden die Mädchen auch nur ausgedeutet. Früher bekamen die Kellnerinnen durchweg außer der Wohnung und Verpflegung auch einen Lohn. Dies ist heute meist abgeschafft, wie bei den Kellnern auch. Der Trinkgelobung wird immer größer, denn die meisten Herren Wirte wälzen die Entlohnung ihres Personals den Gästen auf. Der Lohn überstieg, wenn überhaupt welcher gezahlt wurde, in einer süddeutschen Residenzstadt nicht den Monatsbetrag von 8 M. Das Essen ist in vielen Fällen sehr schlecht und selbst die Besitzer großer und gutgehender Etablissements scheuen sich oft nicht, den Kellnerinnen ein elendes, ebenso schlechtes als lärgliches Essen vorzusetzen. Sehr stark werden die Kellnerinnen auch von den Stellenvermittlerinnen ausgebeutet. Der Kellnerinnenberuf ist sehr anstrengend und gesundheitschädlich, wenn das Geschäft flott geht. Die armen Geschöpfe sind um Mitternacht oft totmüde und werden, namentlich vom spießbürgerlichen Publikum, auch oft sehr rüchsiglos, sogar roh behandelt. Zu den Gästen sollen sie sich nicht setzen. Aber erst in neuerer Zeit ist, wie bei den Verkäuferinnen, durch die Gesetzgebung bestimmt worden, daß ihnen ein Sitzplatz zur Verfügung stehen muß, damit sie auch einmal ausruhen können. Die fehl bestehende gesetzliche Regelung der Arbeitszeit ist ungenügend. In manchen Plätzen, wo ein sehr zahlungsfähiges Publikum verkehrt, kann eine Kellnerin mit Trinkgeldern schon etwas verdienen, muß aber viel für Toilette usw. ausgeben. Reist ist der Verdienst ein minimaler. Wenn eine Kellnerin einen Schah hat, so nimmt man ihr lächerlicher Weise das besonders übel, und es kommt doch überall, selbst in den „besten Familien“ vor. Hebrigen endigt eine stattliche Anzahl dieser Verhältnisse mit der Heirat.

Man sieht auf den ersten Blick, wo die Besserung der Verhältnisse einsehen muß. Hier fehlt Organisation des Berufes. Sehr erfreulich ist, daß die Schaffung einer solchen bereits in Angriff genommen worden ist. In Mannheim ist vor kurzem ein dahin zielender Beschluß gefaßt worden. Die Agitationsversammlungen sind meist mäßig besucht. Es wird noch sehr viel Vorarbeit getan werden müssen, um bei diesen Proletarierinnen Klassenbewußtsein und Energie zu erwecken. Der harte und über die Maßen anstrengende Beruf macht viele kumpf; es gibt aber unter den Kellnerinnen, wie im kaufmännischen Beruf, auch viele, die sich für „etwas Besseres“ halten, als die „gewöhnlichen“ Arbeiterinnen und darum den Organisationsbestrebungen fernbleiben.

Alle diese Tatsachen sind bei der Agitation zu berücksichtigen und demgemäß die Vorurteile, die bezüglich der süddeutschen Kellnerinnen so sehr verbreitet sind, zu bekämpfen.

Um nochmals auf die Geheimrätin Zellmer zu kommen, sei dieser Dame mitgeteilt, daß einer unserer Gefinnungsgegnen in Süddeutschland ein Bad-Etablissement besitzt, das am Fuße des Gebirges gelegen, auch als Lustort dient. Das zahlreiche

Publikum setzt sich aus allen Schichten der Gesellschaft zusammen; man sieht hier Proletarier wie Adlige und behäbiges Bürgertum, Sozialisten, Liberale und Fromme; auch ist das Ausland sehr stark vertreten. Bei Tisch servieren junge Mädchen, hübsch und sauber gekleidet, mit weißen Schürzen; sie sind gut genährt, haben einen anständigen Lohn und werden nicht überanstrengt. Sie bedienen auch im Wein- und Bierrestaurant, das mit dem Etablissement verbunden ist. Die männlichen und weiblichen Gäste fühlen sich behaglicher als unter der Aufsicht eines prägen Oberkellners. Wir empfehlen der Frau Geheimrat — die Adresse steht zur Verfügung — sich einmal dahin zu begeben und ihren Spruch von der „Versehlung der Prostitution“ dort aufzusagen. Da könnte sie etwas erleben, denn die sämtlichen Gäste würden ihr, wie man sagt, den Standpunkt so klar machen, daß sie noch lange daran denken würde.

### Zustände im mecklenburger Zentralgefängnis.

Eine auffallend geringe Bezahlung der Strafgefangenen leidet sich die Verwaltung des mecklenburgischen Zentralgefängnisses in Wismar. Dort werden die Sträflinge unter der Aufsicht von Werkmeistern und Aufsehern besonders hart ausgenutzt. Wer von den Gefangenen sein vorgefertigtes Pensum Arbeit nicht erreicht, erhält die geleistete Arbeit nicht bezahlt. Soll etwa dadurch ein Gefangener „gebeffert“ werden?

Auch wenn die Arbeit fehlerhaft ist, gibt es keinen Lohn. Die vorangehende Bezahlung wird ebenfalls in keiner Weise bezahlt. Es arbeiten in Wismar, bezw. sind eingesperrt, im Durchschnitt 150 Mann (die Frauenabteilung ist für sich). In den übrigen 5 bis 6 kleineren mecklenburgischen Gefängnissen, wo für Privatunternehmer gearbeitet werden muß, wird pro Tag circa 20 Pf. an die Gefangenen bezahlt. Aber im Zentralgefängnis wird das Arbeiten genau so niedrig bezahlt wie im Justizhaus, das 5 Minuten vom Gefängnis entfernt liegt. Für beide Strafanstalten ist eine gemeinsame Direktion vorhanden, auch besteht nur eine „Küche“ für alle Sträflinge, obwohl im Frauengefängnis die Koch-einrichtung vorhanden ist. Die für das Gefängnis arbeitenden gefangenen Personen werden mit 5 Pf. pro Tag bezahlt, während alle für die Privatindustrie tätigen mit sage und schreibe drei Pfennig pro Tag entschädigt werden, ja wer bereits einmal eine Gefängnisstrafe erlitten, erhält sogar nur 1 1/2 Pf.! Der Unternehmer hat indessen pro Kopf der Arbeitenden 1 M. täglich zu zahlen!

Unter diesen Verhältnissen ist natürlich das Elend der Gefangenen nach ihrer Entlassung groß. So ist es vorgekommen, daß entlassene „Verbrecher“ zu Einwohnern kamen und um „milde Gaben“ baten, damit sie sich was zu essen und zu trinken kaufen konnten. Andere verübten aus purer Not sogar noch der Entlassung Schwindeln. Es sind Fälle vorgekommen, wo Leute morgens (um 6 Uhr jeden Morgen) entlassen wurden, am Nachmittag entlassen worden sind und am Nachmittag bereits wieder vom Gendarm eingekerkert wurden, weil sie in ihrer unbeschreiblichen Not einen Diebstahl begingen.

Verarbeitet wird in W. viel Holz zu mancherlei Gerätschaften, sowie Kofe (Kofos und anderes) und Strichwolle. Die schwere Arbeit ist das Flechten und Rattenweben. Die Flechter ruinieren sich ihre Hände vollständig und hält diese Arbeit einer auch nicht lange aus. Eine Berliner Firma läßt Strümpfe stricken auf Maschinen und erhält sie wöchentlich durchschnittlich 80 Dutzend Paar Strümpfe der verschiedensten Art allein aus dem Gefängnis nach W. zugeführt! Ein Schlosser ist stets voll damit beschäftigt, die Strichmaschinenreparaturen zu erledigen. Die Wolle wird auch im Gefängnis gespult und fortirt. Der „Fabrikant“ der Holzwaren wohnt in Wismar; er besitzt nur einen Lagerplatz, der dicht neben dem Zentralgefängnis liegt und auf dem einige Sträflinge mit Holzarbeiten (per Hand!) beschäftigt werden unter Aufsicht der Gefangenen. Diese Gefangenen müssen täglich zehn Stunden angestrengt arbeiten. Man erzählt, daß dieser Holzwarenfabrikant durch die jahrelange Gefangenearbeit „ein steinreicher Mann“ geworden ist. Die Dedes, Teppiche und Matten, die, wie die Strümpfe, in den Becken angefertigt werden müssen, läßt eine Firma aus Anhalt (Jerbst) herstellen. Auf diese Weise trägt das Junkerland Mecklenburg dazu bei, daß mecklenburgische Industrieerzeugnisse auf dem Markt erscheinen. Erzeugnisse, an denen das Blut und das Elend der Arbeiter lebt. Dringend tut ein seit Jahrzehnten von der Sozialdemokratie gefordertes reichsgesetzliches Verbot der Beschäftigung von Gefangenen für die Privatindustrie unter niedrigeren als den ortsüblichen Preisen. Arbeiter und Handwerker werden durch solche Schmutzkonkurrenz gleichmäßig geschädigt.

### Die Zentralstelle für Volkswohlfahrt

wird ihre diesjährige Konferenz in den Tagen vom 24. bis 28. Mai in Darmstadt abhalten. Das Hauptthema heißt: „Fürsorge für die schulentlassene männliche Jugend, namentlich im Anschluß an die Fortbildungsschule.“ Referate sollen halten: Universitätsdirektor Bauer, Herrnhut. i. Schl. über „Die allgemeine Bedeutung und Notwendigkeit weiterer Erziehungsmaßnahmen für die volkschulentlassenen, gewerblich tätigen (männlichen) Jugendlichen.“ Universitätsprofessor, Ober-Regimentalrat Dr. v. Gruber, München über „Die sozialhygienische Bedeutung insbesondere der systematisch betriebenen körperlichen Übungen für die Schulentlassenen.“ Dr. Neke von der Geschäftsführung der Zentralstelle für Volkswohlfahrt in Berlin über „Die Organisation der Fürsorge für die Schulentlassenen, insbesondere das Zusammenwirken der auf diesem Gebiete tätigen Korporationen untereinander und mit der Fortbildungsschule sowie Förderung dieser Bestrebungen durch kommunale und staatliche Behörden.“ Fortbildungsschuldirektor Hermann-Cresch über „Fürsorgeeinrichtungen in direktem Zusammenhang mit der Fortbildungsschule.“

In Verbindung mit dem ersten Konferenzthema sind folgende Vervollständigungen in Aussicht genommen worden: 1. Eine kleine Ausstellung von Gegenständen (Drucksachen, Literatur, Statist. Pläne, Abbildungen, Hilfsmittel) zur Veranschaulichung der Jugendberufs- und Jugendberufsgeschichte. 2. Eine Spezialkonferenz für Leiter und Helfer der Jugendberufe, der Jugendabteilungen von Korporationen Erwachsener (z. B. der Turnerschaft, der Sonntags- und Abendheime, der Fürsorgeeinrichtungen an Fortbildungsschulen, sowie schließlich für die Vorstände der Vereine zur Fürsorge für die Schulentlassenen.

Außer der Schulentlassenenfürsorge wird noch die Frage der „Ernährungsverhältnisse der Volksschulkinder“ behandelt werden. Referent ist Geheimrat Regimentsrat Professor Dr. Rubner.

## Aus der Frauenbewegung.

### 11 1/2 Millionen arbeitende Frauen und Mädchen.

Die Zahl der erwerbstätigen Frauen und Mädchen hat von 1895 bis 1907 in Deutschland um circa 4 Millionen zugenommen. Für die vorhergehende Zeitperiode — von 1892 bis 1895 — war im Erwerbsleben der Frau nur eine Zunahme von 1 418 714 zu konstatieren. Im Jahre 1907 waren 10 095 705 Frauen erwerbstätig, gegen 6 379 942 nach der vorausgegangenen Zählung.

Die Zahl der erwerbstätigen Männer betrug 1907 20 100 640. Sie ist in der letzten Periode ungefähr im gleichen Verhältnis mit der Frauenerwerbstätigkeit gestiegen. Von 1892 bis 1895 war eine stärkere Zunahme der Männer im Erwerbsleben zu verzeichnen, die die Zahl der Frauen um 1 089 701 überstieg.

Die Zählungen ergeben folgende Uebersicht:

	Erwerbstätige	
	männliche	weibliche
1892	14 025 266	4 961 228
1895	16 538 741	6 379 942
1907	20 100 640	10 095 705

Die Zahl der in häuslichen Diensten angestellten männlichen Personen ist seit 1882 bis 1907 beträchtlich zurückgegangen. Es waren im Jahre 1882 42 410 männliche Personen für häusliche Dienste beschäftigt. Diese Zahl hat sich bis 1893 um 17 150 vermindert, ein weiterer Rückgang um 9987 ist von 1893 bis 1907 zu verzeichnen.

Bei den in häuslichen Diensten beschäftigten weiblichen Personen hat keine bedeutende Verschiebung stattgefunden. Nachdem sich die Zahl von 1882 bis 1895 um weniges erhöht hat — sie stieg von 1 282 414 auf 1 313 957 — ging sie bis 1907 wieder auf 1 249 883 zurück. Also hier gegen 1882 eine Abnahme um 73 031.

So ergibt die Statistik:

	Dienende für häusliche Dienste	
	männliche	weibliche
1882 . . . . .	42 410	1 282 414
1895 . . . . .	25 850	1 313 957
1907 . . . . .	15 872	1 249 883

Im Bereiche der häuslichen Dienstleistungen überwiegt bei weitem die Frauenarbeit. — Männerarbeit scheidet hier mehr und mehr aus. Aber auch die Zahl der weiblichen häuslichen Dienstangestellten geht zurück. Dagegen vergrößert sich die Zahl der Frauen in gewerblichen Berufen. Die Zahl der erwerbstätigen Frauen beider Kategorien, die in Deutschland im Jahre 1895 7 093 921 betrug, war bei der letzten Zählung bereits auf 11 285 088 angewachsen. Die Zunahme macht rund 47 Proz. aus; die männlichen Erwerbstätigen dagegen verzeichnen ein ziffermäßigcs Wachstum, das nur 22 Proz. ausmacht. Seit 1885 hat sich die Zahl der weiblichen Arbeitskräfte um rund 102 Proz. vermehrt, die der männlichen um nur 44 Proz. Das illustriert die Bedeutung, die die weibliche Arbeitskraft im Erwerbleben bereits erlangt hat und ist ein wirkungsvoller Protest gegen die wirtschaftliche und politische Unterdrückung der Frau.

### Die sozialdemokratische Frauenorganisation Norwegens.

Der Frauenverband der Norwegischen Arbeiterpartei, der am 14. Februar zu Kristiania seine Jahresversammlung abhielt, ist fortwährend in starker Entwicklung begriffen und zählt jetzt 15 Vereine. Der Verband beschränkte sich bisher auf die Frauenvereine von Kristiania; die Jahresversammlung beschloß nun, ihn über das ganze Land auszudehnen. Ferner wurde der Beschluß gefaßt, ein sozialdemokratisches Frauenblatt zu gründen, das den Titel „Kvinden“ — „Die Frau“ — tragen soll. — Besonders beschäftigte die Jahresversammlung sich mit den bevorstehenden Stortingswahlen, die den norwegischen Frauen zum erstenmal Gelegenheit geben, ihr staatsbürgerliches Wahlrecht auszuüben. Um für möglichst gründliche Aufklärung der Wählerinnen zu sorgen und damit das Frauenwahlrecht sich nicht etwa, wie die Gegner hoffen, in reaktionärer Meinung geltend macht, werden die Genossinnen überall zur Verbreitung der Wahlplakate besondere Gruppen bilden. Der Frauenverband ist aber nicht nur besrebt, die politische sondern auch die gewerkschaftliche Agitation mit aller Kraft zu fördern und darum beschloßen, in Angliederung an die Landesorganisation der norwegischen Gewerkschaften eine Vereinigung der speziell weiblichen Gewerkschaften zu schaffen, mit einem eigenen Bureau und einer befahenden Sekretärin.

Der besondere Schatz der Arbeiterinnen durch die Gesetzgebung ist bekanntlich von bürgerlichen Frauenrechtlerinnen in Norwegen als eine verwerfliche Verletzung des Grundgesetzes der Gleichberechtigung der Frau hingestellt worden, und man suchte für diese, dem Unternehmertum nützliche Auffassung auch die Arbeiterinnen einzufangen. Unsere Genossinnen jedoch beschloßen, folgendes Geheiß an das Storting zu richten:

Der Frauenbund der Arbeiterpartei ersucht das Storting, das Fabrikarbeitsgesetz so schnell wie nur möglich in Uebereinstimmung mit den Vorschlägen der Mehrheit des Sozialkomitees abzuändern. Wenn auf Seiten der Frauen sich Stimmen für die Auffassung erhoben haben, daß der geringe in Vorschlag gebrachte besondere Arbeiterinnenzuschlag die Frauen in ihrer Konkurrenz mit den Männern lähmen werde, die Frauen dadurch gleichsam aus der Arbeit getrieben werden sollten, so meinen wir im Gegenteil, daß die Nacharbeit und die unerbittliche Arbeit in den Gruben so schädlich für die Frauen sind, daß sie dadurch viel schneller und viel fähiger in ihrer Konkurrenzfähigkeit gegenüber ihren männlichen Kollegen gelähmt werden als durch den besonderen Frauenschutz, um den es sich hier handelt.

## Gerichts-Zeitung.

### Auf der Abonnentensuche.

Die „Berliner Gerichts-Zeitung“ suchte Abonnenten zu werben durch Reisende, die Haus bei Haus das Blättchen anboten. Der Gastwirt Preitling in der Admiralstraße lehnte ab, bekam aber Besessenenacht nach einiger Zeit die Aufforderung, das angebotene Blättchen zu nehmen und das Abonnement zu bezahlen. Als er sich weigerte, ging ihm von der „Berliner Gerichts-Zeitung“ ein mit „Hans Steine“ unterzeichnetes Schreiben zu, es liege ein von B. unterschriebener Besessenenchein vor, er habe auf ein Jahr abonniert und müsse daher die Zeitung abnehmen; die „B. G. Z.“ bringe eine Reihe der interessantesten, belehrenden und unterhaltenden Artikel, Kriminalerzählungen, eine große Anzahl Gerichtsverhandlungen usw. usw., auch gewähre sie unentgeltlichen juristischen Rat, da hoffe Herr Steine, ihn zu seinen dauernden Abonnenten zählen zu dürfen. Wir hielten es für unsere Pflicht, unseren Lesern Kenntnis zu geben von diesen Erfahrungen des Herrn B., der tatsächlich keinen Besessenenchein unterschrieben und aus keine mündliche Bestellung gemacht habe. Eine über das Verkommenis berichtende Notiz im „Westwärts“, 1908, Nr. 208 (5. September), schloß mit der Ankündigung, B. werde den Brief der Staatsanwaltschaft übergeben und je um Unterjuchung der Angelegenheit bitten. B. tat das, doch antwortete ihm die Staatsanwaltschaft, sie vermöge mit Aussicht auf Erfolg Anklage weder gegen Steine noch gegen den Reisenden zu erheben. Der Reisende dürfe, nach Auskunft des Verlegers der „B. G. Z.“, selber den Namen eines Verlegers auf den Schein setzen, wenn der Besessene nicht unterschreibe, doch müsse dann dabei vermerkt werden, die Unterschrift sei nicht persönlich gegeben. Ob im Fall B. der Vermerk fehle, habe nicht festgestellt werden können, da der fragliche Besessenenchein nicht zu erlangen gewesen sei.

Inzwischen hatte Herr Hans Steine, Expeditionschef der „B. G. Z.“, Besessenenklage eingereicht gegen jenen verantwortlichen Redakteur Gustav Weber. Das Amtsgericht wies ihn ab, aber auf seine Beschwerde wurde vom Landgericht das Hauptverfahren eröffnet.

Gestern wurde vor dem Amtsgericht Berlin-Webling die Klage verhandelt. Steine war zu einem Vergleich bereit, doch forderte er, daß Weber ihm eine ausdrückliche Ehrenerklärung gebe und ihm überdies die Hälfte der Kosten abnehme. Weber antwortete, dazu habe er gar keine Veranlassung, da er den Herrn St. nicht beleidigt habe. St. wunderte sich, welches Interesse der „Westwärts“ denn daran gehabt habe, „über einen gefälschten Besessenenchein einen so langen Artikel“ zu schreiben, und er bemerkte, daß er selber darin so oft genannt worden sei. Rechtsanwält Dr. des Stern, sein Rechtsbeistand, sagte rühmend hinzu, der Artikel neune die „B. G. Z.“ ein „Blättchen“, schon das zeige, daß er nicht kollegialisch abgefaßt sei. Webers Vertreter, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, erwiderte, daß Herr Steine allerdings nicht verlangen können. Auf des Verteidigers Anregung überreichte Herr St. dem Gericht ein Exemplar der „B. G. Z.“, doch machte er keinmal den Zufuß, inwiefern sei das Blatt eingegangen. Herr St. mußte schließlich noch befehlen, daß er gegen B. nicht auf Zahlung des Abonnements geklagt habe. Er versicherte, daß tue er prinzipiell nicht, so was würde sich herum und würde nur lösen Blut.

In der Beweisverhandlung wurde von dem Gastwirt Preitling der Vorgang so geschildert, wie er im „Westwärts“ dargestellt worden war. Als B. von dem freien Rechtsbeistand sprach, den der Reisende der „B. G. Z.“ auf seiner Abonnentensuche ihm als Gratisgabe in Aussicht gestellt habe, fragte der Vorsitzende, was

er sich da gedacht habe. B. sagte, er habe das so verstanden, daß man, wenn er mal bei einer Klage einen Anwalt braucht, ihm einen solchen umsonst liefern werde. Zeuge beauftragte, er sei sogar zu zwei verschiedenen Malen durch Boten aufgefordert worden, das von ihm gar nicht bestellte Blatt anzunehmen und zu bezahlen, und dann sei noch der Brief des Herrn Steine gekommen. Auch ein Tapezierer Soeger, der als Gast in B.s Lokal gewollt hatte, beauftragte, daß B. das Blatt nicht bestelle habe.

Rechtsanwalt Stern forderte, Weber zu verurteilen. Es sei nicht Pflicht der Presse, sich privater Interessen anzunehmen. Steine sei in Zusammenhang gebracht worden mit dem, was der Reisende getan habe. Unter solchen Umständen sei manche schiffbrüchige Existenz, für die doch der Verlag kein Gewähr habe übernehmen können. Rechtsanwalt Rosenfeld beantragte, Weber freizusprechen. Weber habe das Interesse aller gewahrt, indem er mal in dieses Treiben hineinleudete. Die Meinung, daß unter den Reisenden „schiffbrüchige Existenzen“ seien, habe den Kläger nicht gehindert, dem Reisenden mehr als dem Gastwirt B. zu glauben und diesem dann zu schreiben, daß er „verpflichtet“ sei, das Blatt zu nehmen. Freizprechung müsse auch schon deshalb erfolgen, weil erst nach Ablauf der Verjährungsfrist ein vollständiges Güternoteiz über den Schiedsmannstermin zu den Akten gelangt sei. Genosse Weber erklärte, er glaube in der Tat im Interesse aller gehandelt zu haben, da ähnliche Besessenen oft vorkommen. Die „B. G. Z.“ sei übrigens ein Blatt gewesen, das à la Ric-Carter die Sensationslust befriedigte. Dagegen protestierte Rechtsanwalt Stern, der sogar vorher die „B. G. Z.“ als ein „ernsthaftes Blatt“ bezeichnet hatte.

Das Urteil lautete: Weber wird freigesprochen, Steine trägt die Kosten des Verfahrens und erstet die notwendigen Auslagen. Unlauter sei diese Abonnentenjagd gewesen, Weber habe mit Recht das gerügt und auf die Staatsanwaltschaft hingewiesen. Steine sei nicht ganz frei von Schuld gewesen, er sei eben dafür verantwortlich, daß keine verachtete Existenz für ihn arbeite. Im übrigen sei Freizprechung schon wegen zu später Einreichung des Güternoteizes geboten.

### Unterliegen Straßenbahn-Fahrscheinste der Fahrkartensteuer?

Diese Frage hat kürzlich der 7. Zivilsenat des Reichsgerichts an Hand folgenden Rechtsstreits bejaht. Die Stadtgemeinde Königsberg i. Pr. gibt für die von ihr betriebene Straßenbahn Abonnement-Fahrscheinste, enthaltend je 11 Einzelscheine, zu ermäßigtem Preise von 1 M. für einfache Fahrten und 1,50 M. für Fahrten mit einmaligem Umsteigen aus. Auf der Rückseite des Umschlages der Feste ist bestimmt, daß die Ablösung der einzelnen Fahrscheinste durch den Schaffner besorgt wird, der Kontrolleur die Vorzeigung des Buches zu beanspruchen hat und daß lose Fahrscheinste ohne den Umschlag keine Geltung haben. Auf Grund der Tarifnummer 7 des Reichstempelgesetzes vom 3. Juni 1906 forderte der preussische Fiskus von der Stadt Königsberg als Betriebsinhaberin der Straßenbahn den Steuerbetrag von 5386,30 M. für die von August 1906 bis März 1907 verlaufenen Fahrscheinste. Die Stadtgemeinde Königsberg entrichtete diesen Betrag unter Vorbehalt und suchte ihn im Klagenwege zurückzuverlangen.

Das Landgericht und das Oberlandesgericht entschieden gegen den Fiskus. Auf die Revision des Fiskus wurde aber das Urteil des Oberlandesgerichts Königsberg vom Reichsgericht aufgehoben und die Klägerin mit ihrer Klage abgewiesen. Der erkennende Senat führt in seinen Entscheidungsgründen zu diesem Falle aus, daß nach der Tarifnummer 7a des Reichstempelgesetzes der Stempelabgabe unterliegen Fahrscheinste, Fahrscheinste und sonstige Ausweise über die erfolgte Zahlung des Personensahrgeldes im Eisenbahnbetrieb auf inländischen Bahnlirien. Die Stempelabgabe sei vom einzelnen „Fahrtausweise“ zu berechnen, und seien nach der Befreiungsvorschrift zu Ziffer 1 „Fahrtausweise“ vom Stempel befreit, deren tarifmäßige Fahrpreise den Betrag von 0,00 M. nicht erreichen. Hiernach sei die Entscheidung der Frage davon abhängig, ob als Gegenstand der Stempelabgabe die zum Preise von 1 M. und 1,50 M. ausgegebenen Abonnement-Fahrscheinste als solche an sich anzusehen sind, oder jeder einzelne der 11 zu jenen Festen vereinigten Abonnement-Fahrscheinste. Während im ersteren Falle der Steuerpreis für jedes Fest 5 Pf. betragen würde, würde im letzteren Fall ein Stempel für die etwas über 9 oder 13 Pf. im Werte habende Einzelscheine überhaupt nicht zu erheben sein.

Der Meinung des Berufungsgerichts, daß der letztere Fall hier zutrefte, könne aber nicht beigetreten werden. Unter den „Ausweisen über die erfolgte Zahlung des Personensahrgeldes“ könnten nur die die erfolgte Zahlung beurkundenden Besessenenungen verstanden werden, die nach außen hin als Ausweis dienen, also die Berechtigung zur Fahrt dem Betriebsunternehmer gegenüber dartun.

### Ein Raubmord nach Hennigs Muster.

Das Schwurgericht Guben verurteilte gestern den Kaiser Albert Senger aus Forst i. L. zum Tode. Nach sehr eingehender neun-tägiger Verhandlung bejahten die Geschworenen die Fragen, ob der Angeklagte den Versicherungsgeldnehmer August Franke aus Berlin ermordet und geraubt habe. Weber den Tatbestand haben wir unsere Leser in der Nr. 88 des „Vorwärts“ vom 14. d. M. unterrichtet. Der Verurteilte hat Revision angemeldet.

## Verfammlungen.

Die Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes (Verwaltung Berlin), welche am Sonntag abgehalten wurde, beschäftigte sich wieder mit den Anträgen zum Verbandstage. Vor Eintritt in die Tagesordnung sagte Cohen: In der neuen Nummer des „Bund“ injiziert wieder eine Anzahl von Geschäftlichen, die in Arbeitervereinen bestehen und auf Arbeiterfundschaft rechnen. Der „Bund“ macht dazu die redaktionelle Bemerkung, daß der gelbe Arbeiterbund an den Injerkationsmaßnahmen beteiligt ist. Die betreffenden Geschäftsleute unterstützen also den gelben Arbeiterbund. Daher wird es unsere Kollegen interessieren, zu erfahren, welche Geschäftsleute unsere Gegner unterstützen. Es sind: das Kinderwagengeschäft von Lehner, das Kreditgeschäft von G. Gottlieb, Rosenholzerstraße 54, das Möbelgeschäft von Rud. Varisch, Oranienstraße 73, das Sprechmaschinengeschäft von Herrn. Sode, Ledertstraße 34, das Wollwarengeschäft von Fricke, Oranienstr. 10-11, das Kinderwagengeschäft von Schöner, Oranienstr. 12 und Klebischstr. 49, das Fahrradgeschäft von Lohmann, Neue Schönhauser Straße 11, das Arbeiterbesessenengeschäft von A. Onen u. Jüring, Alexanderstr. 12, Landberger Allee 148, Rigdorf, Bergstr. 66, das Herrenkleidgeschäft von Bernhard Reine Weber.

Die Beratung setzte ein bei den Anträgen, welche sich auf die Beitragshöhe und Unterstützungssätze beziehen. Die vom vorigen Verbandstage eingekerkte Kommission hat ihre Anträge in der „Metallarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht. A. B. S. u. n., welcher dieser Kommission angehört, begründete deren Anträge. Er führte unter anderem aus: Der jetzige Verbandsbeitrag von 60 Pf. wünschenswert werde von diesen Kollegen als im Verhältnis zu ihrem Verdienst zu hoch bezeichnet. Viele ungelernete Arbeiter, die im Metallgewerbe beschäftigt sind, hätten sich deshalb anderen Organisationen angeschlossen, wo niedrigere Beiträge erhoben werden. Der Umstand, daß die Arbeiter in den Betrieben der Metallbranche sich auf mehrere Organisationen verteilen, daß viele Metallarbeiter Mitglieder in Hilfsarbeiterorganisationen seien, erschwere die Einheitslichkeit der Lohnbewegungen, die Geschlossenheit der Kämpfe, denn von mehreren Organisationen in Frage kommen, sei nicht immer ein einheitliches Vorgehen zu erzielen. Es sei deshalb notwendig, daß alle Kollegen, welche als Metallarbeiter beschäftigt sind, dem Metallarbeiterverbande angehören. Damit sich die Kollegen, welche einen

geringeren Verdienst haben, nicht durch die Beitragshöhe bewogen fänden, einer anderen Organisation beizutreten, hat die Kommission eine Staffelung der Beiträge vorgeschlagen, und zwar: 1. Klasse 70 Pf., 2. Klasse 60 Pf., 3. Klasse 45 Pf., 4. Klasse 30 Pf. Die 4. Klasse soll nur den weiblichen und jugendlichen Mitgliedern gelten. Dieselben zahlen bisher 25 Pf. Entsprechend der Beitragserhöhung schlägt die Kommission auch eine Änderung der Unterstützungssätze vor, und zwar so, daß dieselben in der 2. Klasse unverändert bleiben, während sie in der 1. Klasse über die bisherigen Sätze hinausgehen und in der 3. Klasse die Mitte zwischen der 2. und 4. Klasse halten. Die Mitglieder sollen nach dem Vorschlage der Kommission die Beitragssätze, in der sie bezahlen wollen, nach eigenem Ermessen wählen, jedoch sollen die einzelnen Verwaltungsstellen das Recht haben, eine Norm der Verdiensthöhe zu bestimmen, unter welcher Mitglieder in die 3. Klasse nicht eintreten dürfen. Durch diese Bestimmung soll verhindert werden, daß ein zu großer Abgang von dem jetzigen 60 Pf.-Beitrag in die dritte Klasse stattfindet, denn diese ist im allgemeinen nur für Mitglieder gedacht, die in ruffähigen Gegenden und Gewerben mit geringen Löhnen beschäftigt sind. Von einer zwangsweisen Freistellung der Klasse, welche für jede bestimmte Verdiensthöhe maßgebend sein soll, hat die Kommission abgesehen.

Die Diskussion über Beitrag und Unterstützung war eine sehr ausgedehnte. Mehrere Anträge lagen dazu vor. Sie wurden von den Antragstellern begründet. Auch sonst wurden von den Diskussionsrednern noch verschiedene Vorschläge hinsichtlich einer anderen Regelung der Unterstützungssätze gemacht. Gegen den Vorschlag der Kommission wurde hauptsächlich der Einwand erhoben, daß es nicht ratsam sei, den Mitgliedern freizustellen, in welche Klasse sie eintreten wollen. Wenn eine Staffelung der Beiträge eintreten solle, wogegen an sich nichts einzuwenden sei, dann müßten die Mitglieder nach der Höhe ihres Verdienstes der entsprechenden Klasse zwangsweise zugeteilt werden. — Die Versammlung faßte einen Beschluß, wonach sie sich im Prinzip mit der Staffelung der Beiträge einverstanden erklärt und die dazu vorliegenden Anträge dem Verbandstage als Material überweist.

Ein Antrag aus Obersachsenweide verlangt, daß im Statut bestimmt wird: Der Vorstand muß der Fortführung des Streiks zustimmen, wenn mindestens drei Viertel der Mitglieder für denselben stimmen. Der Antrag wird begründet mit der Haltung des Verbandsvorstandes beim Abbruch des Streiks in den Streikbetrieben in Rannheim. Der Antrag wurde angenommen. Ebenso eine Resolution, welche bejaht, daß die Rannheimer Angelegenheit auf dem Verbandstage eingehend besprochen wird. — Ferner wurden folgende Anträge angenommen:

Die Generalversammlung wolle beschließen: Die im Jahre 1905 in Leipzig beschlossene Resolution, welche die Bestimmungen über die Stellungnahme zur Kaiserfeier enthält, ist zu befestigen und an deren Stelle eine Bestimmung festzusetzen, welche den Beschlüssen des 6. Deutschen Gewerkschafts-Kongresses voll und ganz entspricht.

Der Hauptvorstand wird beauftragt, Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Werkzeugmacher in Deutschland zu veranstalten.

Der Vorstand wird beauftragt, bei Enqueten über die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den einzelnen Berufen auch die auf die Erforschung des Lehrlingswesens erforderlichen Fragen zu stellen.

Der Verband der Buchbinder (Zahlstelle Berlin) hielt am Donnerstag eine ordentliche Generalversammlung ab. Bei Bekanntgabe der verstorbenen Kollegen machte der Vorsitzende A. L. z. darauf aufmerksam, daß einer der Kollegen das Opfer einer Brandkatastrophe bei Lüderich u. Wauer geworden sei, infolge des Mißstandes, daß in einem Keller, wo leicht brennbare Flüssigkeiten aufbewahrt wurden, der Leim abgelocht wurde. Ähnliche Mißstände gibt es auch bei anderen Firmen in bezug auf Feuergefährlichkeit. Die Kollegen hätten allen Grund, auf Abstellung der Mißstände hinzuwirken. — Dann spricht man zur Erledigung der Geschäfts- und Kassenberichte. Der Jahresbericht lag gedruckt vor. Daraus ist zu entnehmen: Die Gesamteinnahme im Jahre 1908 betrug 177 574,23 M., die Gesamtausgabe 174 423,39 M. Der gesamte Umsatz war in Einnahme und Ausgabe 351 007,82 M. Er hat sich um 64 440,30 M. gegen das Vorjahr gesteigert. Die Zentralkasse balanzierte in Einnahme und Ausgabe in der Höhe von 138 102,25 M., ein Mehr von 82 696,72 M. gegen das vorige Jahr. Wiederm ist die Ausgabe bei der Arbeitslosenunterstützung im Jahre 1908 gegen das Jahr vorher bedeutend gestiegen, und zwar bei den männlichen Mitgliedern um 9181,90 M. und bei den weiblichen Mitgliedern um 7216,75 M. Neu in Kraft getreten ist am 1. Oktober 1908 die Krankenunterstützung für männliche Mitglieder. 1073,25 M. sind in einem Vierteljahr für diese Unterstützung ausgezahlt worden. — Infolge der erhöhten Beiträge ist es gelungen, im Jahre 1908 an die Verbandskasse 56 042,85 M. abzuliefern; das sind 20 126,75 M. mehr als 1907. — Die Lokalkasse hat im Jahre 1908 nicht so gut abgemittelt. Während es gelang, 1907 einen Ueberschuß von 24 624,02 M. der Lokalkasse zuzuführen, so erzielte man 1908 nur einen Ueberschuß von 3844,47 M. Am 1. Januar 1908 war ein Lokalkassendefizit von 41 569 M., am 1. Januar 1909 ein solches von 45 418,47 M. vorhanden. Eine Reihe verschiedener Umstände wirkte dabei mit. — Das Jahr 1908 hat mit einer großen Arbeitslosigkeit begonnen. — Am Schluß des Jahres 1908 hatte die Zahlstelle Berlin 6044 Mitglieder, 1907 waren es 6340 und Ende 1908 betrug die Mitgliederzahl 6258. Die Abrechnung für das vierte Quartal 1908, die Hytomski gab, wies für die Zentralkasse eine Gesamteinnahme von 40 608,10 M. und eine Gesamtausgabe von 35 967,07 M. auf 37 599,46 M. wurden am Orte behalten und 888,57 M. sind Guthaben der Zahlstelle. — Die Quartaleinnahme betrug 10 649,85 M. Dazu der Bestand vom 1. Oktober 1908 mit 48 491,15 M. = 59 141 M. Die Quartalausgabe betrug 13 727,53 M., so daß am 1. Januar für die Lokalkasse 45 418,47 M. verblieben. — Hinsichtlich der Rindereinnahme der Lokalkasse im vierten Quartal (10 649,85 M. gegenüber der Rückstellung von 13 727,53 M.) ist zu bemerken, daß 4000 M. an den Verbandsvorstand gegeben wurden und daß das 25jährige Stiftungsfest, für das besondere Aufwendungen gemacht wurden, ein Defizit von etwa 800 M. machte. Selbstverständlich hat die Krise sich auch unliebsam bemerkbar gemacht. — Der Arbeitsvermittler teilte mit, daß auf dem Nachweis zurzeit 633 Arbeitslose eingeschrieben sind. Das sind 128 mehr als am 31. Dezember 1908. Ueber die Geschäfts- und Kassenberichte entspann sich eine sehr lebhafte und ausführliche Debatte, in der manche Anregung für die Ausgestaltung der Verbandseinrichtungen und für das Wohl der Mitglieder gegeben wurde. — Aus dem Schlußwort A. L. z. als Vorsitzendem ist hervorzuheben, daß gewissen Mißlichkeiten auf dem Arbeitsnachweis abgeholfen werden soll. Es folgte die Beschlußfassung über die eingelaufenen und mit erörterten Anträge. Angenommen wurden folgende Anträge:

Der § 1 Abs. c des Ortsstatuts ist dahin zu ändern: Im Erkrankungsfalle eines Mitglieds der Ortsverwaltung stellt die in Frage kommende Brandeneinnahme aus ihren Mitgliedern eine Beihilfe für die Dauer der Erkrankung des Mitglieds. Der Beihilfer hat die Stimme in der Ortsverwaltung.

Die Wirkungsdauer des Beschlusses vom vorigen Jahr über die Ertragsunterstützung für die ausgefallenen arbeitenden Mitglieder wird bis zum 30. Juni 1909 verlängert.

Der Jahresbericht ist wie bisher in Prospektform herauszugeben.

Anträge auf Geldbewilligungen in Höhe von mehr als 500 M. sind vorher auf die Tagesordnung der Generalversammlung zu setzen.

Die Feiern zur 25jährigen Jubelfeier ist jetzt für 30 Pf. (statt 50 Pf.) abzugeben.

Ortsverwaltung und Verbandsvorstand sind in einer gemeinsamen Ansprache zur Ueberzeugung gekommen, daß in Berlin die Anstellung eines dritten Beamten über kurz oder lang nötig werde, der als Gauleiter zu denken wäre. Der Anstellung steht der Beschluß einer Generalversammlung vom vorigen Jahre entgegen, der sie ablehnte. Es wird beantragt, jenen Beschluß aufzuheben, damit der Verbandsvorstand im Einvernehmen mit dem





Vom Gesundheitswesen im Stadthaushaltsetat.

Für das Gesundheitswesen ist in dem Entwurf des neuen Stadthaushaltsetats eine Ausgabe von 16 503 142 M. eingestellt worden. Erwartet wird eine Einnahme von 5 924 210 M., es wäre also ein Zuschuß von 10 578 932 M. aus dem Stadtfiskus herzugeben.

Nur ein geringer Teil dieser Aufwendungen kommt der vorbeugenden Gesundheitspflege zugute, der weitaus größte Teil wird beansprucht durch die Heilanstalten (Krankenhäuser und Irrenhäuser). Für sie sind angelegt 18 440 210 M. Ausgabe, 3 609 820 M. Einnahme, 9 830 390 M. Zuschuß.

Im Rathaus weiß man bereits das Mittel, durch das einer weiteren Erhöhung der Aufwendungen für die Heilanstalten begegnet werden kann. Es ist der Plan der Schaffung von Extraklassen für zahlungsfähigere Kranke.

Neben den Aufwendungen für die Heilanstalten verschwinden diejenigen für die vorbeugende Gesundheitspflege. Sie ist das Fundament aller Veranstaltungen zur Erhaltung und Förderung der Volksgesundheit, aber in Berlin wird auf diesem Gebiet nicht viel getan.

Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Am Sonntag, den 28. Februar, abends 6 1/2 Uhr, findet in den Armintallen, Kommandantenstr. 58/59, eine Versammlung statt.

Lichtenberg. Heute abend findet im Lokal der Gebr. Arnhold, Frankfurter Chaussee 5, die Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins statt.

Witz-Buchow. Die Mitglieder des Wahlvereins werden darauf hingewiesen, daß der Vorstand einen Vortragszyklus veranstaltet, zu dem Teilnehmerkarten für 20 Pf. bei den Bezirksführern zu haben sind.

Grünau. Donnerstag, den 25. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Jägerhaus“, Bahnhofstr. 1: Volksversammlung. Auf der Tagesordnung steht Vortrag des Genossen Kurt Feinzig: „Die politische Situation“ sowie Aussprache über örtliche Angelegenheiten.

Berliner Nachrichten.

Not bricht Eisen.

Unter diesem Titel schreibt uns ein Kandidat der Medizin folgende Schilderung eines wahren Erlebnisses:

Ich assistierte in einer Frauenklinik von Berlin; da kam eines Tages ein siebzehnjähriges Mädchen hin — ein kleines, gartes Wesen mit hübschem Gesichtchen; es war etwas blaß und sah überarbeitet aus.

Nach ein paar Tagen mußte ich die Klinik verlassen. Nach Verlauf einer Woche bekam ich die Nachricht von der Patientin, daß die Operation unterdessen gut verlaufen wäre und sie sich wohl fühlte.

Nach einigen Wochen erhielt ich von ihr wiederum einen Brief, worin sie von ihrer Krankheit sprach und den Wunsch ausdrückte, mit mir zu sprechen.

„Sie müssen sich gut erholen, liebes Fräulein; es wird mit der Zeit schon gutgehen, bloß müssen Sie eine Zeitlang Ruhe haben — also nicht arbeiten, viel Gemüse und nahrhafte Sachen essen und öfter in die frische Luft kommen.“

„Sie meinen es sehr gut, Herr Doktor“, meinte das Fräulein. „Alle Kerle sprechen so leicht, ich soll nicht arbeiten! Wie soll ich denn leben? Und mein Bräutigam hat auch seit sechs Wochen keine Arbeit.“

„Sei ruhig, Kosel“, meinte der Bräutigam, „ich finde schon Arbeit; betteln tue ich doch nicht.“

Ich habe ihr den Rat gegeben, wieder in die Klinik zu gehen und wenn es notwendig sei, sich eine Zeitlang wiederum aufnehmen zu lassen.

Da ich längere Zeit von Fräulein Rose und von ihrem Bräutigam nichts mehr hörte, nahm ich an, es gehe ihr und dem Bräutigam jetzt wahrscheinlich gut, bis ich eines Tages wieder einen Brief von ihr erhielt.

Ich habe den Brief nicht gleich beantwortet, ich überlegte es mir noch, weshalb das junge Mädchen mich sprechen wollte, nachdem ich ihr den Rat gegeben hatte, wieder in die Klinik zu gehen.

„Bald wurde aber die Sache aufgeklärt. Schon am nächsten Tage sagte mir mein Hausmädchen, daß ein Herr mit mir sprechen wollte; er sähe wie ein Arbeitsloser aus, sagte sie, die jetzt so oft herauf kommen.“

Lassen Sie, bitte, ihn herein, sagte ich.

Es war wirklich ein Arbeitsloser, aber der war nicht zum Betteln gekommen.

„Guten Abend, Herr Doktor!“

„Guten Abend! bitte, treten Sie näher.“

„Bitte tausendmal um Entschuldigung, Herr Doktor, wenn ich Sie störe.“

„Das macht nichts, bitte nehmen Sie Platz. Wie geht's jetzt Fräulein Rose?“

„Danke sehr, es geht ihr einigermaßen gut.“ antwortete der junge Bräutigam, und gleich darauf frug er hastig:

„Hat meine Braut an Herrn Doktor geschrieben?“

„Ja, gestern früh, glaube ich, bekam ich von ihr einen Brief, sie schrieb aber, daß Sie schon verreist seien.“

„Das ist wahr, Herr Doktor; sie weiß nicht, daß ich noch in Berlin bin; ich habe schon vorgestern von ihr Abschied genommen. Ich bin aber absichtlich nicht gefahren, um zu wissen, ob sie an Sie schreiben wird.“

„So! Was ist denn los?“ frug ich erstaunt.

„Herr Doktor, wissen Sie, warum Rose mit Ihnen sprechen will?“

„Nein, warum? Wahrscheinlich wegen ihrer Krankheit, was denn sonst?“

„Herr Doktor, meine Braut will Sie versuchen.“

„Versuchen? Was meinen Sie damit?“

„Entschuldigen Sie, bitte, Herr Doktor, wenn ich ganz offen spreche, Rose ist schön und jung . . .“

„Und wenn?“

„Herr Doktor, ich hätte es Ihnen gar nicht übel genommen — wir sind alle Menschen . . .“

„Aber wie kommt sie überhaupt auf die Idee?“

„Sie wissen schon, daß sie nicht viel arbeiten kann und ich seit zwei Monaten keine Arbeit finde.“

„Weiter.“

„Weiter sagt sie mir neulich, ich werde zu Herrn Doktor gehen — er scheint mir reich zu sein — und suche ihn auf die Probe zu stellen; wenn es mir gelingt, dann sammle ich auf diese Weise eine Zeitlang etwas Geld, bis Du auch eine Arbeit findest, und im Herbst machen wir Hochzeit.“

„Und was haben Sie gesagt?“

„Natürlich habe ich ihr entschieden widerraten, sie wollte aber mich nicht hören, und sagte immer, daß sie sich wider Willen hingeben wird.“

„Glauben Sie, Herr Doktor, drei Nächte habe ich nicht geschlafen; ich weiß, daß das Mädchen mich sehr lieb hat und meinethwegen will sie so was tun, aber so was darf nicht geschehen, denn wenn sie es einmal gemacht hat, wird sie es immer tun, nicht wahr?“

Ich habe den Kernsten beruhigt und ihm versichert, daß von meiner Seite so was ganz ungefährlös sei und sogar mein Wort gegeben, daß ich auf ihren Brief nicht antworten werde.

„Besten Dank, Herr Doktor“, erklärte ausatmend der junge Mann, „jetzt kann ich wieder beruhigt nach Hause fahren.“

Ich fuhr eine Stunde weit von Hause hierher, um Sie zu bitten, mich nicht unglücklich zu machen.

Ich habe das Mädchen sehr lieb und bin bereit, alles für ihre wie für meine Ehre zu tun.

Gott sei Dank, ich bin noch jung und gesund und kann arbeiten.

Wenn in meiner Heimat für mich keine Arbeit ist, da fahre ich schon morgen bestimmt nach der Schweiz, ich habe da schon was gefunden.

Betteln werde ich nie, lieber verhungern . . .“

Als der junge Arbeiter fort war, dachte ich mir: Wie viele Tausende sind noch in Berlin, die um das Stück Brot den Weg der Versuchung einzuschlagen genötigt sind . . .

Stadtverordnetenwahlen

finden im November dieses Jahres in Berlin statt. In der dritten Abteilung laufen die Mandate folgender Stadtverordneten ab: Augustin, 47. Bezirk; Borgmann, 37. Bezirk; Bruns, 25. Bezirk; Dupont, 8. Bezirk; Ewald, 43. Bezirk; Fricke (freisinnig), 18. Bezirk; Gerike (freisinnig), 42. Bezirk; Kofke, 28. Bezirk; Leis (freisinnig), 2. Bezirk; Marggraf (deutschfortschrittlich), 5. Bezirk; Ritter, 39. Bezirk; Schneider, 24. Bezirk; Schubert, 31. Bezirk; Singer, 13. Bezirk; Stadthagen, 14. Bezirk, und Zacharias (freisinnig), 17. Bezirk.

Von diesen 16 zur Wahl stehenden Bezirken haben wir 11 in unserem Bezirk. Die neuen Wahlen hätten einen Beschluß der Stadtverordnetenversammlung zufolge auf Grund einer Neuenteilung der Wahlbezirke zu erfolgen.

Die Erhöhung der Telephongebühren,

die in Aussicht steht, hat zahlreiche Geschäftsinhaber betanlagt, Gesprächszählungen vorzunehmen, um sich über die finanziellen Folgen für ihr Geschäft zu vergewissern. Der sinnige Scherl hat Zählkarten an die Geschäftsleute verschickt, um auf Grund des so gewonnenen Materials die materielle Tragweite festzustellen.

Um die Jugend zu gewinnen

richtet der Ausschuss der Deutschen Turnerschaft an die Eltern, Lehrern und Arbeitgeber einen Aufruf, die jungen Menschenkinder, die die Schule verlassen, um die Lehrjahre für den Lebensberuf zu beginnen, der Deutschen Turnerschaft zuzuführen.

„Die Pflege vaterländischer Gesinnung in den Turnvereinen wird dazu beitragen, sie zu tüchtigen Männern und Bürgern zu erziehen!“

Ihr Lehrern aber, gönnet Euren jungen Arbeitern für ihre körperliche Erziehung 2-3 Stunden wöchentlich und denkt daran, daß sie um so frischer und leistungsfähiger bei der Arbeit sein werden, je gesünder und kräftiger sie sind. Denkt aber auch noch etwas weiter, Ihr Männer, die Ihr mitten im ringenden Leben steht! — Die heutige Jugend wächst anders auf, als wir aufgewachsen sind!

Der Hinweis auf die Pflege vaterländischer Gesinnung in den Turnvereinen charakterisiert die deutsche Turnerschaft zur Genüge als ein Gebilde, das die Emancipationsbestrebungen der deutschen Arbeiterschaft bekämpft und zwar mit den niederträchtigsten Mitteln. Es kann keine Rede davon sein, daß Eltern, die es aufrichtig mit der Zukunft ihrer Kinder meinen, die Hand dazu bieten, diese einen solchen Verein zuzuführen.

Die berühmte Mehlkiste, welche einige wenige denkende Blätter dem Berliner Publikum von vornherein in humoristisch-satirischer Fassung servierten, wird jetzt nach erfolgter amtlicher „Berichtigung“ (spät kam sie, doch sie kam!) auch von solchen Zeitungen, die alles, was aus dem Polizeipalast kommt, stupide nachdrucken, als ein Vorschlag bezeichnet, den „wohl niemand ernst genommen“ hat.

Wir haben uns an den Märchenschauberg gewöhnt, daß wir durch unsere Steuergroschen Schutzmänner zu unserem Leibeschutz unterhalten. Wir tragen daher auch keine Waffen, denn diese tragen sie für uns. Und muß man denn nicht unwillkürlich fragen: Wozu ist die Sicherheitsbehörde da, wenn sie solchen Ausschweifungen gegenüber sich bankrott erklären muß?

Trotz des schauerlichen Deutlich ist für ein sonst polizeifreundliches Blatt eine ganz ansehnliche Leistung. Das Wort von den „ziemlich harmlosen Arbeiterdemonstrationen“ werden wir uns übrigens merken, Frau Märkisch! Gerade Sie waren es, die in letzter Zeit durch die skrupellose Aufnahme tendenziöser Schwindelnotizen über beabsichtigten Demonstrationen gegen die Berliner Arbeiterschaft ganz besonders scharf machten.

Der Fischreichtum in den Gewässern der Umgebung Berlins ist, wie die diesjährige Fischerei bewiesen hat, trotz des starken Dampferverkehrs nicht im Abnehmen, er scheint vielmehr in den letzten Jahren erheblich zugenommen zu haben. Die Ausbeute bei den Fischzügen war in diesem Jahre so groß, wie sie schon seit Jahrzehnten nicht mehr zu verzeichnen war. Aus dem Müggelsee wurde bei den zahlreichen Fischzügen fast das doppelte Quantum herausgeholt als im Vorjahre. Ganz besonders erfolgreich aber war die Fischerei im Seddensee, wo an einem einzigen Tage bei mehreren Fischzügen nahezu 150 Zentner Fische erbeutet wurden.

#### Plakatkunst und Plakatsteuer.

Entwicklung und Bedeutung der Plakatkunst ist rechte Nicht zu sehen und die Plakatsteuer abzuwehren, ist der Zweck einer Ausstellung, welche vom 25. Februar bis 7. März in Berliner Druckgewerkschaft, Dessauer Straße 2, 3 Treppen, veranstaltet wird und dort unentgeltlich täglich von 11 bis 8 Uhr und Sonntags von 10 bis 5 Uhr zu sehen ist.

Der überblickliche Aufbau der Plakatschau liegt in den Händen des Kunstmalers H. Anab, und Verantwortlicher sind der Bildungsausschuss Berlin der Lithographen und Steinbruder in Verbindung mit der Berliner Typographischen Gesellschaft. Radikalste Einspruch gegen diesen Steuerplan wird auch eine Protestversammlung aller Plakat- und Gewerbeinteressenten erheben, die am Eröffnungstage der Ausstellung, am 25. Februar, abends 8 Uhr, in den Festsaal des Grand Hotel, Alexanderplatz 46/48, abgehalten wird.

Am einen Schnaps. Seinen Leidensgenossen erlöset hat in der letzten Nacht um 12 Uhr der 36 Jahre alte Arbeiter Wilhelm Hammer, der in den Ästen zu nächtigen pflegte. Hier hatte er mit dem ebenfalls wohnungslosen Schneider Albert Schulze, einem 34 Jahre alten Mann, der früher in der Schönholzer Straße 14 wohnte, Freundschaft geschlossen. Hammer suchte mit einem dritten Kameraden in der Nacht bei dem Ordnungsamt in der Neuen Königstraße, wo die Bauern aus der Umgebung Berlins bald nach Mitternacht mit ihren Erzeugnissen einkehren, Gelegenheitsarbeit, als ihm Schulze in den Weg lief. In der Freude des Wiedersehens lud Hammer die beiden Begleiter zu einem Schnaps nach dem Wirtshaus Linienstraße 4 ein. Als der Schnaps auf Hammers Gesundheit verzehret war, ergab sich, daß weder Hammer, noch einer der anderen armen Teufel einen Heller Geld bei sich hatten. Nun wußte Schulze, daß Hammer oft Geld im Stiefel versteckt trägt und zwang ihn, die Stiefel im Wirtshaus auszuwickeln. Aus einem Stiefel fielen denn auch 7 Pf. heraus. Der Gastwirt verzichtete auf Bezahlung und entfernte die drei unwillkommenen Gäste aus seinen Räumen. Auf der Straße spielte Hammer den Gefährten, weil er die Stiefel hatte ausziehen müssen und geriet mit seinem Freund Schulze ins Handgemenge. Dabei zog er sein Taschenmesser und stach Schulze in die linke Halsseite. Die Schlagader wurde getroffen, und Schulze starb auf der Unfallstation X an Verblutung. Hammer wollte entfliehen, wurde aber eingeholt und nach der Wache des 18. Polizeiviertels gebracht.

Zusammenstoß eines Eisenbahnzuges mit einem Leichenwagen. In dem Bahndamm der Nähe des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde hat sich gestern ein verhängnisvoller Zusammenstoß zwischen einer Lokomotive und einem Leichenwagen ereignet. Trotzdem das Haltsignal für die die Gleise kreuzenden Fuhrwerke gegeben war, wagte es der Aufsicht Vergner, der eine Leiche nach dem Zentralfriedhof überführen sollte, mit dem Gefährt den Schienenübergang zu kreuzen. Im nächsten Moment nahte ein Zug und ein Zusammenstoß war jetzt unvermeidlich. Die Lokomotive fuhr mit solcher Gewalt gegen den Leichenwagen, daß er ein Stück fortgeschleudert wurde. Der Aufsicht stürzte auf die Schienen und beide Pferde kamen zu Fall. Der Sarg wurde nur durch den Umstand, daß ein hohes Geländer den Wagenkasten umgab, vor dem Absturz bewahrt. Vergner erlitt schwere Verletzungen am Kopf und am Rücken. Die beiden Pferde wurden so übel zugerichtet, daß sie jedenfalls der Abdecker überwiegen werden müssen.

Gemeinsam in den Tod gegangen sind der Schausteller Bruno Gondratsch aus der Koloniestr. 119 und die Schaustellerin Mathilde Beer. Auf dem stillen Zeile des Tempelhofer Feldes, etwa 600 Meter von der Tempelhofer Chauffee entfernt, wurden gestern früh um 7 Uhr beide Personen, deren jede eine Schußwunde in der rechten Schläfe aufwies, tot daliegend angetroffen. In der Nähe befand sich der Revolver, aus dem die Schüsse abgegeben waren. Aus Abschiedsbriefen und Karten geht hervor, daß beide den Entschluß faßten, aus dem Leben zu scheiden, und sich hintereinander erschossen haben. Die Leichen wurden nach der Wache in Tempelhof gebracht.

Durch Spielerei mit dem Revolver den Tod gefunden. Das leidenschaftliche Spielen mit der Schußwaffe hat wieder einmal ein blühendes Menschenleben gefordert. Der zwölfjährige Sohn des Pensionärs Oetischer, Danziger Straße 3, hatte aus einer Schuttlade einen dem Vater gehörigen Revolver hervorgeholt. Er glaubte, die Waffe sei nicht geladen und spielte damit herum. Als er den Hahn berührte, ging plötzlich ein Schuß los. Die Kugel drang dem Knaben über dem linken Auge in die Stirn. Der entsetzt herbeigeholte Vater schaffte seinen Sohn in einer Droßkutsche nach dem Krankenhaus am Friedrichshain, wo bei ihm sofort eine Operation vorgenommen wurde. Aber schon im Verlaufe derselben starb der Knabe an den Folgen der Schußverletzung.

Einbrecher im Wetsaale. Der Baptistengemeinde in der Endener Straße 16 haben in der gestrigen Nacht Einbrecher einen unbeschriebenen Betrag abgestohlet. Die Diebe drangen vom Keller nach dem Hof und gelangten durch Einrücken der Fensterscheiben in den im Vorderer gelegenen Wetsaal der Gemeinde. Sie stahlen zwei silberne Abendmahlstische.

Ihren Verletzungen erlegen ist die von ihrem Schwager, dem Bildhauer Hermann Hoffmann, durch einen Revolververstoß tödlich verletzte Frau des Steinmetz Max Hoffmann. Bekanntlich erlag der letztere sofort der Kugel, die der Bruder in seinem Wahnwitz auf ihn abfeuerte. Der auf so tragische Weise ums Leben gekommene war Parteigenosse. Die zwei ihres Vaters und ihrer Mutter so plötzlich beraubten Kinder haben Verwandte zu sich genommen. Aller Voraussicht nach wird Hermann Hoffmann dauernd einer Irrenanstalt überwiegen.

Nechte Erfahrungen auf dem Berliner Pflaster machte der Koch Kurt Lange aus Dresden, der vor zwei Tagen nach Berlin gekommen war, um hier Stellung zu suchen. L. nahm in einem Gasthofs Logis und wollte dann die Reichshauptstadt besichtigen. Er kam in ein Wiener Café, machte dort die Bekanntschaft einer „Dame“, mit der er später verschiedene Lokale besuchte. Nach seiner Angabe rauchte er einige Zigaretten, die ihm von seiner neuen Freundin gereicht worden waren, und was dann mit ihm geschehen ist, weiß er nicht mehr. Der Koch wurde am folgenden Morgen in Königs-Wusterhausen auf der Straße bestimmungslos aufgefunden und nach dem dortigen Krankenhaus gebracht, wo er sich bald wieder erholte. Der Mann konnte jedoch feststellen, daß ihm sein Portemonnaie mit dem gesamten Inhalt von circa 200 M. gestohlen worden war.

Unter falscher Flagge segelt ein angeblicher Beamter der Gasanstalt, der in verschiedenen Teilen der Stadt mit Erfolg aufgetreten ist. Der etwa 21 Jahre alte Mann trägt eine Mütze mit der Bezeichnung der Gasanstalt, führt sich als Angestellter ein, entfernt die Verschleißplomben an den Gasautomaten und eignet sich die Mittel an. Die geschädigten Leute merken den Trick erst, wenn der richtige Beamte kommt. Vor einigen Tagen hat der freche Dursche bei sechs Mietern des Hanses Körnerstr. 21 die Automaten geleert.

Als erdichtet hat sich jetzt eine zweite Messerschleierei herausgestellt. Diese betrifft die Schlägerei von Hissus aus der Algenstraße 74, die am 14. d. M. abends um 7 Uhr auf der Treppe einen

Stich in den rechten Oberarm erhalten haben wollte. Nun wurde festgestellt, daß Frau F. wiederholt Androhen gemacht hatte, um seine gerichtlichen Fernin auszuweichen. Einen solchen sollte sie auch am 15. d. M. wahrnehmen. Außerdem konnte festgestellt werden, daß sich in ihrem Oberkleid drei neben einander befindliche Messerschneideknäuel befanden, die sich mit denen in den Unterarmen nicht deckten. Sonach erscheinen die Angaben als erfunden. Dementsprechend wurde an die Staatsanwaltschaft berichtet. Diese wird gegen Frau F. strafrechtlich vorgehen. Das gleiche hat Frau Marzahn zu erwarten. Auch wird jeder andere Fall eingehend auf seine Möglichkeit hin geprüft.

Als ein Anzählungsschwinder großen Stils wurde der Besitzer des Kunstverlags „Fortuna“, der 32 Jahre alte Kaufmann Hermann Manheimer aus Alt-Neubau 88b entlarvt. Er konnte verhaftet und dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden. Unter dem glückverheißenden Namen „Fortuna“ betrieb er seit zwei Jahren in der Wohnung eines Kunstverlags, indem er Bestellungen auf künstlerische Ausfertigung in Semi-Émaillé und Vergrößerung von Photographien annahm. Die Besteller mußten Anzahlungen leisten, erhielten aber weder die bestellten Sachen, noch das angezahlte Geld zurück. Schließlich gingen ihm die Wogen zu hoch, und Manheimer wußte weder aus noch ein. Jetzt entfernte er seine Geschäftsschreiber und gab das Geschäft auf. Die Anzeigen der betroffenen Kunden, die jetzt erst den Sachverhalt merkten, konnten nicht ausbleiben und führten zur Festnahme. Die Korrespondenzen hat der geriebene Kunstverleger vernichtet, so daß eine genaue Uebersicht über die Zahl der Betroffenen noch nicht zu beschaffen war. Viele der Opfer scheinen den Tatbestand noch nicht zu kennen.

Durchgehungen. Gestern abend gegen 9<sup>1/2</sup> Uhr hielt der 42 Jahre alte Droßkufenführer Georg Ladner mit seinem Wagen auf dem Hallesplatz vor dem Grundstück Am Karlsruh 17. Infolge des Quersignals eines vorbeifahrenden Kraftwagens schaute das Tier und ging durch. Ladner stürzte vom Woc, wurde von seiner eigenen Droßkutsche überfahren und am linken Fußgelenk verletzt. Der Durchgänger jagte durch die Flottwoc, Schöneberger, Anhaltstraße und bog dann in die Kochstraße ein, wo er von Passanten aufgehalten wurde.

Sein zehnjähriges Stiefsohn feiert am 23. Februar in Kreuzer Festhale den Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Seine Mitwirkung an dem Abend hat der Berliner Volkschor zugesagt. Es gelangen u. a. zum Vortrag: Loreley-Finale, Brautchor aus Lohengrin und Mirjam's Siegesgesang mit Chor, Solo und Orchester. Der Verein hofft auf regen Zuspruch.

Im Bürgerlichen Schauspielhaus geht am Freitag „Uziel Acosta“ zum ersten Male in Szene.

Feuerwehrenschriften. Der 16. Zug wurde nach der Ede der Fern- und Reindendorfer Straße (Weddingplatz) gerufen. Dort war infolge einer schadhast gewordenen Isolierung Erdgas in einem Strophenbahnmaße entstanden. Die Flammen schlugen mächtig am Halteplatz hin empor. Da ein Turmwagen der Straßenbahn zur Stelle war, so konnte die Feuerwehr bald wieder abrücken. In der Oberberger Straße 10, vorn 1. Etage, brannten Betten, Kleider, Möbel und Petroleum. Mit Erfolg wurde ein Sauerstoffapparat in der Charlottenstr. 82a benutzt. Feuermeldungen liefen noch aus der Rausgstr. 90 und anderen Stellen ein.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

Der Charlottenburger Stadthaushaltsrat schließt im Ordinarium des Hauptetat in Einnahme und Ausgabe mit 26 880 000 M. bei einem Dispositionsfonds von 450 000 M. für Nachbewilligungen und nicht vorhergesehene Fälle, im Extraordinarium in Einnahme und Ausgabe mit 6 794 100 M. ab. Dazu kommen die Sonderetat und zwar der der Kanalisation mit 1 301 100 M. im Ordinarium und 255 100 M. im Extraordinarium, der der Leibelstraßen mit 102 700 M. im Ordinarium und 77 100 M. im Extraordinarium; der Sonderetat des Lagerplatzes der Tiefbauverwaltung beträgt in Einnahme und Ausgabe 1 346 500 M., der des Elektrizitätswerks 1 517 420 M. im Ordinarium und 1 011 600 M. im Extraordinarium. Der Sonderetat der Gasanstalt balanciert im Ordinarium in Einnahme und Ausgabe mit 10 567 400 M. bei einem Reingewinn von 2 179 500 M., das Extraordinarium schließt mit 2 906 513 M. in Einnahme und Ausgabe. Der Sonderetat Stiftungen, Vermächtnisse balanciert mit 108 525 M., der der Verbreiterung der Wasserstraßen im Ordinarium mit 670 000, im Extraordinarium mit 2 092 500 M., der Grundstückeverwertungs im Ordinarium mit 744 000, im Extraordinarium mit 2 746 000 M., der Etat der Müllbeseitigung mit 489 700 und endlich der der Wasserwerke mit 1 643 722 M. im Ordinarium und 1 688 016 M. im Extraordinarium.

In bezug auf die Steuern beantragt der Magistrat, daß wie bisher Personen mit einem Einkommen von nicht mehr als 300 M. von der Gemeindecinkommensteuerpflicht befreit sind, und daß im übrigen ein Zuschlag von 100 Proz. erhoben wird. Die Realsteuern sollen in Höhe von 179 Proz. der staatlich veranlagten Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer zur Erhebung kommen, und zwar die Gemeinde-Gewerbesteuer in Höhe von 100 Proz. der staatlich veranlagten Gewerbesteuer, und die Gemeindegrundsteuer in Höhe von 202,25 Proz. der staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer = 2,5 pro Milie des gemeinen Wertes der bebauten und 0,25 pro Milie des gemeinen Wertes der unbebauten Grundstücke. Die Gewerbesteuer der in den Klassen III und IV veranlagten Steuerpflichtigen wird außer Hebung gestellt, die im Jahre 1900 aufkommende Warenhaussteuer wird in Höhe von 115 000 M. im Rechnungsjahre 1910 zur Deckung des Gewerbesteuerfolls der Gewerbetreibenden der Gewerbesteuerklassen III und IV verwendet. Die Betriebssteuer wird in Höhe von 100 Proz. der festgesetzten Betriebssteuer erhoben, die Gemeindecinkommensteuer kommt in Höhe von 1 Proz. des Umsatzwertes der bebauten und 2 Proz. des Umsatzwertes der unbebauten Grundstücke zur Erhebung. Die nach Maßgabe des Gebäudewertes zu erhebende Kanalisationsgebühr wird auf 1 Proz. die Gebühr für die Veseitigung des Hausmülls auf 0,8 Proz. festgesetzt.

Besonders bemerkenswert an diesen Vorschlägen ist der, den unbebauten Grund und Boden 2<sup>1/2</sup> mal so hoch zu besteuern wie den bebauten. Hierzu bedarf es der Genehmigung der Staatsbehörden. Ebenso muß der Bezirksausschuß nun seine Zustimmung zu der vorgeschlagenen Verteilung des Steuerbedarfs auf Realsteuern und Einkommensteuer geben, weil diese Verteilung eine Abweichung von der Vorschrift des § 54 des Kommunalabgabengesetzes bedeutet, wonach die vom Staat veranlagten Realsteuern in der Regel mindestens zu dem gleichen und höchstens zu einem um die Hälfte höheren Prozentsatz zur Kommunalsteuer heranzuziehen sind, als Zuschläge zur Einkommensteuer erhoben werden.

Armenwohnungen in Charlottenburg. Wie wir bereits mitgeteilt haben, beklagt sich die Armenverwaltung darüber, daß die Höhe der Unterkünstungen durch das geringe Angebot kleiner Wohnungen und durch die Höhe der Wohnungsmieten beeinträchtigt wird. Als Ergänzung sei hinzugefügt, daß die Zahl der leerstehenden Wohnungen von Stube und Küche bei den letzten Zählungen gegen das Vorjahr allerdings etwas zugenommen hat, daß aber die Zahlen noch weit hinter dem als normal angesehenen Prozentsatz zurückbleiben. Die Preise der Mieten, soweit sie von der Armenverwaltung kontrolliert werden konnten, zeigten eine erneute Erhöhung. Der Durchschnittspreis von 108

neu gezahlten Armenwohnungen von Stube und Küche betrug 22,50 M., ja bei den in der ersten Hälfte des Jahres 1908 gezahlten 53 Wohnungen von Stube und Küche ist er sogar auf 23,08 M. gestiegen. Nicht weniger als 86 Armenwohnungen dieser Art haben mehr als 25 M. monatlich gekostet. Das gleiche Bild einer festgesetzten Steigerung der Mietpreise zeigt die durch das statistische Amt weiter fortgeführte Auszählung der Wohnungsbeziehungen der Armenbevölkerung. Es ergab sich wieder, daß die Wohnungen im Vorderhause fast durchweg billiger waren als im Hinterhause, ein Zeichen, daß es sich dabei fast immer um minderwertige Wohnungen handeln muß. Es zeigte sich ferner wieder die schon in den letzten Jahren aufgefallene Tatsache, daß die Mietpreise der Wohnungen, in die Mietermeister aufgenommen werden dürfen, stets höher sind als die Mietpreise der Wohnungen, die von den Familien allein bewohnt werden, d. h. also, daß für das Recht, Mietermeister aufnehmen zu dürfen, für Wohnungen derselben Art eine höhere Miete gefordert wird als ohne diese Erlaubnis. Der Durchschnittspreis aller 891 gezahlten Wohnungen von Stube und Küche hat 20,30 M. monatlich, also 243,60 M. jährlich betragen. Rechnet man, daß etwa ein Fünftel des Einkommens auf die Miete entfallen darf, so müßten diese 891 unterstützten Familien ein Jahreseinkommen von mehr als 1200 M. gehabt haben. In Wirklichkeit ist das natürlich — von Ausnahmefällen abgesehen, wo mehrere Angehörige verdienen — ausgeschlossen. Die die Armenverwaltung schon früher festgestellt hat, zwingen Mietpreise von solcher Höhe linderreiche Familien, sich im Raum auf das denkbar geringste überhaupt noch mögliche Maß zu beschränken. So sind denn auch in diesem Jahre eine Reihe Wohnungen von Stube und Küche von nicht weniger als 8, zwei solcher Wohnungen von 10 Personen bewohnt gewesen. Die Durchschnittspreise für Stube und Küche stellten sich für Wohnungen ohne Mietermeister im Vorderhause bei Ehepaaren als Mieter auf 19,70 M. monatlich, bei Einzelstehenden (also Witwen usw.) auf 17,30 M., im Hinterhause bei den gleichen Mietern auf 22,20 M. und 15 M. Mit Mietermeistern kosteten solche allerdings nur in sehr kleiner Zahl gezahlten Wohnungen im Vorderhause 23,00 M. und 22,50 M. und im Hinterhause 30,40 und 22,50 M. Immer wieder das gleiche Bild. Das Wohnungselend belästigt die Armenrats der Gemeinden ganz gewaltig, aber trotzdem raffen sich die Magistrats nicht zu durchgreifenden Wohnungsreformen auf, und wenn sie doch einmal hier und da den Versuch machen, dann bereiten ihn die Hausagrarier, denen die staatliche Gesetzgebung ein ganz besonderes Privileg eingeräumt hat, ein Privileg, das sie nicht den Interessen der Allgemeinheit dienstbar machen, sondern ihren hausagrarischen Sonderinteressen.

„Die Forderungen der hiesigen Arbeiter zum Etat“ lautet die Tagesordnung einer am 22. Februar im Charlottenburger Volkshaus stattgefundenen Versammlung, die sehr gut besucht war. Stadtverordneter Paul Hirsch hatte das Referat übernommen. Eingangs seiner Rede erwähnte der Referent eine Notiz, die in dem berichtigten Organ „Charlottenburger Neue Zeit“ erschienen ist und die sich mit der betreffenden Versammlung befaßt. Es ließ darin die Versammlung sei von dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband, der unter sozialdemokratischer Leitung stehe, einberufen, und am Schluß wurde darauf hingewiesen, daß der Magistrat im Etat des nächsten Verwaltungsjahres wie schon in dem jetzigen Etat wieder einen Betrag von 1 Million Mark zur Erhöhung von Besoldungen und Löhnen eingestellt habe. Anknüpfend an diese Notiz erklärte Genosse Hirsch, der Verband sei kein sozialdemokratischer Verein, sondern eine freie Gewerkschaft, in die jeder unbeschadet seiner politischen oder religiösen Bestimmung eintreten könne. Wohl stehe eine Million im Etat, aber nicht für die Arbeiter, sondern für die Beamten. Immerhin sei den Unterbeamten eine Aufbesserung zu gönnen, was aber für die Arbeiter übrig bliebe, das werde man ja sehen. Schon vor 10 Jahren hätte die sozialdemokratische Fraktion, die damals aus zwei Mann bestand, im Charlottenburger Stadtparlament Aufbesserungsanträge gestellt, man sei aber einfach darüber zur Tagesordnung übergegangen. Und was seien denn das für Anträge gewesen, die die Herren Stadtväter so sehr aus der Welle brachten? 1. Daß für alle städtischen Betriebe eine Arbeitsordnung erlassen würde. 2. Daß Bestimmungen für die Gewährung von Ruhegehältern und Hinterbliebenenversorgung eingeführt werden sollten. 3. Daß, wenn ständige Arbeiter dauernd arbeitsunfähig würden, ihnen eine Rente zu gewähren sei. Zwar bestünde eine solche Bestimmung schon, noch der ein Arbeiter, der 10 Jahre ununterbrochen tätig war, einen Ruhegehalt erhalten sollte, sofern der oben bezeichnete Fall eintreffe. Heute stehe diese Bestimmung aber nur auf dem Papier, in den letzten Fällen bliebe einem Arbeiter dieses Glück. Dieser Punkt habe nur einen praktischen Sinn, wenn er Rechtskraft besitze. Dem jetzt „kann“ dem Arbeiter eine Rente gewährt werden.

Wenn heute ein Arbeiter infolge eines Arbeitsmangels entlassen wird, der neun Jahre tätig war, so erhalte er keinen Pfennig. Nebenbei trägt auch die Arbeiterentscheidung, denen jeder Wert abgehe, da sie in ihrem jetzigen Wesen doch nur ein Instrument in der Hand der Verwaltung seien. Und doch sträube man sich, sie in allen Betrieben einzuführen. Ein Antrag auf neunstündige Arbeitszeit, von den sozialdemokratischen Stadtverordneten schon früher eingebracht und befürwortet, sei abgelehnt worden. Ebenso erging es vielen anderen Verbesserungsanträgen. Das soziale Empfinden des Bürgerstums charakterisierte am deutlichsten ein Punkt, der in der nächsten Stadtverordnetenversammlung zur Verhandlung gelangen werde. Danach haben die Haus- und Grundbesitzer eine Petition um Erbauung einer Markthalle mit der Begründung eingereicht, man solle doch die Krise ausnutzen, da die Arbeiterkräfte jetzt ja billiger wären. Redner weist nach, daß andere Städte, z. B. Stuttgart und Jülich, sozialpolitisch Charlottenburg weit überholt haben.

Die jetzigen Anträge lauten: 1. Verkürzung der Arbeitszeit: a) in allen kontinuierlichen Betrieben auf 8 Stunden (Dreischichtsystem); b) in sämtlichen anderen Betrieben auf 9 Stunden. 2. Regelung bezügl. Erhöhung der Löhne auf der Basis des Wochenlohnes unter Zugrundelegung von 6 Arbeitstagen resp. Arbeitsschichten mit einem Lohnminimum von 24 Mark und einem entsprechend höheren Satz für qualifizierte Arbeiter (Hauptwerker usw.). Bereits gezahlte höhere Löhne bleiben hiervon unberührt. 3. Durchgehende Festlegung fünfjähriger Lohnstufen mit abschließlichen Steigerungen. 4. Für Arbeiterstunden in der Zeit von 6 Uhr morgens bis 9 Uhr abends 50 Proz., für Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit (9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens) 100 Proz. Zuschlag. Im Dreischichtsystem der kontinuierlichen Betriebe zählt, wenn sieben Schichten in eine Woche fallen, die siebente Schicht als Sonntagsarbeit mit entsprechendem Zuschlag. Für die regelmäßige Nacharbeit kommt der Zuschlag nicht in Betracht. Der Referent schloß seinen Vortrag mit einem warmen Appell an die Anwesenden, sich gewerkschaftlich und politisch zu organisieren. Man soll nicht ewig bitten, sondern seine berechtigten Forderungen erkämpfen. (Lebhafte Beifall.) Von den bürgerlichen Stadtverordneten war keiner erschienen, die sozialdemokratische Fraktion war bis auf drei Mitglieder, die anderwärts beschäftigt waren, voll vertreten. Einige davon ergänzten noch in der Diskussion die Ausführungen des Referenten. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die am 22. Februar 1909 im „Volkshaus“ zahlreich versammelten Arbeiter aller Betriebe der Stadt Charlottenburg erklären sich mit den Ausführungen des Referenten in allen Punkten einverstanden.

Die Versammelten setzen es als eine Notwendigkeit an, daß bei den bevorstehenden Etatberatungen die schon im November 1907 eingereichten Anträge Berücksichtigung finden. Insbesondere erwarten die Arbeiter, daß die Regelung der Löhne sowie die Einkünfte der verfahrenen Arbeitszeit nach den in den Anträgen enthaltenen Vorschlägen zur Annahme gelangen.

Der Stadtkleiner von Charlottenburg, Stadtrat L o e b e l m a n n, ist im Alter von 74 Jahren im Sanatorium des Westens gestorben.

### Schöneberg.

Die Stadtverordnetenversammlung nahm in ihrer letzten Sitzung zunächst den Bericht des Ausschusses über die Einrichtung einer Generalvormundschaft entgegen. Den Beschlüssen

des Ausschusses, die sich im wesentlichen mit der Magistratsvorlage decken, wurde ohne Debatte zugestimmt. Gleichfalls zugestimmt wurde der Errichtung neuer Lehrerstellen an der Fortbildungsschule.

Ein Antrag der liberalen Fraktion verlangt, daß der Magistrat an zuständiger Stelle dahin vorstellig werden soll, daß der Ausfall des Schulunterrichts aus besonderen Anlässen den Kindern spätestens am vorhergehenden Tage mitgeteilt wird. In der Begründung führte der Redner der liberalen Fraktion aus, daß es jetzt Sitte geworden ist, bei festlichen Gelegenheiten den Schulunterricht ausfallen zu lassen. Mit der Art und Weise, wie dies geschieht, könne man sich jedoch nicht einverstanden erklären. — Der Antrag wurde ohne Debatte angenommen.

Es folgte dann die zweite Beratung des Etats. Ueber den Etat der Volkshochschule und der Volkshochschule berichtete Stadtk. Rüter (Soz.). Dieselben wurden ohne Debatte angenommen. Ersterer schließt mit einer Einnahme von 9800 M. und einer Ausgabe von 17000 M. ab, letzterer mit einer Einnahme von 110 M. und einer Ausgabe von 86554 M.

Zugestimmt wurde auch dem Etat der Krankenbeförderung (Einnahmen 16300 M., Ausgaben 24645 M.). Beim Stützungsetat, der nur eine Höhe von 5000 M. hat, wurde von mehreren Rednern behauptet, daß in Schöneberg von einem Stützungsetat kaum die Rede sein kann. Es gebe genug Leute, die Millionen aus Schöneberg herausgeholt haben, die aber keinen Pfennig zu Stiftungen herausgeben, sondern das Geld in ihrer Tasche behalten.

Genehmigt wurde auch der Etat des städtischen Unterrichtsraumes (Ausgaben 2825 M.) und der Rechtsauskunftsstelle (Ausgaben 4000 M.). Der Magistrat wird hierbei ersucht, zu erwägen, ob und wie die Räume für den Unterrichtsraum und die Rechtsauskunftsstelle zu den Zeiten, wo sie nicht benutzt werden, anderweit verwendet werden können.

Ueber den Etat der Armenverwaltung berichtet Stadtk. Rüter (Soz.). Er ist der Meinung, daß die eingekerkerten Hohlen, trotzdem sie gegenüber dem Vorjahre eine Erhöhung aufzuweisen haben, nicht reichen werden. Die Steigerungen sind Folgen der allgemeinen Krise. Hierdurch entstand eine längere Debatte über einen Antrag, die Armenärzte mit einem anderen Namen, z. B. Gemeindevärzte oder Bezirksärzte zu benennen. Der Antrag wurde schließlich angenommen. Ebenso wurde ein weiterer Antrag angenommen, eine Summe von 1000 M. für Informationsreisen der Armen- und Waisenfürsorge einzusetzen und der Etat dann mit einer Einnahme von 145 810 M. und einer Ausgabe von 438 925 M. angenommen.

Beim Gärtnereietat reate Stadtk. Rüter (Soz.) an, alle Anpflanzungen in den städtischen Anlagen mit Schildern zu versehen, worauf Name und Herkunft der Pflanzen und Sträucher angegeben wird. Er beantragte, zu dem Zweck zunächst eine Summe von 500 M. einzusetzen. Der Antrag wurde angenommen und dem Etat (Einnahmen 1085 M., Ausgaben 108 432 M.) sodann zugestimmt.

Längere Auseinandersetzungen brachte die Vorlage des Magistrats betr. den Erweiterungsbau des städtischen Krankenhauses, dessen Gesamtkosten sich auf 1 304 000 M. belaufen. Stadtk. Rüter (Soz.) und andere Redner traten dafür ein, daß das zu errichtende Gebäude im erweiterten Maße zu bauen ist, so daß es allen Ansprüchen genügt. Schließlich wurde ein diesbezüglicher Antrag angenommen und der Magistratsvorlage sodann zugestimmt.

Der Magistrat brachte sodann zur Kenntnis, daß er dem Arbeiterturnverein ein städtisches Grundstück zur Benützung als Turnplatz zur Verfügung gestellt hat. Stadtk. Rüter (Soz.) erklärte, daß dies keineswegs genüge, sondern es müsse schneller gearbeitet werden, um eine städtische Turnhalle zu schaffen.

Von allen Fraktionen anerkannt wurden dann zwei Anträge eingebracht; der erste verlangt eine Summe aus städtischen Mitteln zur Milderung der in der Altmark durch die Heberfischweimung verursachten Not, der zweite Antrag richtet das Verlangen an den Magistrat, an zuständiger Stelle gegen die Mehrbelastung durch die Telefongebühren energisch zu protestieren.

Die sozialdemokratische Fraktion hat der Stadtverordnetenversammlung folgenden Antrag unterbreitet:

- „Der Magistrat wird ersucht, mitzuteilen: 1. Welche Notstandsarbeiten sind bis jetzt in Angriff genommen und wie groß ist die Zahl der Arbeiter, die dabei Beschäftigung gefunden haben; 2. welche Maßnahmen sind ergriffen, um der jetzt bestehenden Arbeitslosigkeit zu steuern? 3. beabsichtigt der Magistrat eine kommunale Arbeitslosenversicherung einzuführen?“

### Friedenau. Achtung! Gemeindevertreterwahl!

Die Stichwahl zur Gemeindevertretung findet heute nachmittags von 2 bis 9 Uhr im Restaurant „Hohenzollern“, Handjerystr. 64, statt. Wir ersuchen die Berliner Genossen, die Arbeiter und Friedenau darauf aufmerksam zu machen und sie zur Ausübung ihres Wahlrechts zu veranlassen. Als Legitimation gilt die vom Gemeindevorstand zugestellte Ausweisurkunde. Wer eine solche nicht erhalten hat, verseehe sich mit einer anderen Legitimation: Steuerzettel, Militärpapiere, Invalidenkarte usw. Kandidat ist der Handlungsgehilfe Paul Richter.

Die Genossen werden ersucht, so zeitig als möglich zur Wahl zu gehen.

Auf zur Stichwahl! lautet das Thema, welches am Montagabend im „Reinhold“ in einer öffentlichen Gemeindevorstanderversammlung behandelt wurde. Genosse Döhl als Referent wies in lehrreichen Worten an vielen Beispielen aus den benachbarten Orten nach, daß das Vorhandensein eines sozialdemokratischen Gemeindevertreters auch für Friedenau eine dringende Notwendigkeit sei und forderte alle Anwesenden auf, am Wahltag die ganze Kraft für die Wahl des Genossen Paul Richter einzusetzen. Genosse Richter teilte noch mit, daß die Gruppe der Haus- und Grundbesitzer, die vor der Hauptwahl in der widersprüchlichen Weise gegen den bürgerlichen Gegenkandidaten aufgetreten sei, jetzt für diesen ihre Wähler zur Stimmabgabe auffordere, um zu verhindern, wie es heißt, „verjodelt“ zu werden. In der Diskussion wurde die Unfähigkeit der bürgerlichen Vertreter, für die wertvolle Bevölkerung auch nur das allergeringste leisten zu können, nachgewiesen.

### Groß-Lichterfelde.

Die Gemeindevertretung hatte sich in ihrer Sitzung am Montag ausschließlich mit der ersten Lesung des Gemeindeetats pro 1909 zu beschäftigen. Derselbe schließt in Einnahmen und Ausgaben mit dem Betrage von 1 900 000 M. ab. Genannte Differenz aber die einzelnen Positionen können erst gegeben werden, wenn die Etatskommission ihre Beratungen abgeschlossen hat, da aller Wahrscheinlichkeit nach erhebliche Änderungen gegenüber dem Etatsentwurf eintreten werden.

Das einleitende Referat hielt der Gemeindevorsteher Schulz. Ueber den vorliegenden Etat sei wenig zu sagen und das Wenige sei nicht erfreulich. Früher habe Witterung ähnlich böse Zeiten durchgemacht gehabt wie jetzt. Im Jahre 1898 habe bei 110 % Einnahmensteuer und 2 % Grundsteuer der Defizit 86 229 M. betragen; 1899 bei Erhöhung der Gemeindeeinkommensteuer auf 120 % und der Grundsteuer auf 2 1/2 % Defizit 83 000 M.; 1900: dieselbe Gemeindeeinkommensteuer und auf 2 1/2 % erhöhte Grundsteuer 82 700 M. Defizit; 1901: dieselben Steuern, 87 000 M. Defizit; 1902: 125 % Einnahmensteuer, 2 1/2 % Grundsteuer, Defizit 89 000 M.; das Jahr 1903 habe endlich einen Ueberschuß von 87 000 M. bei derselben Steuerbelastung gebracht; das Jahr 1904 einen solchen von 58 800 M.; 1905: 21 000 M., 1906: 20 000 M.; das Jahr 1907 wies bei 110 % Einnahmensteuer und 3 % Grundsteuer ein Defizit von 65 700 M. auf und das Jahr 1908 dürfte voraussichtlich mit

einem erheblichen Defizit abscheiden. Im vorliegenden Etat 1909 seien Mehrausgaben in der Höhe von circa 100 000 M., deren Bedeckung durch neue bezw. erhöhte Steuern erfolgen müsse. Die schlechte Finanzlage teile die Gemeinde nicht nur mit Staat und Reich, sondern auch mit dem übrigen Groß-Berlin; es sei aber hier nicht nur die gegenwärtige schlechte wirtschaftliche Lage allein dafür verantwortlich zu machen, sondern die außerordentlich großen Ausgaben, die infolge der ausgedehnten Gemarkung mit der noch verhältnismäßig dünnen Besiedelung sich notwendig machten. Kamens des Gemeindevorstandes beantrage er eine Erhöhung der Grundsteuer um 1,50 % also auf 4,50 % für unbedachte Grundstücke. Der Gesamtwert derselben betrage zur Zeit 44 Millionen. Davon träfen auf die Forenien 27 Millionen, Aktiengesellschaften 10 Millionen, auf städtische Eigentümer 7 Millionen. Der Ertrag der Grundsteuer würde sich um 60 000 M. erhöhen, woran die Forenien mit 33 000 M., die Aktiengesellschaften mit 16 000 und die städtischen Eigentümer mit 11 000 M. partizipieren. Außerdem sei ohne die Erhöhung des Schulgeldes an den höheren Schulen die Erhöhung der Oberlehrergehälter nicht möglich, abgesehen von der Aufbesserung der Gehälter der Volksschullehrer und Beamten.

G. V. Rüter weist auf die großen Schwierigkeiten des diesmaligen Gemeindehaushaltsplans hin. Die Mehrausgaben betrügen über 100 000 M., für die Deckung gefunden werden müsse. In den Ausgaben lasse sich nach seiner Meinung nichts sparen. Die Erhöhung der Grundsteuer sei ohne weiteres zu akzeptieren, auch die Erhöhung des Schulgeldes an den höheren Lehranstalten, jedoch nicht in der vom Gemeindevorstande beabsichtigten Höhe. Er beantrage ferner die Erhöhung der Gemeindeeinkommensteuer um 10 % und der Kanalisationsgebühren von 2 1/2 % auf 3 %. Gemeindevorsteher Kaupert lehnt die Erhöhung der Kanalisationsgebühren als eine „Belastung des Grundbesitzes“ ab, ebenso eine Erhöhung der Einkommensteuer. Es sei nicht Aufgabe der Gemeindevertretung, dem Vorstände Direktiven zu geben. Dieser möge der Versammlung Vorschläge unterbreiten. Schöffes Dr. Langner wendet sich gegen eine Erhöhung der Kanalisationsgebühren, die im vorliegenden Falle ungeeignet sei. Gemeindevorsteher Raacke ist gegen die Erhöhung der Einkommensteuer, die unklar wäre und die Heranziehung steuerkräftiger Elemente erkläre. Der Erhöhung der Grundsteuer und des Schulgeldes an den höheren Schulen stimme er zu. Gemeindevorsteher Engelmann, Grundbesitzer und zugleich Vertreter der Arbeiterpartei, verwahrt sich gegen jede Erhöhung der Grundsteuer, die das „Votum“ verteuere. Er schlägt eine Züftsteuer vor, um die Berliner Geschäfte und Warenhäuser zu treffen. Er sei im übrigen noch zu jung in der Gemeindevertretung, um sich über den Etat eingehender äußern zu können. Der andere Vertreter der Arbeiterpartei, Herr Ritterchaftssekretär und Hausverwalter Lehmann, scheidet aus denselben und vielerlei auch aus anderen Gründen geschwiegen zu haben. Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte wurde der Etat in die Kommission verwiesen.

### Brit.

In der ersten diesjährigen Sitzung der Gemeindevertretung wurde zunächst über einen Vertrag mit Nixdorf betreffend Leistung eines Zuschusses zu den Schulunterhaltungskosten verhandelt. Nach diesem verpflichtet sich die Stadt Nixdorf eine einmalige Entschädigungssumme von 20 000 M. an die Gemeinde Britz zu zahlen, wenn Britz auf alle weiteren Ansprüche verzichtet. Nachdem der Gemeindevorsteher Grau für die Annahme des Vertrages gesprochen hatte, wurde derselbe einstimmig angenommen. Wie der Gemeindevorsteher im weiteren Verlauf der Sitzung mitteilte, ist die Stadt Berlin zurzeit mit einem Judenah von 1400 M. zu den Schulunterhaltungskosten an die Gemeinde Britz zu zahlen. Der Gemeindevorsteher hat nun der Stadt Berlin den Vorschlag gemacht, mit der Gemeinde Britz einen ähnlichen Vertrag abzuschließen, wie er zwischen Britz und Nixdorf besteht, doch diese Angelegenheit sei noch in der Schwebe. Dagegen hat die Gemeinde Schöneberg die Leistung eines Zuschusses zu den Schulunterhaltungskosten der Gemeinde Britz abgelehnt. Leider ist es unterlassen worden, an den Gemeindevorsteher die Frage zu richten, ob ihm bekannt ist, daß auf Grund der Forderung eines Zuschusses, welche die Gemeinde Britz an Schöneberg stellt, den in Britz wohnenden aber in Schöneberg beschäftigten Arbeitern von ihren Arbeitgebern anheim gegeben worden ist, Britz als Wohnort anzugeben, da sie andernfalls in Schöneberg nicht mehr beschäftigt werden. Es handelt sich um circa 50 Arbeiter, welche zum großen Teil 15 und mehr Jahre in Schöneberg arbeiten und ebenso lange in Britz wohnen. Es wäre sehr erwünscht, zu erfahren, welche Schritte der Gemeindevorsteher im Interesse dieser Arbeiter unternimmt. Der von dem Leiter der Britzer Volksbibliothek erstattete Bericht zeigt ein erfreuliches Steigen der Lesezahl. Einer Einnahme von 188,40 M. steht eine Ausgabe von 139,45 M. gegenüber. Außer Sonntag soll in Zukunft auch an einem Wochentage, vielleicht Mittwoch von 7 bis 8 Uhr abends, die Bibliothek für das Respekt Publikum geöffnet werden. Weiter beschloß die Gemeindevertretung auf ein Angebot der Hoesfelden Erben einzugehen und das diesen gehörige Grundstück an der Chausseestraße für 10 000 M. zu erwerben, da dasselbe zur Verlängerung der Neubürgerstraße dienen soll. Das königliche Katasteramt hat der Gemeinde mitgeteilt, daß in Britz eine Reihe von kleinen Gebäuden nicht zur Gebäudesteuer veranlagt sind. Um nun noch eine Nachveranlagung für 1908 zu erwirken, erbietet sich das Katasteramt, der Gemeinde entsprechende Mitteilungen zugehen zu lassen. Auf Vorschlag des Gemeindevorsteher beschloß die Gemeindevertretung jedoch auf diese Mitteilungen zu verzichten, da die Nachveranlagung der Gemeinde viel Mühe und Kosten verursachen würde, zu denen die Einnahmen, da es sich nur um kleine Beträge handelt, in keinem Verhältnis stehen. Schließlich trat auf einstimmigen Beschluß die Gemeinde Britz der Einrichtung des Post- und Scherenschranks bei. Zu bemerken ist noch, daß sowohl von bürgerlicher Seite als auch von unseren Vertretern Anträge auf Vermehrung der Gemeindevertreterplätze gestellt worden sind. Doch ist bisher öffentlich nichts über das Schicksal dieser Anträge bekannt geworden.

### Schwabau.

Wiederum seines Amtes entsetzt worden ist der Gemeindevorsteher Deschner. Bekanntlich wurde Herr Deschner im Vorjahre von seinem Amte suspendiert, weil ihm zur Last gelegt wurde, die Amtsgeschäfte nicht ganz einwandfrei geführt zu haben. Die Schwabauer Gemeindevertretung aber wählte Herrn D. als Gemeindevorsteher wieder. Am 27. Februar findet bereits die Annahme des Gemeindevorsteheres statt. Der Personalwechsel ist für die Arbeiterklasse nicht von großer Bedeutung; sie interessiert viel mehr die in der Gemeindevertretung vorherrschende Eigenwirtschaft, die letzten Endes für den Gemeindevorsteherwechsel die Schuld trägt. Mit dieser Wirtschaft abzurechnen hat die Einwohnerchaft im nächsten Monat anlässlich der Gemeindevertreterwahl die beste Gelegenheit. Schon jetzt muß für die Wahl sozialdemokratischer Gemeindevertreter agitiert werden.

## Vermischtes.

Das Hochwasser in der Altmark. Aus Wittenberge wird berichtet: Der Mandeich bei Borsdorf unterhalb Seehausen ist durchbrochen. Infolgedessen stehen die Ortschaften Wauker und Arden unter Wasser. Die Winere sind von Seehausen angefahren, um Borsdorf zu retten. Der Wasserstand in Seehausen ist sehr wechselnd. Er ist dort gestern um zehn Zentimeter gefallen, in der Nacht um sieben Zentimeter gestiegen und heute wieder um acht Zentimeter gefallen. Die Lage ist unverständlich. Fortwährend treffen aus Hamburg und Berlin Scharen von Fremden ein. Die Befestigung des Seehausener Turmes kostet jetzt 50 Pfennig. Das Geld fliehet dem Fonde zu. Der Postverkehr nach Osterburg und Arden ist eingestellt. Die Winere aus Altmark sind in Seehausen eingetroffen. Die Kosten werden sehr knapp, da die Keller voll-

gelassen sind und die Kaufleute kein Heizmaterial haben. Der Regierungsräsident ernächtigte den Reichshauptmann v. Jagow in Schnakenburg, den Mandam unterhalb Arden Sprengen oder durchbrechen zu lassen, damit die Flüsse dort mit dem Mandawasser in die Elbe zurückfließen können. Der Ueberschub der Elbe von Lenzen bis Sandau kostet den Stromfiskus bis jetzt 30 000 M. Die Ueberschub auf der Elbe sind gestern abend bei Pöschelwerder bei Werben angelangt.

Nathenow, 23. Februar. Der Bericht der Wasserbauinspektion in Rathenow, der heute mittag über die Lage im Hochwassergebiete der Havel und Elbe veröffentlicht wird, lautet: Die Ueberschub der Strombauverwaltung arbeiten gegenwärtig in der Elbe oberhalb Neuenwerben, kommen aber nur sehr langsam vorwärts, da hier die größten Ueberschubungen sind. Das Wasser geht weiter langsam zurück. Der Wasserstand der Havel bei Havelberg beträgt heute 3,33 Meter, der Wasserstand der Elbe bei Dommitzschholz 4,80 Meter.

Berhungert. Nach einer Meldung aus Rattowitz wurde der Arbeiter Stielinski auf der Straße berhungert aufgefunden; er starb bald nach seiner Einlieferung in das Polizeigebäude an Erschöpfung und Körperkräfte.

Wegen Schneeverwehung ist, wie amtlich aus Königsberg i. Pr. gemeldet wird, bis auf weiteres der Güterverkehr auf den Strecken der russischen Eisenbahnen Schmerla—Dessa, Kasatin—Kostowo—Kiew, Virula—Snamens und nach den weiter gelegenen Stationen sowie nach den südlichen Zufahrtsbahnen gesperrt. Eigent und leicht verderbliche Güter können angenommen werden.

Zwei Kinder durch Leuchtgas vergiftet. Wie aus Worms gemeldet wird, kamen dort durch Ausströmen von Leuchtgas an einem Gaslocher zwei Knaben im Alter von 14 und 12 Jahren ums Leben.

### Typhusepidemie in einem französischen Regiment.

Der Pariser „Matin“ berichtet aus Orient: Unter den Soldaten der Garnison Cannes ist der Typhus ausgebrochen. Vier Soldaten des 116. Regiments sind bereits gestorben. Dreißig Soldaten desselben Regiments sind schwer erkrankt. Die Krankheit ist durch Genuß von Salat verursacht worden.

Sozialdemokratischer Les- und Diskussionsklub „Friedrich Heine“. Heute abend 9 Uhr, bei Volze, Rodenbergstr. 8: Sitzung. Gäste willkommen.

Les- und Diskussionsklub „Edoas“. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Volkendorf (Nahf. Heinrich Reiffardt), Köppler Str. 58: Vortrag. Gäste willkommen.

Achtung! Kondiktoren, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen. Heute abend 8 1/2 Uhr im „Rosenthaler Hof“, Rosenthaler Str. 11/12: Deffentlich Versammlung.

### Eingegangene Druckschriften.

Die Bekämpfung der Bleiberührung im Malex- und Anstreichergewerbe. 1 M. H. Lohler, Hamburg 22.

Die Strafs in Rußland. Inaugural-Dissertation von A. Leitel, 85 Seiten. Verlag der „Academia“ in Jürich.

Handbuch der Schulaufsicht in Bayern. Von F. Weigl, Lehrer, 80 Seiten. V. Hölling, München.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Ehrenkranz-Amerikander Lindenstraße Nr. 3, Gustav Hof, dritter Eingang. Vier Treden. 1897. Nachdruck ist unzulässig. Wochenschrift abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr. Nachmittags 7 Uhr Sonnabend beginnt die Ehrenkranz am 6 Uhr. Jeder Auflage ist ein Gedächtnis und eine Zahl als Werkschein beigefügt. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Ullige Fragen trage man in der Ehrenkranz vor.

P. S. 108. 1. Ra. 2. Nur wenn im Urteil Jansen zugesprochen sind, 3. und 4. Ein Gerichtsvollzieher ist mit der Bornahme der Pfändung zu beauftragen. — P. S. 1877. 1. Der Nichtstempel ist richtig berechnet. 2. Beantragen Sie beim Gericht schriftlich, Ihnen eine Bescheinigung des Austrittes zu erteilen. 3. 100 Broz. 4. Uns nicht bekannt. 5. Ohne Einhalt in den Antrag und die Verfügungsbedingungen nicht zu beauftragen. — H. S. 23. Wenn Sie unterschrieben haben, müssen Sie leider zahlen. Sonst können Sie etwa einen Betrag von 10 Mark zurückverlangen.

M. S. 18. Falls kein Testament gemacht ist, würde die Witwe ein Drittel und die Kinder drei Viertel des Nachlasses erhalten. Die Kinder, auch Sie, eben zu gleichen Teilen. — J. S. Weinkeller Str. 1. Nein. 2. Es sind die vereinbarten Gebühren, eventuell angemessene zu zahlen. — P. S. 27. Selbstverständlich. — C. S. 17. Es könnte Pfändung verlangt und Leistung des Offenbarungsbekandes verlangt, jedoch der Arbeitslohn gesäubert werden. Wegen Befristung eines anderen Vormundes müßten Sie sich an das Amtsgericht wenden. — Jiegenor. Nein. — H. S. 52.

1. Die Armenkommission zahlt keine Anwaltsgebühren. Die Partei, den das Armenrecht beugt, ist, braucht ihren Anwalt erst zu zahlen, wenn sie dazu in die Lage kommt. 2. Wenn nichts anderes vereinbart ist, können Ueberschubungen bis am 15. zum ersten, nicht aber umgekehrt (am ersten zum 15.) gekündigt werden. 3. Falls aus dem Mietvertrag sich nichts Bestimmtes ergibt, nein. 4. Die Polizei hat sich bei nicht einmündigen. — H. S. 21. 1. Ja. 2. Eine Jambidentenart kann jederzeit umgetauscht werden. Sie muß umgetauscht werden vor Ablauf von zwei Jahren von ihrer Auslieferung, gleichzeitig wie viel Marken sich auf der Karte befinden.

M. S. 22. Sie sind zur Zahlung nicht verpflichtet, auch Ihre Frau nicht, weil sie zur Zeit des Vertragsabschlusses minderjährig war und die Genehmigung von ihrem Vater nicht erhalten hatte. — H. S. 26. Die Verlagskommission kann anstandslos die von der Redaktion eines Grammatik-Abhandlung nehmen. — H. S. 250. 1. Das ist möglich. 2. und 3. Die Kinder können Ueberschub verlangen und wenn diese nicht in Höhe durchzusetzen ist, ist an das Amtsgericht gegen Nachlassregulierung wenden und courtuell klagen.

Amlicher Marktbericht der städtischen Marktwaren-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Marktsorten. Markttag: Freitag. Anzahl genügt, Gehalt neu, Breite unverständlich. Bild: Farbe nicht genügend, Gehalt nicht reg. Breite gut. Gehalt: Farbe knapp, Gehalt vulg. Breite hoch. Fisch: Farbe genügt, Gehalt schlecht, Breite befriedigend. Butter und Käse: Gehalt vulg. Breite unverständlich. Mante, Doh und Säckbräute: Farbe genügt, Gehalt etwas lecht, Breite wenig verändert.

Witterungsbericht vom 23. Februar 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerhöhe mm	Windrichtung	Windstärke	Temp. in C.	Temp. in F.
Frankfurt	774,00	2	Wester	-3	24,6
Dresden	775,00	1	Nord	-3	24,6
Berlin	773,00	3	West	-4	24,8
Köln	772,00	4	West	-4	24,8
München	769,00	3	West	-7	19,4
Wien	769,00	1	West	-8	17,6

Witterungsbericht für Mittwoch, den 24. Februar 1909.

Etwas milder, vorwiegend trübe mit leichten Schneefällen und mäßigen Winden.

Berliner Wetterbureau

### Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Stationen	am 22. 2. 1909	am 21. 2. 1909
Havel, Mühl	187	-2
Regel, Unterfing	80	-10
Schiffel, Horn	80	-10
Oder, Kattow	85	-7
• Kattow	173	-11
• Frankfurt	247	-9
• Berlin, Schirmer	68	-3
• Berlin, Landsberg	75	-3
• Rega, Sandomir	107	-11
• Elbe, Zeitzen	-43	-1
• Dresden	-160	-6
• Borsdorf	129	-13
• Magdeburg	116	-10

h + bedeutet Waage, — Grad, — 1/2 Unterpegel, — 1/3 Eisstand, 1/4 eisfrei.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

## Verwaltung Berlin.

Die Jahresberichte für das Jahr 1908 sind erschienen. Die Bericht-Vertrauensleute können dieselben unter Vorlegung der Vertrauensmännerkarte für ihre Kollegen vom Bureau abholen.

Für die ausgestellten Mitgliedsbücher können die Kollegen Futterale zum Preise von 10 Pf. von den Beitragskassieren beziehen.

Das diesjährige Winterfest findet am Sonnabend, den 6. März, in der „Neuen Welt“ statt. Willkomm sind bei den Beitragskassieren und im Bureau zu haben.

## Jalousiearbeiter.

Donnerstag, den 25. Februar, abends 8 Uhr, bei Becker, Webersstr. 17.

## Branchen-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag, 2. Branchenangelegenheiten, 3. Verbandsangelegenheiten. Die Mitglieder der Kommission müssen um 7 Uhr zur Stelle sein.

## Stellmacher.

Donnerstag, den 25. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Rosenthaler Hof“, Rosenthaler Straße 11/12.

## Branchen-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Xaver Kohl über „Die Anfänge der modernen Arbeiterbewegung“, 2. Diskussion, 3. Branchen- und Verbandsangelegenheiten.

## Möbel- und Stuhlpolierer, Beizer und Magazinarbeiter.

Donnerstag, den 25. Februar, abends 8 Uhr, im „Königshofkaffee“, Holzmarktstr. 72.

## Außerordentliche Branchenversammlung.

Tagesordnung: 1. Die vom Vorstand geplante Kollation und andere Aufgaben für die Zukunft, 2. Diskussion, 3. Berichtserstattung von der Generalversammlung, 4. Branchenangelegenheiten.

## Küchenmöbelbranche.

Donnerstag, 25. Februar, abends 8 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27 c.

## Branchen-Versammlung

Mitgliedsbuch legitimiert. Die Ortsverwaltung.

## Achtung, Werkstattvertrauensmänner!

Diejenigen Vertrauensleute, die über das Resultat ihrer Besprechung mit ihrem Arbeitgeber über die Verkürzung der Arbeitszeit noch nicht berichtet haben, werden ersucht, durch Karte oder mündlich dem Bureau des Verbandes, Engelauer 14/15, Mitteilung zugehen zu lassen. Auch ist es dringend erforderlich, daß diejenigen Werkstätten berichten, in denen eine Verständigung erzielt ist.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Charlottenburg.

Donnerstag, 25. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosenstr. 3.

## Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Tarifverträge in der wirtschaftlichen Krise, 2. Verbandsangelegenheiten, 3. Gewerkschaftliches und Verchiedenes. Um zahlreiches Erscheinen ersucht. Die Ortsverwaltung.

Haben Sie Stoff?  
Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Maß, schick, dauerh. Zutaten, von 20 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 11 (Städt. Börse).

**Verleih-Institut:**  
Friedrichstr. 115/1, a. Drabg. Tor. Eig. Grad, Wehrd. 1,50, Dose 1,00, Beste 50 Pf.

**Kunstgeigenbauer E. Toussaint**  
BERLIN C.  
Joachimstraße 11 C.  
Liefert Reparaturen, auf Wunsch zugleich mit vorz. L. Sonderbefertigung.  
Spezialität:  
Erzeugung des alt-italienischen Timbres für große Säte an alten u. neuen Geigen. u. Mäßiges Honorar.



## Seid einig, einig, einig

im Gebrauch von Beilschneisenpulver „Goldbergs“. — Es liegt jedem Palet ein reiches praktisches Geschenk bei.

Fabrikant: Carl Gentner, Göppingen.

# Phänomen Cigaretten!

Devise: Qualität ist die beste Empfehlung

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsanstalt Paul Sinaet & Co., Berlin SW.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1297.

Donnerstag, 25. Februar, abds. 8 1/2 Uhr, in Meiers Festhällen, Sebastianstr. 39.

## Allgemeine Versammlung

der Elektromonteur und Helfer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen A. Bahn: „Die Opfer der heutigen Gesellschaftsordnung“, 2. Diskussion, 3. Verbandsangelegenheiten.

Donnerstag, 25. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Dresdener Garten, Dresdener Str. 45.

## Versammlung

der Gold- und Silberarbeiter und verwandten Berufsgenossen.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen A. Busch über: „Kapitalkonzentration und Arbeiterbewegung“, 2. Diskussion, 3. Verbandsangelegenheiten.

Donnerstag, den 25. Februar 1909, abends Punkt 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Saal 3), Engelauer 15.

## Versammlung

der Mechaniker, Uhrmacher, Optiker sowie aller in den mechanischen Betrieben beschäftigten Kollegen und Kolleginnen.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Augenarztes Herrn Dr. Hirsch über: „Die Pflege des Auges und Verhütung der Blindheit“, 2. Fragestellung, 3. Verbandsangelegenheiten, 4. Verschiedenes.

Donnerstag, den 25. Februar 1909, abends 7 1/2 Uhr, in den Andreas-Festhällen, Andreasstr. 21.

## Allgemeine Versammlung

der Bauanschläger Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Hartmann über: „Tarifverträge“, 2. Diskussion.

Um zahlreiches Besuch obiger Versammlungen ersucht. Die Ortsverwaltung.

# Deutscher Tabakarbeiter-Verband

(Zahlstelle Berlin).

Donnerstag, den 25. Februar 1909, abends 8 1/2 Uhr, in den Musiker-Sälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 18m, im unteren Saal.

## Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1908, 2. Bericht über das verlossene Geschäftsjahr, 3. Renowahl der Bevollmächtigten und Revisoren, 4. Verschiedene Verbandsangelegenheiten.

Die Bevollmächtigten: J. M.: S. Rosenthal. Kollegen und Kolleginnen! Wasche es sich jeder von Euch zur Pflicht, in dieser so überaus wichtigen Mitgliederversammlung zu erscheinen.

# Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Melchiorstraße 28. Filiale Berlin. Fernsprecher Amt IV Nr. 4757.

## Mitglieder-Versammlung

in den „Arminhällen“, Kommandantenstr. 58/59.

Tages-Ordnung: 1. Kassenbericht für das 4. Quartal, 2. Jahresbericht für 1908, 3. Renowahl der Ortsverwaltung, 4. Wahl der Agitationskommission für den 1. Bezirk, 5. Verbandsangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert! Die Ortsverwaltung.



Kostüm Alexandra M. 20.— Kostüm Luisa M. 28.— Kostüm Viktoria M. 35.—  
**Spezial-Konfektionshaus Westmann,**  
Besuch möglichst vormittags erbeten, da nachmittags der Andrang zu stark ist!  
Genau Beachtung meiner Firma und Hausnummer dringend geboten.

## Dankagung.

Allen denen, die mich an meinem Geburtstag durch ihre Glückwünsche erfreuten, spreche ich auf diesem Wege meinen herzlichsten Dank aus.  
Schöneberg, den 23. Februar 1909.

A. Bebel.

## Demjenigen,

welcher mir zuerst den Inhalt des Kontos Hermann Schwarz, geboren am 20. Januar 1867 in Döberitzdorf mitteilt, zahle ich eine Belohnung von 10 Mark. Schwarz ist Augenzeuge eines Unfalles gewesen und soll darüber vernommen werden.  
Justizrat Bamberger, Nickerleben.

## Die bestexistierenden



**Zähne 1,80 M**  
Fast gänzlich schmerzloses Zahnziehen 1 M.  
Reform-Zahn-Praxis  
**Carl Rudolph**

unter persönlicher Leitung von 3 praktisch. Zahnärzten und Assistenten.  
1. Praxis: Elsasser Straße 14 (Nähe Rosenthaler Tor).  
2. Praxis: Friedrichstraße 35 (gegenüber dem Apollo-Theater).  
3. Praxis: Oranienstr. 61 (am Moritzplatz).  
4. Praxis: Pallasdenstraße 106 (Ecke Landsberger Straße).  
5. Praxis: Huttenstr. 65 (Moabit).  
6. Praxis: Charlottenburg, Wilhelmsdorfer Str. 117, Ecke Pestalozzistraße. 35/109.  
Sprechzeit v. vorm. 9-7 abends. Sonn- und Festtags 9-1 Uhr.

**Zentral-Verband der Steinsetzer (Pflasterer) und Berufsgenossen Deutschlands. Groß-Berlin (Unterbezirk Nordost).**  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß der Steinsetzer  
**Gustav Hempel**  
am 21. Februar verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Himmelstbets-Kirchhofes in Nieder-Schönhausen-Nordend aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht.  
11515 Der Vorstand.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
Zahlstelle Rixdorf.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler  
**Wilhelm Nabiar**  
am 19. Februar gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Belger Kirchhof, Chausseestraße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht.  
79/18 Die Ortsverwaltung.

**Dankagung.**  
Für die vielen Beweise der Teilnahme am Grabe meines lieben Sohnes, unseres Bräutigams, Bruders, Schwagers und Onkels, des Raschmachers  
**Fritz Scheibe**

sagen allen Verwandten, Bekannten und Freunden, den Vereinen, seinen Mitarbeitern der Firma Deuter u. Nicolai unseren herzlichsten Dank.  
Mutter **Henriette Scheibe** nebst Hinterbliebenen.

**Dankagung.**  
Allen Freunden und Mitbürgern Johannishals, der Schlosserinnung Köpenick, dem Sparverein Teutonia, vor allem dem Gesangsquartett „Eule“, die sich durch rege Mitwirkung bei der Beerdigung der Familie **Musiek** beteiligt haben, sagen wir hiermit unseren herzlichsten Dank.  
11506 Fr. Teske, W. Armer, O. Senthien.

**Dankagung.**  
Für die zahlreiche Beteiligung sowie Kränzchen bei der Beerdigung meines lieben Mannes und meines Onkels  
**Ferdinand Fischer**

sagen wir hiermit allen Teilnehmern, insbesondere den Stammgästen, Freunden und Genossen sowie dem Gesangsverein Nordmarkt, dem Sozialdemokratischen Verein im 5. Berliner Reichstagswahlkreis, dem Verein der freien Gasse und Schanzenstr., Bez. 6 unseren herzlichsten Dank.  
11499 **Therese Fischer.**

Billigste Bezugsquelle gedieg. Trauergarderobe  
**Westmanns**  
Trauer-Magazin  
Berlin W., Mohrenstr. 37a NO., Gr. Frankf. Str. 115.  
Genau Beachtung meiner Firma u. Hausnummer geboten!

**Dr. Simmel,** Prinzenstr. 41.  
Spezialarzt für Haut- und Harnleiden.  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

**Westmanns letzte Tage**  
für Plüsch-, Astrachan- und Pelzkonfektion!  
**Fast umsonst:** Paletots, Mäntel, Phantasiepièces, Abend- u. Theatermäntel, Jacketts, Kimonos, Capes  
**Originalmodelle, Reismuster und Kopien** für jede, auch die stärksten Figuren passend, vorrätig!  
**Kinder-Konfektion!**  
Wert teilweise bis M. 60.— bis M. 80.— bis M. 100.— bis M. 240.—  
jetzt nur M. 11.— nur M. 15.— nur M. 30.— nur M. 45.—  
**Gratis** für jeden Käufer schon von M. 20.— an: ein elegantes **Reiscape!**  
**Einsegnungskleider besonders billig!**  
Jetzt nur noch einzeln an Private!  
**Kostüme, Kostümröcke, Kleider, Blusen!**  
hocheleg. Fassons, hochmoderne Stoffe,  
**Neue Frühjahrsmodelle 1909,** in Kostümen, Mänteln, Jacketts  
schon bis **50%** unter Wert!  
Enorme Auswahl! Keine Stapelware!  
Hauptgeschäft: Berlin W., Mohrenstr. 37a (kein Eckhaus, 2. Haus von der Jerusalemer Str.)  
und Berlin NO., Gr. Frankfurter Straße 115 (kein Eckhaus, 2. Haus von der Andreasstraße.)

Verfammlungen.

Der Zweigverein Berlin des Verbandes der baugewerblichen Hilfsarbeiter hielt am Donnerstag bei Voelker in der Weberstraße unter außerordentlich starker Beteiligung seine Generalversammlung ab. Es wurde zunächst die Abrechnung vom vierten Quartal 1908 verlesen. Sie schließt mit der Bilanzsumme von 60 543,51 M. ab; an die Hauptkasse sind 13 516,25 M. abgeliefert worden. Die Abrechnung der Lokalkasse weist eine Gesamteinnahme von 42 187,46 M. auf, denen 7 042,88 M. Ausgaben gegenüberstehen, so daß der Bestand am Quartalschluß 35 144,58 M. betrug. — Die Versammlung erteilte dem Kassierer nach kurzer Debatte Decharge. Der zweite Punkt der Tagesordnung war der Jahresbericht des Vorstandes. Er liegt in einer 39 Seiten starken Broschüre gedruckt vor. Der Bericht sagt unverkennbar, daß das verfloßene Jahr für die Bauarbeiter und ihre Organisation kein gutes war. Die Wirtschaftskrise machte sich in dem Maße geltend, daß manche Bauarbeiter 10 bis 12 Wochen arbeitslos waren, diese nur von kurzer oder andere schließlich Arbeit gefunden hatte, diese nur von kurzer Dauer war. Es wird sodann über die Tarifverhandlungen im Baugewerbe berichtet, die bekanntlich auf Grund des am 27. April 1908 gefällten Schiedspruches der Unparteiischen zum Abschluß des bis zum 31. März 1910 geltenden Tarifvertrages führten. Im Anschluß daran sagt der Bericht, daß die Unternehmer

sich trotz des Vertrages noch immer nicht daran gewöhnen können, den Bauarbeitern das zum Leben Allernotwendigste auch wirklich zu sichern und nur zu oft, besonders bei Eintritt des Winters, die Löhne noch weiter herabzudrücken suchen. — Ferner wird ausführlich über die Einigungsverhandlungen zwischen dem Zentralverband und der Freien Vereinigung der Bauarbeiter berichtet, die ja im Januar vorigen Jahres mit dem schönen Ergebnis der Einheitsorganisation endeten. Rechtschutz gewährte der Zweigverein seinen Mitgliedern in 25 Fällen. Die Schlichtungskommission, die erst im Juni gewählt wurde, hat zwei Sitzungen abgehalten. Außerdem fanden jedoch 13 Unterkommissionsitzungen statt, wobei es sich um Verstöße der Unternehmer gegen Vertragsbestimmungen handelte. — In 24 Fällen wurde festgestellt, daß Mitglieder des Zweigvereins gemahregelt waren; in 102 Fällen wurden Lohn Differenzen gemeldet und 47mal wurden die Vertreter der Schlichtungskommission nach Bauten gerufen wegen Mangel an Baubuden, Schuttbauvorrichtungen und dergleichen. Wo Vertragsfirmen hierbei in Frage kamen, konnten die Mißstände sofort beseitigt werden; auf anderen Bauten mußte mit anderen Mitteln für Ordnung und Sicherheit der Einrichtungen gesorgt werden.

Ferner wird über die Tarifbewegung der Zementierer und der Gips- und Zementbrände berichtet, an der Mitglieder des Zweigvereins der Bauarbeiter ebenfalls beteiligt waren. Am Ende des Berichtes wird darauf hingewiesen, daß jetzt in der schweren Zeit der Wirtschaftskrise die gewerkschaftliche wie politische Organisation

doppelt notwendig ist, und in diesem Sinne äußerte sich auch der Bevollmächtigte Roed in seinen mündlichen Ausführungen. Der gleichfalls gedruckte Kassenbericht für 1908 schließt mit der Bilanzsumme von 171 142,18 M. ab. Unter den Ausgaben sind 64 500,85 M. an die Hauptkasse abgelieferte Gelder. Die Krankenzuschußunterstützung erforderte 17 315,80 M., die Streit- und Gemahregelunterstützung 6194,40 M., der Rechtschutz 2360,73 M., die Sterbeunterstützung 3995 M.

Die Diskussion, die dem Bericht folgte, bezog sich hauptsächlich auf innere Angelegenheiten. Es folgte die Neuwahl der Revisoren; gewählt wurden Kubisch, Rietberger und Albert Gänge. Ferner wurde das Ergebnis der Wahlen des Zweigvereinsvorstandes bekannt gegeben, die am 31. Januar stattgefunden haben. Gewählt sind: als erster Kassierer Gräber, als zweiter Bevollmächtigter Rorzel, als Schriftführer Rotenburg, als Revisor Krüger, Schröder und Lohmann.

Als Delegierte zu dem am 12. und 13. April in Köln stattfindenden Verbandstag wählte die Versammlung: Wilhelm Roed, Wilhelm Kubisch und Otto Baum.

Eingegangene Druckschriften.

Sand und Grotte. Von Friedrich Spielhagen. (Vollständiger.) Heft 24. Verlag der Deutschen Dichter-Gedächtnis-Stiftung in Hamburg-Großvorfel. Geh. 40 Pf., geb. 75 Pf.



HEINR. ILGENSTEIN: PREUSSEN-SPIEGEL 2 Mk.

Sensationelles Sonder-Angebot!

Gratis und franko!

erhält jeder, der unsern Pracht-Globus bestellt, einen wertvollen elegant gebundenen

kompletten Handatlas

:: enthaltend fünfzig vielfarbige :: Vollkarten.

Ein guter Atlas ist sonst nicht unter 30 M. zu haben.

Der Preis des Globus ist dadurch nicht erhöht.

Bestellen Sie umgehend! Bevor die Auflage vergriffen!



Unser neuer Pracht-Globus

mit Messing-Meridian, Kompaß und Maßband, reichhaltig wie ein großer Atlas, ist ein unentbehrliches Auskunftsmittel. Ein Werk von reichem Inhalt, wird sich jedermann seiner mit großem Nutzen bedienen. Streng wissenschaftlich, von größter Uebersichtlichkeit und Schönheit. — In mehr als 20 Farben, 66 cm Höhe, 110 cm Umfang. Abwaschbar. Unzerbrechlich.

Ein unentbehrliches Auskunftsmittel Für jedes Kontor Für jedes Bureau

Ein praktisches Schmuckstück Für jedes Herrenzimmer Für jeden Wohnraum :: ::

Wir liefern unsern Pracht-Globus zum billigen Preise von 30.- Mark gegen monatliche Zahlungen von 3 Mark (Bei Kasse-Zahlung 5% Rabatt.)

Man verwechsle unseren von Otto Herkt bearbeiteten Pracht-Globus nicht mit billigen namenlosen Nachwerken.

Geographischer Verlag, Leipzig, Göschenstr. 22.

Bestellschein! Ich bestelle bei der Firma „Geographischer Verlag“, Leipzig, Göschenstr. 22

1 Pracht-Globus mit Messing-Meridian, Kompaß und Maßband zum Preise von 30.- unter der Bedingung der Mitlieferung des als Prämio gratis offerierten gebundenen Hand-Atlas. Zahlbar: monatlich M. 3.- oder 1/2jährlich M. 10.-. Lieferung unter Nachnahme der L. Rate oder des ganzen Betrages abzüglich 5% Rabatt. (Nichtgewünschtes bitten zu durchstreichen.)

Name u. Stand: Ort (Post) u. Datum:

